

Christian Mentel und Niels Weise

**DIE ZENTRALEN
DEUTSCHEN BEHÖRDEN UND
DER NATIONALSOZIALISMUS
STAND UND PERSPEKTIVEN
DER FORSCHUNG**

Herausgegeben
von Frank Bösch,
Martin Sabrow und
Andreas Wirsching

Christian Mentel und Niels Weise

**Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus –
Stand und Perspektiven der Forschung**

Christian Mentel und Niels Weise

**Die zentralen deutschen Behörden
und der Nationalsozialismus –
Stand und Perspektiven der Forschung**

Herausgegeben von Frank Bösch, Martin Sabrow
und Andreas Wirsching

Titel der dieser Publikation zugrundeliegenden Expertise: »Studie zum Stand und zu Perspektiven der Erforschung von Obersten Bundesbehörden, Bundesoberbehörden und des Deutschen Bundestags sowie ihrer Gegenstücke in der DDR (1945/49–1969) in Bezug auf die NS-Vergangenheit«

Die Drucklegung erfolgt mit freundlicher Unterstützung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Diese Publikation ist auch elektronisch auf den Internetseiten des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin, des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien verfügbar:

www.ifz-muenchen.de
www.zzf-potsdam.de
www.kulturstaatsministerin.de

1. Auflage, München/Potsdam 2016

© Institut für Zeitgeschichte München – Berlin,
Leonrodstraße 46b, 80636 München
Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam,
Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam

Redaktionsschluss: 19.10.2015

Lektorat: Jens Brinkmann

Gestaltung und Realisierung: ultramarinrot, Berlin

ISBN: 978-3-00-052243-7

DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1144>

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	8
Vorgeschichte der Studie	8
Problemlage	10
Vorgehensweise und Aufbau	11
2. Bestandsaufnahme	15
2.1 Forschungsstand zu Obersten Bundesbehörden und Bundesoberbehörden (mit behördlich unterstützter Forschung)	15
Auswärtiges Amt (AA)	15
Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)	18
Bundesarchiv (BArch)	20
Bundeskriminalamt (BKA)	22
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA)	25
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML)	28
Bundesministerium der Finanzen (BMF)	31
Bundesministerium des Innern (BMI)	34
Bundesministerium der Justiz (BMJ)	35
Bundesministerium für Verkehr (BMV)	40
Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)	42
Bundesministerium für Wirtschaft (BMW)	45
Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung (BmWF)	48
Bundesnachrichtendienst (BND)	49
Bundesrechnungshof (BRH)	53
Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB)	54
Robert Koch-Institut (RKI)	57

2.2	Forschungsstand zu Obersten Bundesbehörden (ohne behördlich unterstützte Forschung)	59
	Bundesbank (BBk)	59
	Bundeskanzleramt (BKAm)	60
	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt)	62
	Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau (BMWo)	63
	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA)	65
2.3	Forschungsstand zum Bundestag	66
2.4	Forschungsstand zu Behörden der DDR (mit behördlich unterstützter Forschung)	69
	Deutsches Zentralarchiv (DZA)	69
	Ministerium des Innern (MdI)	70
	Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV)	71
	Ministerium für Staatssicherheit (MfS)	73
	Wirtschafts- und Industrieministerien der DDR	76
2.5	Forschungsstand zu Behörden der DDR (ohne behördlich unterstützte Forschung)	78
	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA)	78
	Ministerium der Finanzen (MdF)	79
	Ministerium für Gesundheitswesen (MfG)	79
	Ministerium der Justiz (MdJ)	81
	Ministerium für Kultur (MfK)	82
	Ministerium für Volksbildung (MfV)	83
2.6	Forschungsstand zur Volkskammer	84
2.7	Forschungsstand zum Zentralkomitee (ZK) der SED	85
3.	Perspektiven	87
	Folgerungen für die zukünftige Forschung	88
	Kriterien zur Auswahl weiterer Forschungsobjekte	92
	Desiderate	94

4.	Schlussbetrachtung	96
	Aufarbeitungs- und Forschungsinteressen	96
	Fortgang der Forschung	98
	Auftragsforschung und Rahmenbedingungen	100
	Anhang	104
	Anfragen	104
	Hintergrundgespräche	105
	Übersicht über alle aktuellen und abgeschlossenen Projekte zu Obersten Bundesbehörden, Bundesoberbehörden sowie ihrer Gegenstücke in der DDR in Bezug auf die NS-Vergangenheit	106
	Quellen- und Literaturverzeichnis	112
	Aufstellung der obersten Behörden der Bundesrepublik und der DDR und ihrer nachgeordneten Institutionen (1949–1969)	153
	Aufstellung der ständigen Obersten Bundesorgane, Obersten Behörden der Bundesrepublik und ihrer nachgeordneten Institutionen von 1949 bis 1969	155
	Aufstellung der obersten Behörden der DDR und ihrer nachgeordneten Institutionen von 1949 bis 1969	173
	Abkürzungsverzeichnis	185
	Zu den Herausgebern und Autoren	188

1. EINLEITUNG

Vorgeschichte der Studie

Mit der vorliegenden Studie entsprechen das Institut für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ) und das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) der Bitte der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), in einer Bestandsaufnahme den aktuellen Forschungsstand und den bestehenden Forschungsbedarf zur Aufarbeitung der frühen Nachkriegsgeschichte von Bundesministerien und Behörden in der Bundesrepublik Deutschland und der Ministerien und Behörden der DDR in Bezug auf die NS-Vergangenheit zu ermitteln. Dies geschah vor folgendem Hintergrund:

Im Jahr 2005 berief das Auswärtige Amt (AA) als erstes Bundesministerium eine Unabhängige Historikerkommission und beauftragte sie damit, seine Geschichte »in der Zeit des Nationalsozialismus, den Umgang mit dieser Vergangenheit nach der Wiedergründung des Auswärtigen Amtes 1951 und die Frage personeller Kontinuität bzw. Diskontinuität nach 1945« zu erforschen. Auch wenn der Anlass zur Einsetzung der Kommission eine auf das AA beschränkte, hausinterne Auseinandersetzung um dessen Nachrufpraxis war, initiierten seitdem weitere Bundesministerien und -behörden ähnliche Studien zur NS-Geschichte ihrer Vorgängerinstitutionen und zu etwaigen personellen und sachlichen Kontinuitäten zum Nationalsozialismus. Insbesondere nachdem im Oktober 2010 die Historikerkommission ihren Abschlussbericht »Das Amt und die Vergangenheit« vorgelegt und sich eine kontroverse öffentliche Debatte um die Ergebnisse entwickelt hatte, stieg die Zahl der vergleichbaren Forschungsprojekte rapide an.¹ Immer mehr staatliche Institutionen sahen eine politische Notwendigkeit, sich der zugrunde liegenden Frage zu stellen, beriefen ihrerseits Historikerkommissionen und bewilligten entsprechende Mittel.

Welche politische Relevanz das Thema mittlerweile erhalten hat, belegt nicht zuletzt die große Zahl der parlamentarischen Anfragen, die den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den unterschiedlichen

Bundeseinrichtungen und hierbei besonders die Arbeitsbedingungen der sogenannten Behördenforschung – korrekter: der behördlich unterstützten Forschungsprojekte – sowie den Aktenzugang zum Gegenstand hatten. Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion Die Linke vom 6. Dezember 2010 zum »Umgang mit der NS-Vergangenheit« illustriert in deutlicher Weise die unterschiedlichen Wissensstände in diesem Forschungsfeld.²

Eine »Übersicht über bereits erfolgte Forschungen, laufende Projekte sowie bestehende Forschungslücken« in Auftrag zu geben, wurde am 30. Juni 2011 im Bundestag in zwei nahezu wortgleichen Anträgen gefordert, die schließlich zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen wurden.³ Dieser befasste sich am 29. Februar 2012 im Rahmen einer öffentlichen Anhörung mit der Untersuchung personeller und institutioneller Kontinuitäten und Brüche in deutschen Ministerien und Behörden der frühen Nachkriegszeit.⁴ Unter den geladenen Sachverständigen waren mit Constantin Goschler und Klaus-Dietmar Henke zwei Historiker und mit Michael Hollmann ein Historiker und Archivar, die für das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst und das damalige Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie einschlägige Forschungsprojekte bearbeiteten bzw. noch bearbeiten.

Am 8. November 2012 forderte der Bundestag die Bundesregierung mit großer Mehrheit dazu auf, die zeithistorischen Forschungsinstitute IfZ und ZZF mit der Erstellung einer Bestandsaufnahme zu beauftragen, die »bestehendes Wissen und aktuelles Erkenntnisinteresse« zusammenführen solle.⁵ Die Forderung nach einem Überblick über laufende und abgeschlossene Forschungsprojekte fand darüber hinaus Eingang in den Koalitionsvertrag der nach der Bundestagswahl 2013

1 Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und der Bundesrepublik. Um ein Vorw. erw. Taschenbuchaufl.* München 2012 [2010]; Martin Sabrow/Christian Mentel (Hg.), *Das Auswärtige Amt und seine unstrittene Vergangenheit. Eine deutsche Debatte.* Frankfurt a. M. 2014.

2 BT-Drucksachen 17/4126 (6.12.2010) u. 17/8134 (14.12.2011).

3 BT-Drucksachen 17/6297 (28.6.2011) u. 17/6318 (29.6.2011); Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, 117. Sitzung, 30. Juni 2011. Plenarprotokoll 17/117, S. 13613 A.

4 Vgl. Deutscher Bundestag, Ausschuss für Kultur und Medien, 59. Sitzung, 29. Februar 2012. Protokoll 17/59. Vgl. auch die schriftlichen Stellungnahmen der Experten Micha Brumlik, Constantin Goschler, Klaus-Dietmar Henke, Michael Hollmann, Horst Möller und Michael Stolleis: Ausschussdrucksachen 17(22)83b–17(22)83g.

5 BT-Drucksache 17/11001 (16.10.2012), S. 2; Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, 204. Sitzung, 8. November 2012. Plenarprotokoll 17/204, S. 24722 C.

gebildeten Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD.⁶ Dementsprechend verständigte sich die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien mit dem IfZ und dem ZZf über Umfang, Tiefe und Detailschärfe der geplanten Studie, deren Vergabe dann im Januar 2015 konkret vereinbart wurde. Auf dieser Grundlage kündigte die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien schließlich im März 2015 – in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen – die Erarbeitung der vorliegenden Bestandsaufnahme an.⁷

Problemlage

In der Erstellung der Studie waren zahlreiche konzeptionelle Problemlagen zu berücksichtigen und Festlegungen zu treffen. Eine Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes auf Bundesministerien bzw. Oberste Bundesbehörden wäre nicht sinnvoll gewesen, weil dies bedeutende Bundesoberbehörden (wie etwa das Bundeskriminalamt) unberücksichtigt gelassen hätte. Andererseits war der konsequente Einbezug aller Behörden dieser Hierarchieebene angesichts der großen Anzahl (71 im Jahr 2015) weder anzustreben noch unter vertretbarem Zeitaufwand zu leisten, von den Mittleren (13) und Unteren Bundesbehörden (157) ganz abgesehen. Darüber hinaus ist angesichts der vielfältigen Zuständigkeitsverschiebungen, Umstrukturierungen und nicht zuletzt Auflösungen von Behörden eine Zuordnung überaus komplex und würde den Rahmen dieser Studie überschreiten. Dies deutet die ungeachtet ihres Umfangs noch fragmentarische Aufstellung von Behörden im Anhang an.

Weiterhin war zu entscheiden, ob diese Bestandsaufnahme sich ausschließlich auf Bundesbehörden konzentriert oder ob nicht auch der Blick über die Exekutive hinaus auf die Legislative in Form des Bundestags und Bundesrats sowie auf die Judikative (Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichte) zu weiten ist. Ebenso war perspektivisch zu thematisieren, ob dies analog zur Bundesebene auch hinsichtlich der Länder und Kommunen vorzunehmen wäre – mithin also in Bezug auf all das, was in einem alltagssprachlichen Sinn als »der Staat« gilt.

Diese bundesdeutsche Komplexität steigert sich bei Einbezug der DDR weiter. Neben den in großen Teilen spiegelbildlichen Problemen mit den Strukturen der Behörden und anderer staatlicher Einrichtungen der DDR stellen hier die fließenden Grenzen zwischen Staat und Partei die größte Herausforderung dar. Entsprechend war zu prüfen, ob konsequenterweise zumindest auch der SED-Parteiapparat und jeweils einschlägige Massenorganisationen miteinzubeziehen sind. Darüber hinaus wäre zu verfolgen, inwiefern die Reichsbehörden und quasi-staatlichen NSDAP-Stellen in die Nachkriegszeit ragten und (partielle) Nachfolgeeinrichtungen in beiden deutschen Staaten fanden.

In inhaltlicher Hinsicht war zu entscheiden, wie mit dem für die darzustellenden Forschungsprojekte und Studien zentralen Begriff »NS-Belastung« umzugehen ist. Für die Zwecke dieser Bestandsaufnahme kann dessen Komplexität in ideologischer, rechtlich-materieller, formaler, zeitlicher und ortsgebundener Hinsicht nicht ausgeführt und Rechnung getragen werden. Stattdessen wird im Folgenden bewusst ein breites Verständnis zugrunde gelegt und neben dem Begriff der »NS-Belastung« auch die offenere Bezeichnung »NS-Bezüge« verwendet.

Schließlich war zu berücksichtigen, dass diese Studie ein zeitgeschichtliches Untersuchungsfeld ausleuchtet, das an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik angesiedelt ist und sich zudem in permanentem geschichtskulturellem Wandel befindet. In ihm bewegen sich die Verfasser der vorliegenden Studie nicht nur als Beobachter, sondern auch als Akteure, da sowohl das IfZ als auch das ZZf selbst Projekte zur Behördenforschung durchführen.

Vorgehensweise und Aufbau

Aus den dargestellten Aspekten heraus wurde folgender Aufbau gewählt: Ausgangspunkt und primäres Gliederungselement bildet die Darstellung der bereits abgeschlossenen, sich in Bearbeitung oder Vorbereitung befindlichen Forschungsprojekte zu Behörden des Nationalsozialismus, der Bundesrepublik und der DDR, die von Obersten Bundesbehörden und Bundesoberbehörden unterstützt wurden bzw. werden oder die Gegenstand von Ressortforschungseinrichtungen sind und gemeinhin unter dem Begriff »Behördenforschung« zusammengefasst werden. Hier werden deren Ergebnisse aufgeführt und vor dem Hintergrund des allgemeinen Forschungsstandes dargestellt. Es wurde eine alphabetische Reihung gewählt, die sich an der jeweiligen Behörde orientiert; eine Übersicht über diese Projekte findet sich im Anhang.

6 Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode, S. 130.

7 BT-Drucksachen 18/3909 (28.1.2015) u. 18/4238 (5.3.2015).

Ergänzend wird in einem zweiten Schritt der Wissensstand zu weiteren Bundesbehörden und vergleichbaren Behörden und Gremien der DDR zusammengefasst, die selbst keine entsprechenden Projekte beauftragt oder vergeben haben, u. a. auch deswegen, weil sie nicht mehr existieren und keine Nachfolgeinstitutionen bestehen. Die Zahl hier zu nennender Forschungsobjekte ist potentiell uferlos. Ihre Auswahl wurde angesichts der beschriebenen Schwierigkeiten mit Hilfe einer an formalen Kriterien ausgerichteten Festlegung auf Oberste Bundesbehörden und Ministerien der DDR vorgenommen; sie orientiert sich am exemplarischen Charakter der jeweiligen Behörde sowie am anzunehmenden Grad personeller Kontinuität bzw. der NS-Belastung des Personals. Entscheidend war jedoch die politische und gesellschaftliche Bedeutung der Behörde oder des durch sie repräsentierten Politikfeldes nach 1945 bzw. davor. Aufgrund ihrer in vielerlei Hinsicht zentralen Rolle wird zudem der Forschungsstand bezüglich des Deutschen Bundestags, der Volkskammer der DDR sowie des Zentralkomitees der SED dargestellt. Der Umfang, der einer Behörde, einem Parlament oder einem Gremium dabei eingeräumt wird, hängt in erster Linie vom jeweiligen Forschungsstand bzw. der Komplexität des Darzustellenden ab.

Ohne jeweils den kompletten Geschäftsbereich der Behörden abdecken zu können, werden hierbei Forschungsprojekte und Studien einbezogen, die den Zeitraum von 1933 bis 1969 behandeln. Damit wird die Etablierung der NS-Diktatur als Beginn und der Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition und die damit versinnbildlichte sogenannte Neu- oder Umgründung der Bundesrepublik als Enddatum bestimmt. Ausstellungen, die vorwiegend bestehendes Wissen aufbereiten und öffentlich vermitteln, wurden ungeachtet ihrer bedeutenden Transferleistung nicht berücksichtigt. Um dieser Studie aktuelle und vollständige Daten zugrunde legen zu können, wurden in Ergänzung zu den Angaben der Bundesregierung⁸ sämtliche Oberste Bundesbehörden, die Bundesgerichte und die Bundesanwaltschaft sowie die Verfassungsorgane Bundestag, Bundesrat und Bundesverfassungsgericht um Auskunft über abgeschlossene, laufende und geplante Forschungsprojekte und Aufarbeitungsvorhaben gebeten.⁹ Des Weiteren

führten die Verfasser ausführliche Hintergrundgespräche mit Vertretern aller im Folgenden zur Sprache kommenden Kommissionen bzw. den Bearbeitern der Forschungsprojekte, Vorstudien und Gutachten sowie mit den Leitern der berührten Ressortforschungseinrichtungen bzw. -abteilungen.¹⁰

Bei dem folgenden Literaturüberblick wird eine Reihe von Prioritäten gesetzt. So wird etwa zugunsten behördenspezifischer Studien weitgehend darauf verzichtet, Überblickswerke und einschlägige Arbeiten, die sich mehr oder minder auf den gesamten Staats-, Regierungs- und Behördenapparat beziehen, sowie dokumentarische Nachschlagewerke anzuführen.¹¹ Auch Publikationen, die in einem weiten Sinn den Genres der Jubiläumsschriften und behördlichen Selbstdarstellungen zuzuordnen sind, wurden nur cursorisch aufgenommen.¹² Zudem konnten noch im Entstehen befindliche Forschungsarbeiten wie Promotionsprojekte nur dann berücksichtigt werden, wenn sie den Verfassern dieser Studie bekannt waren. Außer Acht gelassen wurden bestimmte Publikationen insbesondere aus den 1960er Jahren, die NS-Belastungen von Vertretern der west- und ostdeutschen Gesellschaft dokumentieren. Dies trifft für auf die Bundesrepublik zielende Broschüren und insbesondere das »Braunbuch«¹³ der DDR ebenso zu wie

10 Vgl. die detaillierte Aufstellung im Anhang, S. 105.

11 Etwa: Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. Durchges. u. erw. Neuausg. München 2012 [1996]; Ulrich Herbert (Hg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*. Göttingen 2002; Winfried Loth/Bernd-A. Rusinek (Hg.), *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*. Frankfurt a. M./New York 1998; Norbert Frei (Hg.), *Hitlers Eliten nach 1945*. 6. Aufl. München 2014 [2001]; Jens Kuhlemann, *Braune Kader. Ehemalige Nationalsozialisten in der Deutschen Wirtschaftskommission und der DDR-Regierung (1948–1957)*. Berlin 2012, <https://jenskuhlemann.files.wordpress.com/2012/08/braune-kader-internetausgabe-2012-juli1.pdf>; Harry Waibel, *Diener vieler Herren. Ehemalige NS-Funktionäre in der SBZ/DDR*. Frankfurt a. M. u. a. 2011; Jeffrey Herf, *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*. Berlin 1998 [engl. 1997].

12 Etwa die seit 1966 in verschiedenen Verlagen publizierte Serie »Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland«, deren Bände meist von Angehörigen der jeweiligen Häuser verfasst wurden.

13 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Von Ribbentrop zu Adenauer. Eine Dokumentation über das Bonner Auswärtige Amt. Berlin (Ost) 1961; Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland/Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR

8 BT-Drucksachen 17/8134 (14.12.2011) u. 18/4238 (5.3.2015).

9 Bis zum 19. Oktober 2015 erreichten die Verfasser Auskünfte folgender Institutionen (vgl. die Aufstellung aller angefragten Institutionen und das Abkürzungsverzeichnis im Anhang, S. 104f., S. 185ff.): BAG, BBk, BGH, BKAm, BkM, BMAS, BMBF, BMEL, BMG, BMI, BMUB, BMVg, BMVi, BMWi, BRH, BSG, BT, BVerfG, BVerwG und GBA.

für in der Bundesrepublik bzw. West-Berlin erschienene Publikationen, die die DDR im Blick haben.¹⁴ Dasselbe gilt auch für andere zeitgenössische, inhaltlich vergleichbare Veröffentlichungen.¹⁵ Ungeachtet ihrer großen Bedeutung für die gesellschaftliche Diskussion und den Gang der Aufarbeitung des Nationalsozialismus sind diese Zusammenstellungen, auch weil sie zumeist in propagandistischer Absicht entstanden, zuvorderst als erster Zugriff auf empirische Daten für weitergehende Studien und selbst als Untersuchungsgegenstand anzusprechen.

Die Studie gliedert sich in vier Teile. Die Bestandsaufnahme im folgenden zweiten Abschnitt umreißt den Forschungsstand zu institutionellen, sachlichen und personellen Kontinuitäten zum Nationalsozialismus und zur Geschichte etwaiger (partieller) Vorgängerinstitutionen vor 1945 – bezogen jeweils auf die in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten in beiden deutschen Staaten bestehenden Behörden, Parlamente und das Zentralkomitee der die Geschicke der DDR bestimmenden SED. Entsprechend orientiert sich die Gliederung auch an deren letzten Bezeichnungen im Untersuchungszeitraum. Daran anschließend werden im dritten Abschnitt mögliche Perspektiven für die Forschung aufgezeigt und Kriterien zur Diskussion gestellt, anhand derer eruiert werden kann, ob die Untersuchung einer konkreten staatlichen Einrichtung hinsichtlich ihrer NS-Vergangenheit und ihres Umgangs damit lohnend wäre. Im vierten Abschnitt folgt schließlich eine zusammenfassende Schlussbetrachtung.

2. BESTANDSAUFNAHME

2.1 Forschungsstand zu Obersten Bundesbehörden und Bundesoberbehörden (mit behördlich unterstützter Forschung)

Auswärtiges Amt (AA)

Das AA hat 2005 eine Unabhängige Historikerkommission (UHK) berufen, die im August 2006 mit Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Klaus Hildebrand und Moshe Zimmermann ihre Arbeit aufnahm und vom AA mit 1,1 Millionen Euro finanziert wurde. Ihr Auftrag lautete, die »Geschichte des Auswärtigen Dienstes in der Zeit des Nationalsozialismus, den Umgang mit dieser Vergangenheit nach der Wiedergründung des Auswärtigen Amtes 1951 und die Frage personeller Kontinuität bzw. Diskontinuität nach 1945« zu erforschen. Im Jahr 2010 legten die – nachdem Hildebrand krankheitsbedingt ausgeschieden war – vier Mitglieder der Kommission und ihre zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Abschlussbericht in Form der monografischen Studie »Das Amt und die Vergangenheit«¹⁶ vor. Unabhängig hiervon erschienen neben Aufsätzen auch Dissertationsschriften mehrerer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter¹⁷ sowie Beiträge von Mitgliedern der UHK.¹⁸

-
- 16 Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und der Bundesrepublik*. Um ein Vorw. erw. Taschenbuchaufl. München 2012 [2010].
- 17 Vgl. etwa: Lars Lüdicke, Constantin von Neurath. Eine politische Biographie. Paderborn u. a. 2014; Andrea Wiegeshoff, »Wir müssen alle etwas umlernen«. Zur Internationalisierung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland (1945/51–1969). Göttingen 2013; Annette Weinke, *Das »neue« Auswärtige Amt und der Widerstand*, in: Manuel Becker/Christoph Studt (Hg.), *Die Ämter und ihre Vergangenheit im »Dritten Reich«*. »Horte des Widerstandes« oder »verbrecherische Organisationen«? Augsburg 2013, S. 73–86; Lars Lüdicke, *Griff nach der Weltherrschaft. Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933–1945*. Berlin 2009; Thomas W. Maulucci, Jr., Herbert Blankenhorn in the Third Reich, in: *Central European History* 42 (2009), 2, S. 253–278.
- 18 Vgl. etwa: Eckart Conze, *Neuigkeiten für das Auswärtige Amt? Völkermord als Problem der Diplomatie*, in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hg.), *Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand*,

(Hg.), *Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft*. Nachdr. d. 3., überarb. Aufl. Berlin 2002 [1965].

- 14 Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen (Hg.), *Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten*. 5., erg. Aufl. Berlin (West) 1965 [1958]; Olaf Kappelt, *Braunbuch DDR. Nazis in der DDR*, 2., überarb. Aufl. Berlin 2009 [1981].
- 15 Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (Hg.), *Weißbuch*. In *Sachen Demokratie*. Unveränd. Neuaufl. Renchen 2004 [1960]; Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (Hg.), *Die unbewältigte Gegenwart. Eine Dokumentation über Rolle und Einfluß ehemals führender Nationalsozialisten in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt a. M. 1962.

Der knapp 900-seitige Kommissionsbericht deckt im Kern den Untersuchungszeitraum von Anfang der 1930er bis Ende der 1960er Jahre ab, die Zeit vor und nach 1945 wird zu ungefähr gleichen Teilen behandelt. Gegenstand ist sowohl die Geschichte des AA in der NS-Zeit – hier insbesondere dessen Mitwirkung am Holocaust – als auch der Umgang des 1951 wiedergegründeten AA mit dieser Vergangenheit, nicht zuletzt in der Frage der Personalpolitik. Als Kernaussage des Berichts kann gelten: Das AA *im* »Dritten Reich« war das AA *des* »Dritten Reichs«. Es habe sich nicht nur aktiv an NS-Verbrechen wie der Verfolgung, Deportation und Ermordung von Juden beteiligt, sondern den Holocaust maßgeblich mit in die Wege geleitet. Kollaboration und Anpassung an das NS-Regime seien unter Diplomaten die Norm gewesen, Resistenz und Widerstand hingegen sehr selten. Ersteres sei im AA der Bundesrepublik – nicht zuletzt aufgrund der hohen Zahl NS-belasteter Amtsangehöriger, die im Laufe der 1950er Jahre noch angestiegen sei – jedoch ausgeblendet worden, zudem habe sich das AA, sachlich unzutreffend, zum »Hort des Widerstands« stilisiert. Es seien diese Nachwirkungen gewesen, die angesichts ausgebliebener ehrender Nachrufe 2005 eine Auseinandersetzung um die Bewertung der NS-Vergangenheit von Diplomaten provozierten und letztlich zur Folge hatten, dass die UHK zur Klärung dieses Konflikts eingesetzt wurde.

Der Kommissionsbericht konnte sich – zumindest hinsichtlich der NS-Zeit – im Vergleich zu anderen Behörden bzw. Politikbereichen auf die wohl umfangreichste Forschungsliteratur, auf groß angelegte Dokumenteneditionen¹⁹ und Grundlagenwerke wie ein biografisches Handbuch²⁰ stützen. Auch wenn eine institutionengeschichtliche Gesamtdarstellung des AA bislang nicht vorlag, wurden Einzelaspekte bereits eingehend erforscht und beschrieben. Dies gilt insbesondere für die NS-Außenpolitik,²¹ aber auch für die Beteiligung des AA an NS-Verbrechen²² oder die meist anhand von Einzelbiografien diskutierte

Kontinuitätsfrage.²³ Breit dargestellt wurden auch die frühe Außenpolitik der Bundesrepublik²⁴ sowie das besonders bedeutsame Verhältnis zu Israel,²⁵ und auch für die Zeit nach 1945 liegen umfangreiche Dokumenteneditionen vor.²⁶

Biografische Studien wurden insbesondere zu dem oft als paradigmatisch für das gesamte AA angesehenen, von 1938 bis 1943 amtierenden Staatssekretär Ernst von Weizsäcker angefertigt, der auch im Zusammenhang mit seiner Verurteilung im Rahmen der Nürnberger Prozesse das Objekt eingehender Untersuchungen wurde.²⁷ Aber auch andere prominente Diplomaten der NS-Zeit wurden in detaillierten Studien behandelt.²⁸

Trotz des längst bekannten Ausmaßes der Teilhabe des AA an NS-Verbrechen löste »Das Amt und die Vergangenheit« – befeuert durch die von Kommissionssprecher Conze verwendete Bezeichnung »verbrecherische Organisation«²⁹ für das AA der NS-Zeit – eine heftige öffentliche und innerfachliche Debatte aus.³⁰ Diese beförderte ihrerseits

[engl. 1978]; Hans-Jürgen Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der »Endlösung«*. Berlin (West) 1987.

23 Hans-Jürgen Döscher, *Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität*. Berlin 1995.

24 Vgl. den Forschungsüberblick: Ulrich Lappenküper, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990*. München 2008.

25 Niels Hansen, *Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion*. Düsseldorf 2002.

26 *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Adenauer und die Hohen Kommissare*. Hg. v. Hans-Peter Schwarz. 2 Bde. München 1989–1990; *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland*. Hg. v. Institut für Zeitgeschichte. München 1990ff.

27 Rainer A. Blasius, *Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg. Staatssekretär Ernst Frhr. von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938/39*. Köln/Wien 1981; Dirk Pöppmann, *Im Schatten Weizsäckers? Auswärtiges Amt und SS im Wilhelmstraßenprozess*, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hg.), *NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung*. Hamburg 2013, S. 320–352.

28 Sebastian Weitkamp, *Braune Diplomaten. Horst Wagner und Eberhard von Thadden als Funktionäre der »Endlösung«*. Bonn 2008.

29 Jan Friedmann/Klaus Wiegrefe, »Verbrecherische Organisation«, *Der Spiegel* 43/2010 vom 25. Oktober 2010, S. 40–50.

30 Martin Sabrow/Christian Mentel (Hg.), *Das Auswärtige Amt und seine umstrittene Vergangenheit. Eine deutsche Debatte*. Frankfurt a. M. 2014; Magnus Brechtken, *Mehr als Historikergeplänkel. Die Debatte um »Das*

Kontroversen. Köln/Weimar/Wien 2013, S. 259–275; Eckart Conze, *Das Auswärtige Amt. Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*. München 2013.

19 *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945*. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes. 75 Bde. Baden-Baden und Göttingen 1950–1995.

20 *Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945*. Hg. v. Auswärtigen Amt. 5 Bde. Paderborn u. a. 2000–2014.

21 Vgl. den Forschungsüberblick: Marie-Luise Recker, *Die Außenpolitik des Dritten Reiches*. 2., um einen Nachtr. erw. Aufl. München 2010 [1990].

22 Christopher R. Browning, *Die »Endlösung« und das Auswärtige Amt. Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940–1943*. Darmstadt 2010

zahlreiche Anschlussforschungen fast ausschließlich zur NS-Geschichte des AA, die sich vor allem mit dem Personal und der Frage von Täterschaft und Widerstand befassen.³¹

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)

Im November 2011 erhielten nach einer Ausschreibung Constantin Goschler und Michael Wala den Zuschlag, eine »Organisationsgeschichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz 1950–1975, unter besonderer Berücksichtigung der NS-Bezüge früherer Mitarbeiter in der Gründungsphase« zu schreiben. Die wissenschaftliche Erforschung seiner Geschichte hatte die dem Bundesministerium des Innern (BMI) nachgeordnete Bundesoberbehörde BfV seit Ende 2007 durch Aktenerschließungen vorbereitet. Bei der Recherche wurden Goschler und Wala durch das Unternehmen Facts & Files unterstützt. Das Projekt war mit einem Etat von gut 260.000 Euro ausgestattet und auf drei Jahre angelegt, im September 2015 erfolgte die Veröffentlichung der knapp 470-seitigen monografischen Studie »Keine neue Gestapo«. Zuvor waren bereits 2013 Zwischenergebnisse im Rahmen einer Pressekonferenz und durch Presseveröffentlichungen bekanntgegeben worden.³²

Das Projekt untersuchte, eingebunden in eine transatlantische Organisationsgeschichte des BfV, personelle Kontinuitäten bzw. NS-Bezüge der Mitarbeiter des BfV von seiner Gründung 1950 bis zum Ende der Amtszeit des Präsidenten Günther Nollau 1975. Es kam zu dem Ergebnis, dass in den Anfangsjahren unter alliierter Kontrolle nur ein vergleichsweise geringer Prozentsatz der Angehörigen des BfV Mitglied in einer NS-Organisation gewesen war und sich kein (oder allenfalls ein atmosphärisch) prägender Einfluss dieser Mitarbeiter auf den

Verfassungsschutz nachweisen lässt. Allerdings wurden belastete »freie Mitarbeiter« fest beschäftigt und seit 1955 oft ins Beamtenverhältnis überführt. Bis 1972 galten primär Exzesstäter als inakzeptabel, danach auch Angehörige der Funktionselite. Handlungskontinuitäten konnte es aufgrund der fehlenden exekutiven Befugnisse des BfV nicht geben, wohl aber eine gewisse Kontinuität beim antikommunistischen Verständnis des Staatsschutzes. Aufgrund der schlechten Quellenlage konnte überwiegend nur die organisatorische und personelle Entwicklung berücksichtigt werden, die Ermittlungspraxis des BfV ließ sich nur schwer nachzeichnen. Die Studie zeigt zudem, wie Skandale und öffentlicher Druck seit 1960 für Veränderungen sorgten. Bis 1967 waren alle ehemaligen Gestapo-, SS- und SD-Angehörigen, die ins BfV eingetreten waren, abgeordnet oder in andere Behörden versetzt worden.

Goschler und Wala waren die ersten Historiker, denen uneingeschränkter Zugang zu den Akten des BfV ermöglicht wurde. Die von ihnen benutzten Archivalien sollen nun dem Bundesarchiv übergeben werden. Eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung besonders der Frühgeschichte des BfV fehlte aufgrund der archivalischen Restriktionen bislang,³³ es überwiegen journalistische bzw. populärwissenschaftliche Arbeiten oder aber skandalisierende autobiografische Schriften.³⁴

Zu den mit dem BfV in enger Verbindung stehenden Landesämtern für Verfassungsschutz liegen bislang nur wenige Studien vor. Eine detaillierte Institutionengeschichte über den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz, die erste quellengestützte Arbeit zu einem deutschen Verfassungsschutz, kam 2004 zu dem Schluss, dass es in Nordrhein-Westfalen weitgehend gelang, einen Nachrichtendienst ohne NS-belastetes Personal aufzubauen.³⁵ Susanne Meinel und Joachim Schröder wiesen in einer Vorstudie 2013 auf erhebliche NS-Bezüge

Amt und die Vergangenheit«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 63 (2015), 1, S. 59–91.

31 Michael Mayer, Akteure, Verbrechen und Kontinuitäten. Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Eine Binnendifferenzierung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59 (2011), 4, S. 509–532; Jan Erik Schulte/Michael Wala (Hg.), Widerstand und Auswärtiges Amt. Diplomaten gegen Hitler. München 2013; Johannes Hürter/Michael Mayer (Hg.), Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur. Berlin/München/Boston 2014.

32 Constantin Goschler/Michael Wala, »Keine neue Gestapo«. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit. Reinbek bei Hamburg 2015; Constantin Goschler/Michael Wala, Der Schattenkrieg, Süddeutsche Zeitung vom 9./10. März 2013.

33 Der Sammelband zum fünfzigjährigen Bestehen des BfV thematisiert etwaige personelle NS-Kontinuitäten nicht. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.), Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit. Köln u. a. 2000.

34 Etwa Hendrik van Bergh, Köln 4713. Geschichte und Geschichten des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz. Würzburg 1981; Hansjoachim Tiedge, Der Überläufer. Eine Lebensbeichte. Berlin 1998.

35 Wolfgang Buschfort, Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947–1961). Paderborn u. a. 2004.

im bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz hin.³⁶ Das IfZ plant hierzu eine weiterführende Studie.

Bundesarchiv (BArch)

Das BArch als eine der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) nachgeordnete Bundesoberbehörde hat von Anfang bis Mitte 2015 ein Projekt mit einer Summe von 60.000 Euro gefördert, das von Martin Sabrow geleitet und von Peter Ulrich Weiß bearbeitet wurde. Gegenstand war die »NS-Geschichte des Reichsarchivs und des Umgangs mit ihr im Bundesarchiv und im Zentralen Staatsarchiv der DDR«, das Ergebnis liegt in Form einer Vorstudie vor.³⁷ Dieser soll sich eine auf drei Jahre angelegte, öffentlich ausgeschriebene Hauptuntersuchung anschließen, die Bewilligung der Mittel hierfür steht bevor.

Neben einem Überblick über den Forschungsstand und einer Bestandsaufnahme der Quellenlage entwickelt die Studie erste Hypothesen sowie ein Konzept für eine Hauptuntersuchung. Letztere soll als Längsschnittstudie die NS-Belastung des Reichsarchivs (RA) und seiner Nachfolgeinstitutionen BArch und Deutsches Zentralarchiv (DZA) der DDR untersuchen. Hierfür wird eine institutionenzentrierte Archivgeschichte mit mehreren Analyseebenen angestrebt, die Antworten auf eine Reihe von Fragen geben soll, darunter, welche Phasen und Adaptionsprozesse die Nazifizierung des RA kennzeichneten, welche Handlungsspielräume bestanden und unter welchen Bedingungen und in welchem Ausmaß NS-belastete Archivare in den RA-Nachfolgeeinrichtungen beschäftigt wurden.

Das Archivwesen während des Nationalsozialismus war bereits verschiedentlich Gegenstand der Forschung, und es liegt eine umfangreiche, auf die Verwaltungs-/Organisationsgeschichte des RA fokussierte Darstellung über die gesamte Dauer seines Bestehens von 1919 bis 1945 vor.³⁸ Daneben wurden das RA und das frühe BArch bereits

als geschichtspolitische Akteure im Zusammenhang mit der Historiografie zum Ersten Weltkrieg analysiert,³⁹ und auch die Eingliederung von Archiven in den besetzten Gebieten, der sogenannte Archivschutz und der Raub von Archivalien fanden Aufmerksamkeit in der Forschung.⁴⁰ Hierbei wurde u. a. herausgearbeitet, dass Archivare und ihre Institutionen nicht nur Weisungen ausführten, sondern aktive und mit Gestaltungsspielraum ausgestattete Akteure waren, die die ideologisch geprägte NS-Archivpolitik umsetzten.⁴¹ Daneben wurden mehrere biografisch angelegte Studien, etwa zu dem von 1936 bis 1945 amtierenden RA-Direktor Ernst Zipfel erarbeitet.⁴²

Sowohl für die Zeit vor wie für die Zeit nach 1945 dominieren Studien zum Archivwesen insgesamt; Analysen, die sich ausschließlich oder schwerpunktmäßig auf das RA oder BArch beziehen, sind rar bzw. fehlen gänzlich. Die Entnazifizierung, und damit auch die Frage personeller Kontinuität, wurde nur in wenigen Beiträgen thematisiert,⁴³ nicht selten stammen die Autoren einschlägiger Darstellungen auch selbst aus den betreffenden Archiven. So wurde etwa die Rolle des BArch-Gründungsleiters Georg Winter in der Phase der Errichtung

Matthias Herrmann, Das Reichsarchiv – Archiv des Reiches? Anmerkungen zu Wirken und Wirkung des Reichsarchivs (1919–1945), in: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.), Dahlemer Archivgespräche. Bd. 6. Berlin 2000, S. 101–139.

- 39 Markus Pöhlmann, Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik. Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914–1956. Paderborn u. a. 2002.
- 40 Stefan Lehr, Ein fast vergessener »Osteinsatz«. Deutsche Archivare im Generalgouvernement und im Reichskommissariat Ukraine. Düsseldorf 2007; Generaldirektion des Österreichischen Staatsarchivs (Hg.), Österreichs Archive unter dem Hakenkreuz. Wien u. a. 2010; Regine Dehnel (Hg.), NS-Raubgut in Museen, Bibliotheken und Archiven. Frankfurt a. M. 2012.
- 41 Astrid M. Eckert, Archivare im Nationalsozialismus. Zum Forschungsstand, in: Wissenschaftliche Bibliothekare im Nationalsozialismus. Handlungsspielräume, Kontinuitäten, Deutungsmuster. Wiesbaden 2011, S. 51–89; Torsten Musial, Staatsarchive im Dritten Reich. Zur Geschichte des staatlichen Archivwesens in Deutschland 1933–1945. Potsdam 1996.
- 42 Johanna Weiser, Geschichte der preußischen Archivverwaltung und ihrer Leiter. Von den Anfängen unter Staatskanzler von Hardenberg bis zur Auflösung im Jahre 1945. Köln 2000.
- 43 Astrid M. Eckert, »Im Fegefeuer der Entbräunung«. Deutsche Archivare auf dem Weg in den Nachkrieg, in: Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus. 75. Deutscher Archivtag 2005 in Stuttgart. Essen 2007, S. 426–448.

36 Susanne Meinel/Joachim Schröder, »Einstellung zum demokratischen Staat: Bedenkenfrei«. Zur Frühgeschichte des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (1949–1965). München 2013.

37 Peter Ulrich Weiß, Die NS-Belastung des Reichsarchivs und deren Bedeutung in der deutsch-deutschen Archivpolitik nach 1945. Ms. 2015.

38 Matthias Herrmann, Das Reichsarchiv 1919–1945. Eine archivische Institution im Spannungsfeld der deutschen Politik. 2 Bde. Berlin 1994. Vgl. auch:

des BArch von seinem Amtsnachfolger beschrieben.⁴⁴ Davon abgesehen, war der Umgang mit der NS-Vergangenheit in bundesdeutschen Archiven Gegenstand weitergehender Studien, so wurde etwa das Agieren des BArch im Rahmen der Rückgabe von Archivgut durch die Alliierten sowie bei der Verfolgung und Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts untersucht.⁴⁵

Bundeskriminalamt (BKA)

Das BKA als dem BMI nachgeordnete Bundesoberbehörde finanzierte ab 2008 ein Forschungsprojekt mit 322.000 Euro, das unter der Leitung von Patrick Wagner von Imanuel Baumann, Herbert Reinke und Andrej Stephan durchgeführt wurde. Als Resultat legten die Forscher Anfang 2011 die aus namentlich zugeordneten Einzelbeiträgen bestehende, gleichwohl monografische 370-seitige Studie »Schatten der Vergangenheit« vor, ein zusammenfassender Aufsatz folgte in einer Fachzeitschrift.⁴⁶ In einer weiteren, vom BKA herausgegebenen Publikation wurden die Präsentationsveranstaltung der Studie sowie öffentliche Reaktionen darauf dokumentiert, zuvor erschien bereits die Dokumentation einer dreiteiligen Kolloquienreihe zur Frühgeschichte des BKA im Jahr 2007, von der der Impuls zur öffentlichen Ausschreibung des Forschungsprojekts ausgegangen war.⁴⁷

Die Studie befasst sich mit dem Zeitraum von 1949 bis 1981 und konzentriert sich auf die Frage, wie mit der NS-Vergangenheit von Mitarbeitern amtsintern umgegangen wurde und inwiefern diese NS-Belastungen Auswirkungen auf die Arbeit des BKA hatten. Ihr Ergebnis lautet, dass trotz des hohen Anteils an BKA-Angehörigen auch auf unteren Hierarchieebenen, die bereits vor 1945 im Polizeidienst tätig waren und/oder NS-Gliederungen angehörten, das BKA und seine Arbeit davon nur in schwacher Weise geprägt wurden. Nur wenige hätten in den 1950er Jahren versucht, alte Konzepte weiterhin zu propagieren, hingegen habe die Mehrheit NS-belasteter Amtsangehöriger sich nahezu geräuschlos integriert und den neuen Verhältnissen angepasst. Einzelne rassistisch geprägte Denkfiguren etwa zu Sinti und Roma hätten bis in die 1980er Jahre hinein überdauert, doch seien diese – obwohl im Nationalsozialismus entscheidend radikalisiert – bereits älteren Datums.

Eine historiografisch fundierte Gesamtgeschichte des BKA liegt bislang nicht vor. Jedoch erarbeitete ein ehemaliger BKA-Angehöriger bereits eine umfangreiche chronikartige Organisationsgeschichte,⁴⁸ andere einschlägige Publikationen zum BKA und seiner Praxis seit seinen Anfängen sind meist journalistischer Natur.⁴⁹ Die NS-Belastungen des BKA-Personals waren bereits im Jahr 2001 Gegenstand einer monografischen Publikation.⁵⁰ Obgleich dem Autoren – einem ehemaligen Angehörigen und erklärten Kritiker des BKA – damals noch kein Aktenzugang eingeräumt worden war, konnten hier bereits zahlreiche Karriereverläufe und teils Beteiligungen von späteren BKA-Mitarbeitern an NS-Verbrechen rekonstruiert werden.

44 Hans Booms, Georg Winters Weg zum Gründungsdirektor des Bundesarchivs, in: Klaus Oldenhege/Hermann Schreyer/Wolfram Werner (Hg.), Archiv und Geschichte. Festschrift für Friedrich P. Kahlenberg. Düsseldorf 2000, S. 240–263.

45 Astrid M. Eckert, Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 2004; Heinz Boberach, Die Beteiligung des Bundesarchivs an der Verfolgung und Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in den sechziger Jahren, in: Klaus Oldenhege/Hermann Schreyer/Wolfram Werner (Hg.), Archiv und Geschichte. Festschrift für Friedrich P. Kahlenberg. Düsseldorf 2000, S. 264–274.

46 Imanuel Baumann/Herbert Reinke/Andrej Stephan/Patrick Wagner, Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründungsgeneration in der frühen Bundesrepublik. Köln 2011; Imanuel Baumann/Andrej Stephan/Patrick Wagner, (Um-)Wege in den Rechtsstaat. Das Bundeskriminalamt und die NS-Vergangenheit seiner Gründungsgeneration, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 9 (2012), 1, S. 33–53, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2012/id=4405>.

47 Bundeskriminalamt (Hg.), Der Nationalsozialismus und die Geschichte des BKA. Spurensuche in eigener Sache. Ergebnisse, Diskussionen, Reaktionen. Dokumentation des Kolloquiums zum Forschungsbericht zur BKA-Historie vom 6. April 2011. Köln 2011; Bundeskriminalamt (Hg.), Das Bundeskriminalamt stellt sich seiner Geschichte. Dokumentation einer Kolloquienreihe. Köln 2008.

48 Horst Albrecht, Im Dienst der Inneren Sicherheit. Die Geschichte des Bundeskriminalamts. Wiesbaden 1988.

49 Wilhelm Dietl, Die BKA-Story. Überarb. u. erg. Taschenbuchausg. München 2004 [2000]; Armand Mergen, Die BKA-Story. München/Berlin (West) 1987.

50 Dieter Schenk, Die braunen Wurzeln des BKA. Durchges. Ausg. Frankfurt a. M. 2003 [2001].

Zum Repressions- und Polizeiapparat der NS-Zeit existieren zahlreiche eingehende Arbeiten.⁵¹ Die SS in ihren unterschiedlichen Aspekten und insbesondere die Gestapo wurden am umfangreichsten erforscht,⁵² nicht zuletzt durch biografische Studien.⁵³ Aber auch zur Kriminalpolizei und zum Personal des Reichssicherheitshauptamts wurden einschlägige Forschungsarbeiten unternommen.⁵⁴ Einen nennenswerten Schwerpunkt bilden Forschungen zur Beteiligung der Ordnungspolizei an Judenverfolgung und Holocaust, hier insbesondere im Rahmen der Polizeibataillone.⁵⁵ In großem Umfang wurden ferner Studien zu Polizeien auf Länder- und Kommunalebene angefertigt, meist im Zusammenhang mit örtlichen Ausstellungen.⁵⁶ Gerade in diesen Arbeiten spielen auch Fragen der Personalpolitik, der Kontinuität und des Umgangs mit NS-Verbrechen von Polizisten in der Nachkriegszeit eine Rolle.⁵⁷

-
- 51 Wolfgang Schulte (Hg.), *Die Polizei im NS-Staat. Beiträge eines internationalen Symposiums an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster*. Frankfurt a.M. 2009; KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), *Polizei, Verfolgung und Gesellschaft im Nationalsozialismus*. Bremen 2013.
- 52 Christian Ingrao, *Hitlers Elite. Die Wegbereiter des nationalsozialistischen Massenmords*. Berlin 2012 [franz. 2010]; Carsten Dams/Michael Stolle, *Die Gestapo. Herrschaft und Terror im Dritten Reich*. München 2008; Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hg.), *Die Gestapo. Mythos und Realität*. Darmstadt 1995.
- 53 Bastian Hein, *Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925–1945*. München 2012; Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903–1989*. 5. Aufl. Bonn 2011 [1996].
- 54 Patrick Wagner, *Hitlers Kriminalisten. Die deutsche Kriminalpolizei und der Nationalsozialismus zwischen 1920 und 1960*. München 2002; Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*. 3., durchges. u. akt. Aufl. Hamburg 2015 [2002].
- 55 Wolfgang Curilla, *Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrußland 1941–1944*. Paderborn u. a. 2006; Christopher R. Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen*. Neuausg. Reinbek bei Hamburg 1999 [1993, engl. 1992].
- 56 Joachim Schröder, *Die Münchner Polizei und der Nationalsozialismus*. Essen 2013; Carsten Dams/Klaus Dönecke/Thomas Köhler (Hg.), *»Dienst am Volk«? Düsseldorf Polizisten zwischen Demokratie und Diktatur*. Frankfurt a. M. 2007.
- 57 Stephan Linck, *»To exploit this product of German genius ... is surely good business«*. Zur Personalpolitik der britischen Besatzungsmacht gegenüber der deutschen Kriminalpolizei nach 1945, in: Gerhard Fürmetz/Herbert

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA)⁵⁸

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat 2013 auf Grundlage einer öffentlich ausgeschriebenen, von Ende 2012 bis Anfang 2013 erarbeiteten Vorstudie⁵⁹ eine aus Rüdiger Hachtmann, Elizabeth Harvey, Sandrine Kott, Alexander Nützenadel, Kiran Klaus Patel und Michael Wildt gebildete Unabhängige Historikerkommission berufen. Ausgestattet mit einem Budget von 1,6 Millionen Euro und in sechs Teilprojekten organisiert, haben ebenso viele Historikerinnen und Historiker Anfang 2014 die Arbeit aufgenommen.

Im Fokus des Projekts, in dessen Rahmen vier Dissertationschriften erarbeitet werden, stehen das Personal und die Handlungsfelder des Reichsarbeitsministeriums (RMA) und nachgeordneter Behörden während der NS-Zeit, wobei in einzelnen Projekten auch die Zeit vor 1933 und nach 1945 berücksichtigt wird. Nach einem Eröffnungssymposium fand 2014 eine von der UHK veranstaltete Fachkonferenz mit externen Referenten statt. Die Ergebnisse des Projekts sollen – neben forschungsbegleitend erscheinenden Aufsätzen – in Form von fünf Monografien und einem Syntheseband, zu dem sowohl die Kommissionsmitglieder als auch die anderen Projektbeteiligten Beiträge beisteuern, nach Abschluss des Projekts ab Anfang 2017 veröffentlicht werden.

Das umfangreichste Teilprojekt stellt eine institutionengeschichtliche Studie dar, die sich auf die organisatorische und personelle Entwicklung des RMA seit der Weimarer Republik konzentriert. Daneben wird insbesondere das Geflecht aus RMA und den zahlreichen anderen Behörden, Staats- und Parteistellen sowie der Einfluss von Experten auf die Sozial- und Arbeitspolitik untersucht. Ein zweites Teilprojekt

-
- Reinke/Klaus Weinbauer (Hg.), *Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969*. Hamburg 2001, S. 105–128; Klaus-Michael Mallmann/Andrej Angrick (Hg.), *Die Gestapo nach 1945. Konflikte, Karrieren, Konstruktionen*. Darmstadt 2009; Stefan Noethen, *Alte Kameraden und neue Kollegen. Polizei in Nordrhein-Westfalen 1945–1953*. Essen 2003.
- 58 Das heutige Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) trug von 1949 bis 1957 den Namen Bundesministerium für Arbeit, anschließend wurde es als Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bezeichnet.
- 59 Andreas Mix/Martin Münzel/Alexander Nützenadel/Kim C. Priemel/Paul Rehfeld, *Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus*. Ms. 2013.

befasst sich mit dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel und der Rolle seiner Behörde in der deutschen Kriegswirtschaft sowie deren Funktionsweise und Politik am Beispiel des Reichskommissariats Ukraine. Ein weiteres Projekt untersucht nicht nur den Funktionsrahmen, in dem die Treuhänder der Arbeit Arbeits- und Lohnbedingungen aushandelten und kontrollierten, sondern bezieht hierbei auch deren Biografien sowie die Praxis und die vertretenen Konzepte ein.

Die Rentenversicherung steht im Mittelpunkt eines vierten Teilprojekts, das nach dem Anteil der Versicherungsbehörden und der Rentenversicherungsträger an staatlichen Verfolgungsmaßnahmen sowie Versuchen fragt, die Arbeiterschaft an den NS-Staat zu binden.⁶⁰ Ein fünftes Projekt untersucht den personellen und strukturellen Wandel, den die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenhilfe seit 1933 durchlief, und rückt die Rolle der Behörde in den Fokus. Im Rahmen eines kleineren kollektivbiografisch angelegten sechsten Teilprojekts wird schließlich generationsbedingten Prägungen des RMA-Personals sowie personellen Kontinuitäten und Diskontinuitäten nachgegangen, wobei der Untersuchungszeitraum die Jahre von 1919 bis 1960 umfasst und auch der Umgang des Ministeriums mit NS-belasteten Mitarbeitern in den Blick genommen wird.

Während für die Zeit nach 1945 eine elfbändige Reihe über die Geschichte der Sozialpolitik in der Bundesrepublik und der DDR vorliegt, existiert, trotz verschiedener meist älterer Gesamtdarstellungen, eine vergleichbar eingehende Darstellung nationalsozialistischer Arbeits- und Sozialpolitik bislang nicht.⁶¹ Gleichwohl sind Aspekte des Politikfeldes Arbeit und Soziales im NS-Staat – und, nur schwerlich davon zu trennen: Wirtschaft und Finanzen – seit Jahren Gegenstand der Forschung; so wurden etwa die Betriebspolitik und die Rolle der Deutschen Arbeitsfront in umfangreichen Studien erforscht.⁶² Obgleich

wohlfahrtsstaatliche Traditionen und Kontinuitäten, die auch den NS-Staat einschließen, bereits in Vergleichsstudien dargestellt wurden,⁶³ fehlt es für die Zeit vor 1945 als auch für die Zeit danach bislang an einer Institutionengeschichte des Ministeriums.

Einzelne Behörden und Einrichtungen wie die Arbeitsverwaltung wurden nur selten Gegenstand von Forschungsarbeiten. Dennoch wurde das Geflecht der Behörden und Parteistellen sowie die Rolle der Wohlfahrtsverbände bereits verschiedentlich untersucht.⁶⁴ Dies gilt auch für die konkreten Auswirkungen nationalsozialistischer Politik, beispielsweise mit Blick auf Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.⁶⁵ In großem Maße wurde zudem die nationalsozialistische Zwangsarbeit untersucht. Die Studien sind mittlerweile in vielerlei Hinsicht differenziert, etwa die Herkunft oder Gruppenzugehörigkeit der Zwangsarbeiter, ihre geografischen Einsatzorte oder die nutznießenden Unternehmen und Institutionen betreffend.⁶⁶

60 Unabhängig von der Arbeit der UHK fördert das Forschungsnetzwerk Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung zudem seit März 2015 u. a. das auf drei Jahre angelegte Forschungsprojekt »Alterssicherungssystem und Reichsversicherungsanstalt in der Volksgemeinschaft. Die Geschichte der Rentenversicherung in der NS-Zeit« von Paul Erker und Dierk Hoffmann.

61 Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Hg. v. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung u. dem Bundesarchiv. 11 Bde. Baden-Baden 2001–2008; Christoph Sachße/Florian Tennstedt, Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus. Stuttgart 1992.

62 Rüdiger Hachtmann, Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933–1945. Göttingen 2012; Matthias Frese, Betriebspolitik im »Dritten Reich«. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933–1939. Paderborn u. a. 1991.

63 Hans Günter Hockerts (Hg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich. München 1998.

64 Dieter G. Maier, Anfänge und Brüche der Arbeitsverwaltung bis 1952. Zugleich ein kaum bekanntes Kapitel der deutsch-jüdischen Geschichte. Brühl 2004; Hans-Walter Schmuhl, Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung in Deutschland 1871–2002. Zwischen Fürsorge, Hoheit und Markt. Nürnberg 2003; Oliver Volckart, Polykratische Wirtschaftspolitik. Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsministerium, Arbeitsministerium, DAF und Reichsnährstand 1933–1939, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 90 (2003), 2, S. 174–193.

65 Detlev Humann, »Arbeitschlacht«. Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933–1939. Göttingen 2011; Kiran Klaus Patel, »Soldaten der Arbeit«. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933–1945. Göttingen 2003.

66 Jochen-Christoph Kaiser (Hg.), Zwangsarbeit in Kirche und Diakonie 1939–45. Stuttgart 2005; Karsten Linne/Florian Dierl (Hg.), Arbeitskräfte als Kriegsbeute. Der Fall Ost- und Südosteuropa. Berlin 2011; Manfred Scheck, Zwangsarbeit und Massensterben. Politische Gefangene, Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge in Vaihingen an der Enz 1933 bis 1945. Berlin 2014.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML)⁶⁷

Im September 2005 beauftragte das damalige Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) nach einer Ausschreibung Andreas Dornheim, die NS-Vergangenheit des Ministeriums zu untersuchen und ein Gutachten zu »Rolle und Inhalt der Agrarpolitik und Agrarforschung von Vorgängerinstitutionen des BMVEL« zu erstellen. Im November 2005 kam der Folgeauftrag dazu, »Kriterien zur Bewertung der Ehrwürdigkeit von ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BML/BMVEL und der Dienststellen seines Geschäftsbereichs im Hinblick auf die Zeit des Nationalsozialismus« zu entwickeln. Insgesamt betrug das Budget knapp 57.000 Euro.

Das erste Gutachten war von vornherein als Vorstudie für eine anvisierte Hauptuntersuchung, mithin vor allem als Forschungsüberblick konzipiert. Hierfür standen vier Monate Bearbeitungszeit zur Verfügung. Der Hintergrund des zweiten Gutachtens war, dass das BMVEL bis 2005, ebenso wie das AA, verstorbene ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Rücksicht auf deren Rolle im Nationalsozialismus mit Nachrufen geehrt hatte und diese Praxis nun zu überprüfen gedachte. Hierfür erstellte Dornheim u. a. eine Liste von 719 Personen, die im Betrachtungszeitraum im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (RMEL) beschäftigt waren. Das erste Gutachten (Forschungsüberblick) lag im April 2006 vor, das zweite (»Ehrwürdigkeit«) im November 2007.

Veröffentlicht wurde das erste Gutachten im März 2011 in überarbeiteter Form im Internet, nachdem zunehmend Kritik angesichts des Ausbleibens der Publikation geäußert worden war.⁶⁸ Der Untersuchungszeitraum der ursprünglichen Fassung umspannt die Vorgängerinstitutionen des Ministeriums von der Weimarer Republik bis zum

Abschluss der Abwicklung des Reichsnährstandes 1976, während die veröffentlichte Version sich nur mit der Zeit bis 1945 befasst. Darin zeigt Dornheim, dass dem RMEL eine wichtige Rolle bei der Kriegsvorbereitung, in der Kriegswirtschaft, bei »Arisierungen« und im Zusammenhang mit dem »Generalplan Ost« zukam; zahlreiche Agrarpolitiker waren hohe SS-Führer.

Das zweite Gutachten ist mit der Begründung unter Verschluss, die Ergebnisse, die auch personenbezogene Daten enthalten, seien nur für den internen Gebrauch bestimmt. Hierfür wurde Dornheim jedoch kein vollständiger Aktenzugang gewährt, lediglich ausgewählte Teile der Personalakten von 62 ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden zur Verfügung gestellt. Die ursprünglich angepeilte Hauptstudie wurde bislang nicht in Auftrag gegeben. Jedoch kündigte das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) am 30. September 2015 überraschend die Einsetzung einer Historikerkommission an, nachdem nur wenige Wochen zuvor Teile des Gutachtens aufgrund eines Gerichtsbeschlusses zugänglich gemacht werden mussten und erste Presseberichte hierüber erschienen. Einzelheiten zu dem Forschungsauftrag stehen noch nicht fest.⁶⁹

Der Bereich der Agrarpolitik und insbesondere das BML sind hinsichtlich personeller NS-Belastungen und inhaltlicher Kontinuitäten bislang nur teilweise erforscht. Neben Studien im Bereich der Siedlungs- und Umsiedlungspolitik und einer allgemeinen Institutionengeschichte fehlen bislang auch umfassende Untersuchungen zu den Landwirtschaftsverbänden (der Vorläuferorganisation des Deutschen Bauernverbandes DBV und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft DLG) und deren Vertretern, etwa des bis 1969 amtierenden Bauernpräsidenten Edmund Rehwinkel.

67 Das heutige Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), das 2013 aus dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) bzw. der zuvor als Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) bezeichneten Behörde hervorgegangen ist, trug im Untersuchungszeitraum die Bezeichnung Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML).

68 Andreas Dornheim, Rasse, Raum und Autarkie. Sachverständigen Gutachten zur Rolle des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in der NS-Zeit. Berlin 2011, http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/RolleReichsministeriumNSZeit.pdf?__blob=publicationFile.

69 Schriftliche Auskunft des BMEL an die Verfasser vom 12. Oktober 2015; Andreas Maisch, Agrarministerium arbeitet Nazi-Vergangenheit auf, Die Welt (Online-Ausgabe) vom 30. September 2015, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article147048068/Agrarministerium-arbeitet-Nazi-Vergangenheit-auf.html>; Andreas Maisch, Die Nazi-Altlasten des Agrarministeriums, Die Welt vom 12. September 2015; Karsten Linnhoff, Kein Schweigen zur Nazi-Vergangenheit, Der Tagesspiegel (Online-Ausgabe) vom 10. August 2015, <http://www.tagesspiegel.de/medien/fruehere-mitarbeiter-des-landwirtschaftsministeriums-betroffen-kein-schweigen-zur-nazi-vergangenheit/12170592.html>.

Die NS-Agrarpolitik wurde zwar zum Gegenstand vielfacher Forschungsarbeiten, das RMEL jedoch noch nicht.⁷⁰ In Studien zur Ernährungswirtschaft und Agrarpolitik wurde etwa herausgearbeitet, dass Hitler Agrarpolitik ausschließlich aus machtpolitischer Perspektive, der zuständige Reichsminister Walther Darré seine Bauernpolitik dagegen vor allem aus rasseideologischen Gründen betrieb.⁷¹ In den letzten Jahren beschäftigte sich die Forschung zudem u. a. mit dem Eingang der »biologisch-dynamischen Landbauweise« und der anthroposophischen Lehre Rudolf Steiners in die NS-Agrarpolitik.⁷² Die Biografien mehrerer zentraler Akteure der NS-Agrarpolitik einschließlich derjenigen Darrés wurden bislang noch nicht Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen.⁷³ Bearbeitet wird momentan eine Biografie des Staatssekretärs im RMEL Herbert Backe, der die Aushungerung von bis zu dreißig Millionen Menschen in der Sowjetunion plante.⁷⁴

Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Das BMF hat im Juli 2009 eine Historikerkommission berufen, der Jane Caplan, Ulrich Herbert, Hans Günter Hockerts, Werner Plumpe, Adam Tooze, Hans-Peter Ullmann und Patrick Wagner angehören. Das mit 1,1 Millionen Euro ausgestattete Projekt ist in sechs zwischen 2010 und 2012 begonnenen Teilprojekten organisiert, die von ebenso vielen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bearbeitet werden bzw. wurden. Gegenstand der Forschungsarbeiten ist das Reichsministerium der Finanzen (RMF) im Zeitraum von 1933 bis 1945. Die Arbeiten sollen im Jahr 2016 abgeschlossen werden, die Projektpublikationen insgesamt sechs Monografien (zwei Habilitations- und vier Dissertationsschriften) sowie einen aus Einzelbeiträgen bestehenden Abschlussband umfassen. Zwischenergebnisse wurden auf bislang vier Projektveranstaltungen vorgestellt, Einzelaspekte im Rahmen mehrerer Aufsätze untersucht.⁷⁵

Bereits 2013 wurden mit der Monografie »Bürokratie und Verbrechen« die Ergebnisse des Teilprojekts zur fiskalischen Judenverfolgung publiziert.⁷⁶ Demnach wirkten das RMF und seine nachgeordneten Behörden durch steuerliche Diskriminierung, die Erhebung von Sonderabgaben und die Entziehung, Verwaltung und Verwertung von Eigentum bei der Verfolgung und Ausplünderung der Juden an entscheidender Stelle mit. Hierfür seien in weiten Teilen Gesetze im Sinne der NS-Rassenideologie ausgelegt worden, die noch aus der Zeit vor

-
- 70 Daniela Münkler (Hg.), *Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn*. Göttingen 2000; Daniela Münkler, *Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag*. Frankfurt a. M./New York 1996; Horst Gies, *Die Rolle des Reichsnährstandes im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hg.), *Der »Führerstaat«*. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Stuttgart 1981, S. 270–303.
- 71 Andreas Dornheim, *Der lange Weg in die Moderne. Agrarische Politik und ländliche Gesellschaft in Deutschland 1918–1960*. Habil. Universität Erfurt 2001; Gustavo Corni/Horst Gies, *Brot – Butter – Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers*. Berlin 1997; Uwe Mai, »Rasse und Raum«. *Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat*, Paderborn u. a. 2002.
- 72 Franz-Josef Brüggemeier/Mark Cioc/Thomas Zelle (Hg.), *How Green Were the Nazis? Nature, Environment and Nation in the Third Reich*. Ohio 2005.
- 73 Zur Ideologie Darrés u. a.: Gesine Gerhard, *Breeding Pigs and People for the Third Reich*, in: Franz-Josef Brüggemeier/Mark Cioc/Thomas Zelle (Hg.), *How Green Were the Nazis? Nature, Environment and Nation in the Third Reich*. Athens 2005, S. 129–146.
- 74 Gesine Gerhard, *Food and Genocide. Nazi Agrarian Politics in the Occupied Territories of the Soviet Union*, in: *Contemporary European History* 18 (2009), 1, S. 45–65; Zu Backe vgl. auch Susanne Heim, *Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945*. Göttingen 2003.

-
- 75 Vgl. etwa: Stefanie Middendorf, *Staatsfinanzen und Regierungstaktiken. Das Reichsministerium der Finanzen (1919–1945) in der Geschichte der Staatlichkeit im 20. Jahrhundert*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 41 (2015), 1, S. 140–168; Ralf Banken/Ramona Bräun, »Herrenloses Gut«. Raub und Verwertung mobilen polnischen Eigentums im Zweiten Weltkrieg, in: Michael Kempe/Robert Suter (Hg.), *Res nullius. Zur Genealogie und Aktualität einer Rechtsformel*. Berlin 2015, S. 153–174; Ralf Banken, *Es war überhaupt kein Finanzproblem! Die Kriegsfinanzierung des Dritten Reichs 1939–1945*, in: Andreas Hedwig (Hg.), *Finanzpolitik und Schuldenkrisen 16.–20. Jahrhundert*. Marburg 2014, S. 197–220; Josephine Ulbricht, *Die Enteignung der Münchner Sinti und Roma und die Rolle der Reichsfinanzverwaltung*, in: Matthias Bahr/Peter Pohl (Hg.), *Hugo Höllenreiner. Das Zeugnis eines überlebenden Sinto und seine Perspektiven für eine bildungssensible Erinnerungskultur*. Stuttgart 2014, S. 165–178.
- 76 Christiane Kuller, *Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland*. München 2013.

1933 stammten und nicht antisemitisch ausgerichtet waren. Zwei Teilprojekte befinden sich kurz vor ihrem Abschluss, ihre Ergebnisse sollen 2016 veröffentlicht werden: Erstens die Untersuchung der nationalsozialistischen Steuerpolitik, die dem RMF große Handlungsautonomie etwa in Bezug auf Steuererhöhungen zuschreibt. Und zweitens die Studie zur Rolle der Reichsfinanzverwaltung im besetzten Polen, die die finanz- und steuerpolitische Lenkung der Besatzungsverwaltung im Rahmen der nationalsozialistischen Eroberungs-, Siedlungs- und Vernichtungspolitik darstellt.

Daneben wird eine Institutionengeschichte des RMF erarbeitet, die bis zu dessen Gründung im Jahr 1919 zurückgreift und sowohl dessen Organisations- und Arbeitsformen als auch das Selbstverständnis sowie die Handlungsspielräume bei der Haushaltsplanung untersucht. Ebenso in Arbeit ist ein Projekt zur monetären Ausbeutung der besetzten Gebiete; als erstes Ergebnis kann hier u. a. bereits festgehalten werden, dass das RMF für völkerrechtswidrige Steigerungen der Besatzungskostenzahlungen sorgte und damit einen erheblichen Einfluss auf die deutsche Kriegsfinanzierung ausübte. Für das Teilprojekt zur fiskalischen Verfolgung von innenpolitischen Gegnern, kirchlichen Einrichtungen sowie Sinti und Roma ist zu konstatieren, dass sich die Finanzverwaltung beim Entzug deren Vermögens als gut funktionierender und ambitionierter Apparat zeigte. Schließlich wird die Schuldenpolitik analysiert, die den größten Beitrag zur Finanzierung des Krieges leistete. Ursprünglich als siebtes Teilprojekt und Monografie geplant, kann die Schuldenpolitik aufgrund der schwierigen Quellenlage jedoch nur im Rahmen von Aufsätzen bearbeitet werden.

Der Forschungsstand hinsichtlich dieser Themenbereiche ist als sehr unterschiedlich einzuschätzen. Am umfangreichsten, meist auf lokaler und regionaler Ebene, wurde die Rolle der Finanzverwaltung bei der Verfolgung und Ausplünderung von Juden erforscht.⁷⁷ Auch die wirtschaftliche Ausbeutung besetzter Gebiete zur Finanzierung des Krieges wurde bereits beleuchtet,⁷⁸ und in diesem Rahmen insbesondere

die Verschleppung und Ausbeutung von Zwangsarbeitern.⁷⁹ Gerade im breiten und eng verwobenen Feld Wirtschaft/Arbeit/Finanzen sind zudem bereits eingehende Forschungsarbeiten unternommen worden.⁸⁰

Wenngleich die Reichsfinanzverwaltung als Ganze verschiedentlich bereits im Fokus stand,⁸¹ wurde das RMF als Institution vor diesem Projekt noch nicht Gegenstand einer eingehenden Studie. Während vor allem die systemisch-sachlichen Kontinuitäten und Diskontinuitäten von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus untersucht wurden, spielen insbesondere personelle Kontinuitäten zur Zeit nach 1945 bislang nur eine untergeordnete Rolle.⁸² Und auch das BMF als Institution wurde jenseits von Jubiläumsschriften⁸³ noch nicht Objekt näherer Untersuchungen. Die Wiedergutmachungspolitik, mit der das BMF befasst war, wurde hingegen bereits in nennenswerter Breite erforscht.⁸⁴

unter deutscher Hegemonie 1938–1945. München 2012; Johannes Houwink ten Cate/Gerhard Otto (Hg.), *Das organisierte Chaos. »Ämterdarwinismus« und »Gesinnungsethik«*. Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft. Berlin 1999.

- 79 Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1938–1945*. Stuttgart/München 2001.
- 80 Tim Schanetzky, *»Kanonen statt Butter«*. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich. München 2015; Adam Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*. München 2007 [engl. 2006]; Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*. 2., durchges. u. erw. Taschenbuchaufl. Frankfurt a. M. 2011 [2005].
- 81 Martin Friedenberger, *Die Reichsfinanzverwaltung unter dem Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumente*. Bremen 2002.
- 82 Stefanie Middendorf/Kim C. Priemel, *Jenseits des Primats. Kontinuitäten der nationalsozialistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik*, in: Birthe Kundrus/Sybille Steinbacher (Hg.), *Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts*. Göttingen 2013, S. 94–120; Martin Friedenberger, *»Selbstverständlich nach nationalsozialistischer Weltanschauung auszulegen«*. Steuerrechtler des Dritten Reiches als Namensgeber bundesdeutscher Steuerrechtskommentare, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 62 (2014), 2, S. 136–158.
- 83 Bundesministerium der Finanzen (Hg.), *40 Jahre Verantwortung für die Finanzen des Bundes*. Das Bundesministerium der Finanzen. Geschichte, Aufgaben, Leistungen. München 1989.
- 84 Constantin Goschler, *Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945*. Göttingen 2005; Jürgen Lillteicher, *Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik*. Göttingen 2007.

77 Martin Friedenberger, *Fiskalische Ausplünderung. Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung und die jüdische Bevölkerung 1933–1945*. Berlin 2008; Axel Drecol, *Der Fiskus als Verfolger. Die steuerliche Diskriminierung der Juden in Bayern 1933–1941/42*. München 2009; Stefan Mehl, *Das Reichsfinanzministerium und die Verfolgung der deutschen Juden 1933–1945*. Berlin (West) 1990.

78 Christoph Buchheim/Marcel Boldorf (Hg.), *Europäische Volkswirtschaften*

Bundesministerium des Innern (BMI)

Nachdem bereits die dem BMI nachgeordneten Bundesoberbehörden BKA im Jahr 2008 und BfV im Jahr 2011 Forschungsprojekte initiiert hatten, finanzierte das BMI von Ende 2014 bis Ende 2015 eine Vorstudie zu möglichen NS-Kontinuitäten des BMI und des Ministeriums des Innern der DDR zwischen 1949 bis etwa 1970 mit 470.000 Euro. Geleitet wurde das Projekt von Frank Bösch (ZZF) und Andreas Wirsching (IfZ). Acht wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erarbeiteten die im Oktober 2015 vorgelegte 130-seitige Vorstudie mit dem Titel »Die Nachkriegsgeschichte des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Ministeriums des Innern der DDR (Mdi) hinsichtlich möglicher personeller und sachlicher Kontinuitäten zur Zeit des Nationalsozialismus«, deren Ergebnisse im November 2015 auf einer Tagung vorgestellt werden sollen. Die Mittel für eine Hauptstudie wurden mittlerweile bewilligt, 2018 sollen abschließende Ergebnisse vorgelegt werden.

Im Rahmen der Vorstudie wurden erstens der Bereich Innere Sicherheit, zweitens Medien, Sport und Kultur, drittens der Öffentliche Dienst, viertens die Zentralabteilung, fünftens das Gesundheits- und Sozialwesen sowie sechstens der Bereich Verfassung und Verwaltung von je einer Mitarbeiterin bzw. einem Mitarbeiter bearbeitet. Erste Erkenntnisse deuten darauf hin, dass eine geringe Personalkontinuität vom Reichsministerium des Innern (RMI) zum BMI bestand – wohl auch deshalb, weil belastetes RMI-Personal häufig gezielt in anderen Behörden untergebracht wurde. Dennoch lässt sich eine hohe, in den 1950er Jahren weiter ansteigende NS-Belastung des Personals auch in sensiblen Positionen feststellen. Weiterhin zeichnet sich ab, dass lange ein konservatives Verfassungs- und Rechtsbewusstsein im BMI bestanden hat und das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in diesen Jahren als Gegner wahrgenommen wurde.

Die Forschungslage zum BMI ist übersichtlich; eine Institutionengeschichte wurde bislang noch nicht erarbeitet; bis auf Selbstdarstellungen der Behörde und eine von BMI-Angehörigen erstellte Publikation über die Aufgaben des Ministeriums liegen keine umfangreichen Publikationen vor.⁸⁵ Einzelne Aspekte des institutionellen Handelns in

den Aufbaujahren wurden zwar bereits bearbeitet, jedoch meist ohne Fokus auf das BMI, sondern mit einem allgemeinen Schwerpunkt auf der Ministerialbürokratie oder einzelnen Politikfeldern wie der Inneren Sicherheit.⁸⁶

Einzelne Zuständigkeitsbereiche des RMI, besonders dessen Beteiligung an der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik, sind Gegenstand zahlreicher Forschungsarbeiten.⁸⁷ Jenseits von Studien zu bestimmten Abschnitten der RMI-Geschichte, etwa zur Amtszeit Heinrich Himmlers,⁸⁸ ist eine umfassende oder auch nur auf die Jahre 1933–1945 bezogene Institutionengeschichte des RMI nicht bekannt. Jedoch liegen zu einzelnen Akteuren, wie den Innenministern Wilhelm Frick und Heinrich Himmler oder Staatssekretär Wilhelm Stuckart, umfangreiche biografische Forschungen vor.⁸⁹

Bundesministerium der Justiz (BMJ)⁹⁰

Im Januar 2012 setzte das damalige BMJ eine »Unabhängige Wissenschaftliche Kommission beim Bundesministerium der Justiz zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit« ein. Die Kommission besteht aus

Schiffer (Hg.), *Das Bonner Innenministerium. Innenansichten einer politischen Institution*. Bonn 1997.

- 86 Dominik Rigoll, *Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr*. Göttingen 2013.
- 87 Michael Mayer, *Staaten als Täter. Ministerialbürokratie und »Judenpolitik« in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich*. München 2010; Cornelia Essner, *Die »Nürnberger Gesetze« oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945*. Paderborn u. a. 2002; Stephan Lehnstaedt, *Der »Totale Krieg« im Reichsministerium des Innern unter Heinrich Himmler*, in: *Die Verwaltung* 39 (2006), S. 393–420.
- 88 Stephan Lehnstaedt, *Das Reichsministerium des Innern unter Heinrich Himmler 1943–1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 54 (2006), 4, S. 639–672; Birgit Schulze, *Heinrich Himmler, das Reichsministerium des Innern und das Verhältnis von Staat und Partei 1943–1945*, in: Klaus Moltgen (Hg.), *Kriegswirtschaft und öffentliche Verwaltung im Ruhrgebiet 1939–1945*. Gelsenkirchen 1990, S. 9–33.
- 89 Hans-Christian Jasch, *Staatssekretär Wilhelm Stuckart und die Judenpolitik. Der Mythos von der sauberen Verwaltung*. München 2012; Peter Longerich, *Heinrich Himmler. Biographie*. München 2008; Günter Neliba, *Staatssekretäre des NS-Regimes. Ausgewählte Aufsätze*. Berlin 2005; Günter Neliba, *Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates*. Paderborn u. a. 1992.
- 90 Das heutige Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) trug bis 2013 die Bezeichnung Bundesministerium der Justiz (BMJ).

85 Der Bundesminister des Innern (Hg.), *Das Bundesministerium des Innern. Geschichte, Organisation, Aufgaben*. Bonn 1997; Siegfried Fröhlich/Reinhold Haverkamp/Hans-Jürgen von der Heide/Sieghardt von Köckritz/Eckart

Manfred Görtemaker und Christoph Safferling, die von den »Beauftragten« Eva Schumann, Jan Thiessen und Martin Will sowie zehn wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt werden. Das mit einem Etat von 1,1 Millionen Euro sowie weiterer vorgesehener Mittel in Höhe von rund 330.000 Euro ausgestattete »Rosenburg«-Projekt, benannt nach dem ersten Amtssitz des BMJ in Bonn, soll bis Ende 2015 abgeschlossen werden.⁹¹

Im September 2016 sollen die Ergebnisse in einer Monografie Görtemakers und Safferlings veröffentlicht werden. Zusätzlich entsteht eine voraussichtlich achtbändige Buchreihe mit Studien der Projektbeteiligten, darunter auch Qualifikationsarbeiten. Zuvor erschien im Jahr 2013 bereits der Sammelband »Die Rosenberg«,⁹² der Referate von meist projektexternen Fachleuten dokumentiert, die auf dem Eröffnungssymposium der Kommission gehalten wurden. Bislang folgten drei weitere Symposien.⁹³ Die im Rahmen der Forschungsarbeit benutzten, archivalisch bislang nicht erschlossenen Akten des BMJ sollen nach Abschluss des Projekts dem Bundesarchiv übergeben werden.

91 Hingegen kam ein 2008 von der Bundesanwaltschaft im Geschäftsbereich des BMJ angeregtes Projekt mit dem Titel »Höchststrichterliche Rechtsprechung nach 1945. Die obersten Gerichtshöfe des Bundes und die Bundesanwaltschaft auf dem Weg in den Rechtsstaat des Grundgesetzes« nicht zustande. Als fragmentarisches Ergebnis kann dennoch gelten: Christian Fischer/Walter Pauly (Hg.), Höchstrichterliche Rechtsprechung in der frühen Bundesrepublik. Tübingen 2015.

92 Manfred Görtemaker/Christoph Safferling (Hg.), Die Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit. Eine Bestandsaufnahme. 2. Aufl. Göttingen 2013; die Reden wurden publiziert in: Bundesministerium der Justiz (Hg.), Die Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und sein Umgang mit der NS-Vergangenheit. Berlin 2012.

93 Bundesministerium der Justiz (Hg.), Die Rosenberg. 2. Symposium. Die Verantwortung von Juristen im Aufarbeitungsprozess. Vorträge gehalten am 5. Februar 2013 im Schwurgerichtssaal des Landgerichts Nürnberg-Fürth. Berlin 2013; Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (Hg.), Die Rosenberg. 4. Symposium. Die justizielle NS-Aufarbeitung. Täter, Opfer, Justiz. Vorträge gehalten am 21. Oktober 2014 im Foyer der Bibliothek des Bundesgerichtshofs, Karlsruhe. Berlin 2015. Das 3. Rosenberg-Symposium – das sich als Plattform für den Austausch der Behördenforschungsprojekte verstand – ist als Videoaufzeichnung dokumentiert: <http://www.uwk-bmj.de/aufarbeiterkonferenz-der-uwk-und-der-kommissionen-weiterer-institutionen-8-mai-in-berlin.html>.

Das interdisziplinäre Projekt untersucht in zehn Themenkomplexen den Zeitraum ab der Gründung des BMJ 1949 bis in die frühen 1970er Jahre. So wird erstens erforscht, welche Verbindungen es zwischen dem BMJ, dem Bundeskanzleramt (BKAm) und dem Rechtsausschuss des Bundestags gab. Zweitens werden personelle Kontinuitäten und Brüche im Höheren Dienst des BMJ thematisiert, wobei alle zwischen 1949 und 1973 im BMJ tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf NS-Belastungen überprüft werden. Untersucht wird darüber hinaus der Umgang mit der NS-Vergangenheit im Ministerium selbst. Viertens wird der Beitrag des BMJ zur Reform des Politischen Strafrechts und fünftens dessen Rolle in den Debatten um Amnestie und Verjährung analysiert sowie sechstens der Frage nachgegangen, weshalb NS-Urteile erst ab 1998 pauschal aufgehoben wurden. Daneben wird die Haltung des BMJ zu den Nürnberger Prozessen und zum Alliierten Kontrollrat ebenso erforscht wie die Rolle des BMJ bei der Strafverfolgung von Holocaust-Tätern. Neuntens wird der Blick auf NS-Kontinuitäten im Familien-, Miet- und Wirtschaftsrecht gerichtet, und zuletzt werden die Konsequenzen der Mitwirkung NS-belasteter Beamter erörtert.

Zwischenergebnisse deuten darauf hin, dass der Grad der personellen NS-Belastung im BMJ im Laufe der Zeit kontinuierlich anstieg und in den 1950er und 1960er Jahren durch Beförderungen und die Auswirkungen von § 131 GG sehr hoch war. Eine Wende erfolgte offenbar 1966 mit der Großen Koalition sowie ab 1969 mit der sozial-liberalen Koalition. Der reale Einfluss NS-Belasteter auf die bundesdeutsche Gesetzgebung lässt sich hingegen nur schwer greifen.

Die Rolle der Justiz im Nationalsozialismus ist Gegenstand zahlreicher umfangreicher Forschungsarbeiten und zählt zu den wohl am besten erforschten Politikfeldern der NS-Geschichte.⁹⁴ Auch der meist außer Acht gelassene Strafvollzug als bedeutender Aspekt des nationalsozialistischen Terrorapparates wurde mittlerweile in den Fokus

94 Z. B. Michael Stolleis, Recht im Unrecht. Studien zur Rechtsgeschichte des Nationalsozialismus. Nachdr. Frankfurt a. M. 2006 [1994]; Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, 3., verb. Aufl. München 2001 [1988]; Bernd Rüthers, Entartetes Recht. Rechtslehren und Kronjuristen im Dritten Reich. 2., verb. Aufl. München 1989 [1988]; Klaus Marxen, Das Volk und sein Gerichtshof. Eine Studie zum nationalsozialistischen Volksgerichtshof. Frankfurt a. M. 1994.

gerückt,⁹⁵ prominenten Juristen wie dem Präsidenten des Volksgerichtshofs Roland Freisler wurden biografische Studien gewidmet.⁹⁶

Bezogen auf die Nachkriegszeit liegen Dokumentationen und Darstellungen des Nürnberger Juristenprozesses von 1947⁹⁷ vor. Auch wurden die seit 1945 ergangenen Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen in einer umfangreichen Publikationsreihe gesammelt.⁹⁸ Darüber hinaus liegen teils auch auf Länderebene einschlägige Dokumentationen vor.⁹⁹

Die Personalkontinuität im Justizwesen und die Auswirkungen auf die bundesdeutsche Rechtsprechung sind Gegenstand einer Reihe von Studien, die die Rolle der Justiz im NS-Terrorapparat auch einer breiten Öffentlichkeit bewusst machten.¹⁰⁰ Personelle Kontinuitäten nach 1945, wie die Biografie des Ministerialrates im BMJ Franz Massfeller, dem Kommentator des nationalsozialistischen Blutschutz- und Ehegesundheitsgesetzes, wurden Gegenstand mehrerer Forschungsarbeiten.¹⁰¹ Nennenswerte Aufmerksamkeit fanden auch die in den 1950er und 1960er Jahren von der DDR lancierten Kampagnen insbesondere gegen die in der bundesdeutschen Justiz tätigen »Nazi-

Blutrichter«,¹⁰² aber auch Reaktionen der Öffentlichkeit auf NS-Prozesse sowie die auf die Justiz bezogenen Aufarbeitungsbestrebungen in der bundesdeutschen Zivilgesellschaft wurden eingehend dargestellt.¹⁰³

Eng verbunden mit den personellen Kontinuitäten im Justizapparat, problematisieren zahlreiche Studien auch die mangelnde juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen sowie im Speziellen von Verbrechen der nationalsozialistischen Justiz.¹⁰⁴ Hier werden oft Schwerpunkte in Bezug auf einzelne Verfahren oder Persönlichkeiten gelegt, insbesondere wurde der ehemalige hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer und sein Wirken vielfach porträtiert.¹⁰⁵

-
- 95 Nikolaus Wachsmann, *Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat*. München 2006.
- 96 Helmut Ortner, *Der Hinrichter. Roland Freisler, Mörder im Dienste Hitlers*. Überarb. Neuausg. Frankfurt a. M. 2014 [1995].
- 97 Lore Maria Peschel-Gutzeit (Hg.), *Das Nürnberger Juristen-Urteil von 1947. Historischer Zusammenhang und aktuelle Bezüge*. Baden-Baden 1996.
- 98 Christiaan F. Rüter/Dick W. de Mildt (Hg.), *Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung (west-)deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–2012*. 49 Bde. Amsterdam/München 1968–2012.
- 99 Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz (Hg.), *Justiz im Dritten Reich. Justizverwaltung, Rechtsprechung und Strafvollzug auf dem Gebiet des heutigen Landes Rheinland-Pfalz*. 2 Bde. Frankfurt a. M. u. a. 1995; Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz (Hg.), *Justiz im Dritten Reich. NS-Sondergerichtsverfahren in Rheinland-Pfalz. Eine Dokumentation*. 3 Bde. Frankfurt a. M. u. a. 1994.
- 100 Ingo Müller, *Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz*. 2., erw. Aufl. d. Neuausg. Berlin 2014 [1987].
- 101 Cora Ciernoch-Kujas, *Ministerialrat Franz Massfeller 1902–1966*. Berlin 2003; Hubert Rottleuthner, *Karrieren und Kontinuitäten deutscher Justizjuristen vor und nach 1945*. Berlin 2010; Sonja Boss, *Unverdienter Ruhestand. Die personalpolitische Bereinigung belasteter NS-Juristen in der westdeutschen Justiz*. Berlin 2009; Joachim Perels, *Das juristische Erbe des »Dritten Reiches«. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung*. Frankfurt a. M. 1999.

-
- 102 Klaus Bästlein, »Nazi-Blutrichter als Stützen des Adenauer-Regimes«. Die DDR-Kampagnen gegen NS-Richter und -Staatsanwälte, die Reaktionen der bundesdeutschen Justiz und ihre gescheiterte »Selbstreinigung« 1957–1968, in: Helge Grabitz (Hg.), *Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen*. Berlin 1994, S. 408–443; Henry Leide, *NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR*. 3., durchges. Aufl. Göttingen 2007 [2005].
- 103 Jörg Osterloh/Clemens Vollnhals (Hg.), *NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR*. Göttingen/Oakville 2011; Stephan Alexander Glienke, *Die Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« (1959–1962). Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen*. Baden-Baden 2008.
- 104 Kerstin Freudiger, *Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen*. Tübingen 2002; Norbert Frei (Hg.), *Geschichte vor Gericht. Historiker, Richter und die Suche nach Gerechtigkeit*. München 2000; Jörg Friedrich, *Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik*. Erw. Neuausg. Berlin 2007 [1984]; Marc von Miquel, *Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren*. Göttingen 2004; Annette Weinke, *Eine Gesellschaft ermittelt gegen sich selbst. Die Geschichte der Zentralen Stelle in Ludwigsburg 1958–2008*. 2., um ein Vorw. erw. Aufl. 2009 [2008].
- 105 Ronen Steinke, *Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht*. 2. Aufl. München/Zürich 2013; Irmtrud Wojak, *Fritz Bauer 1903–1968. Eine Biographie*. München 2009.

Bundesministerium für Verkehr (BMV)¹⁰⁶

Ende 2005 beauftragte das damalige Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) Alfred Gottwaldt und Diana Schulle mit einer Studie zur antijüdischen Politik des Reichsverkehrsministeriums (RMV) in der NS-Zeit. Das innerhalb von sechs Monaten erstellte Forschungsgutachten, das mit rund 25.000 Euro unterstützt wurde, erschien 2007 unter dem Titel »Juden ist die Benutzung von Speisewagen untersagt«.¹⁰⁷ Die Untersuchung beschreibt die Eskalation der Politik der scheinbar unpolitischen Reichsbahn von der Entlassung jüdischer Mitarbeiter über die zunehmende Entrechtung jüdischer Fahrgäste bis hin zu den Deportationszügen in die Ghettos und Vernichtungslager. Gottwaldt und Schulle konstatieren auf der leitenden Ebene eine ausgeprägte Personalkontinuität von der Reichsbahn zur Bundesbahn, mithin zahlreiche NS-Belastete.

Im Anschluss förderte das BMVBS mit rund 27.000 Euro eine 2009 erschienene Publikation Gottwaldts mit zahlreichen biografischen Studien zum »vergessenen« Widerstand innerhalb der Reichsbahn (ab 1937 war die Reichsbahn keine eigenständige Gesellschaft mehr, sondern integraler Teil des RMV) und der dortigen Verfolgung.¹⁰⁸ Die Studie bezieht auch den kommunistischen Widerstand mit ein. Zuvor war widerständiges und oppositionelles Handeln unter Eisenbahnern, von denen vor 1933 rund jeder zweite Arbeiter Gewerkschaftsmitglied gewesen war, in der Forschung weitgehend unberücksichtigt geblieben.

War die Beteiligung der Reichsbahn am Holocaust lange kaum beachtet worden, ist die Literatur mittlerweile als sehr umfangreich zu bezeichnen.¹⁰⁹ So liegt eine kommentierte umfassende Chronologie

der Judendeportationen vor, die die Transporte dokumentiert, mit denen zwischen 1941 und 1945 mindestens 265.000 Menschen aus Deutschland in die Ghettos und Vernichtungslager gebracht wurden; sie belegt das enge Zusammenwirken von Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und Reichsbahn.¹¹⁰ Neben der Rolle der Reichsbahn bei den Deportationen wurde auch ihre Einbindung in die antisemitische NS-Politik der Vorkriegszeit bereits eingehend beschrieben,¹¹¹ zudem liegen biografische Studien, etwa über den Generaldirektor der Reichsbahn und späteren Reichsverkehrsminister Julius Dorpmüller und dessen Amtsführung, vor.¹¹²

Untersuchungen zum eng mit der Reichsbahn verwobenen RMV, das primär ein »Eisenbahn-Ministerium« war, sind rar; dies trifft auch auf das BMV zu. Gleichwohl liegen für die ebenfalls eng auf das BMV und dessen Verkehrspolitik bezogene Bundesbahn einschlägige Studien zur Eisenbahngeschichte der frühen Bundesrepublik vor. Diese kommen u. a. zu dem Ergebnis, dass die Zäsur von 1945 für die Geschichte der Eisenbahn nicht entscheidend gewesen und das Selbstbild des »unpolitischen Eisenbahners« breit akzeptiert worden sei, sodass angesichts der Transportkrise der Nachkriegszeit und eines ungebrochenen Korpsgeistes eine große personelle Kontinuität zu verzeichnen sei, die eine Einstellung von Quereinsteigern kaum zugelassen habe.¹¹³ Auch in einer im Auftrag der bundeseigenen Deutschen Bahn AG

2 Bde. Chapel Hill u. a. 1999–2000; Alfred Gottwaldt, Dorpmüllers Reichsbahn. Die Ära des Reichsverkehrsministers Julius Dorpmüller 1920–1945. Dortmund 2009; Alfred Gottwaldt, Die »Logistik des Holocaust« als mörderische Aufgabe der Deutschen Reichsbahn im europäischen Raum, in: Ralf Roth/Karl Schlögel (Hg.), Neue Wege in ein neues Europa. Geschichte und Verkehr im 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 2009, S. 261–280; Thomas Kuczynski, Dem Regime dienen – nicht Geld verdienen. Zur Beteiligung der Deutschen Reichsbahn an Deportationen und Zwangsarbeit während der NS-Diktatur. Einige Überlegungen aus ökonomischer Sicht, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 57 (2009), 6, S. 510–528.

- 110 Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die »Judendeportationen« aus dem Deutschen Reich. 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie. Wiesbaden 2005.
 111 Alfred Gottwaldt, Die Reichsbahn und die Juden 1933–1939. Antisemitismus bei der Eisenbahn in der Vorkriegszeit. Wiesbaden 2011.
 112 Alfred Gottwaldt, Ernst Spiro. Ein deutscher Reichsbahndirektor. Berlin 2014; Alfred Gottwaldt, Julius Dorpmüller, die Reichsbahn und die Autobahn. Verkehrspolitik und Leben des Verkehrsministers bis 1945. Berlin 1995.
 113 Christopher Kopper, Die Bahn im Wirtschaftswunder. Deutsche Bundesbahn und Verkehrspolitik in der Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt a. M. 2007.

- 106 Das heutige Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) trug zuvor die Bezeichnung Bundesministerium für Verkehr (BMV) und bis 2013 den Namen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).
 107 Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, »Juden ist die Benutzung von Speisewagen untersagt.« Die antijüdische Politik des Reichsverkehrsministeriums zwischen 1933 und 1945. Forschungsgutachten, erarbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Teetz 2007.
 108 Alfred Gottwaldt, Eisenbahner gegen Hitler. Widerstand und Verfolgung bei der Reichsbahn 1933–1945. Wiesbaden 2009.
 109 Raul Hilberg, Sonderzüge nach Auschwitz. Geringf. veränd. Fassung Frankfurt a. M. 1987 [1981, engl. 1976]; Alfred C. Mierzejewski, The Most Valuable Asset of the Reich. A History of the German National Railway.

bearbeiteten Geschichte der Eisenbahn in Deutschland wurde neben der NS-Zeit die Aufbauphase nach 1945 in den Blickpunkt gerückt.¹¹⁴

Gleichwohl fehlen umfassende Studien zu personellen Kontinuitäten zwischen RMV und BMV sowie Reichsbahn und Bundesbahn nach 1945 sowie zu langfristigen Kontinuitätslinien aus der Weimarer Republik, ebenso wie Arbeiten zu Zuständigkeitsbereichen des Ministeriums jenseits der Eisenbahn, besonders zum Kraftverkehr und zur Binnen- und Seeschifffahrt.

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)¹¹⁵

Mit dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), das 2013 aus dem seit 1957 bestehenden Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) und dem 1974 gegründeten Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI) hervorgegangen ist, verfügt das BMVg über eine Ressortforschungseinrichtung. Im Mittelpunkt ihrer Aufgaben steht die militärhistorische Grundlagenforschung insbesondere zur Zeit seit dem Ersten Weltkrieg. Unter zahlreichen Forschungsprojekten wird am ZMSBw seit 2013 eine Organisationsgeschichte des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) im Zeitraum von 1956 bis 1990 erarbeitet, die auch NS-Bezüge behandeln wird; die Publikation der Ergebnisse ist für 2016 vorgesehen. Ebenfalls 2016 erscheinen soll die Abschlusspublikation des Projekts »Freundschaft und Geschichtspolitik« zu Ernst Jünger und Hans Speidel zwischen 1941 und 1984 – Letzterer wurde trotz NS-Belastung Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa.

Obwohl keine zäsurübergreifende institutionen- bzw. organisationsgeschichtliche Studie vorliegt, die zugleich den Bereich des Militärischen im Nationalsozialismus und die NS-Kontinuitäten des BMVg und seines Geschäftsbereichs zum Gegenstand hat, sind einschlägige Aspekte davon in unterschiedlicher Art und Weise im Rahmen separater Studien innerhalb und außerhalb des MGFA/ZMSBw bearbeitet worden. Insbesondere zur Wehrmacht,¹¹⁶ zur Geschichte

des Zweiten Weltkriegs,¹¹⁷ hier vor allem der Kriegführung,¹¹⁸ und zur Besatzungspolitik¹¹⁹ liegen zahlreiche umfängliche Forschungsergebnisse, aber auch große Quelleneditionen¹²⁰ vor. Einen Schwerpunkt bildet zudem die Forschung zum militärischen Widerstand, speziell im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944.¹²¹

Nicht zuletzt durch die für das Militär bedeutsame zäsurübergreifende Traditionspflege standen die Kontinuitäten des militärischen Personals stets in besonderem Fokus der Aufmerksamkeit nicht nur innerhalb des BMVg und der Bundeswehr, sondern auch der Politik, Öffentlichkeit und Forschung. Dies spiegelt sich in umfangreichen biografischen Handbüchern¹²² und eingehenden biografischen Darstellungen einzelner Persönlichkeiten¹²³ sowie insbesondere in detaillierten gruppenbiografischen Untersuchungen zur Gründungsgeneration der Bundeswehr¹²⁴ wider. Letztere kamen zu dem Ergebnis, dass die Be-

114 Lothar Gall/Manfred Pohl (Hg.), *Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München 1999.

115 Das heutige Bundesministerium der Verteidigung wurde von 1955 bis 1961 als Bundesministerium für Verteidigung bezeichnet.

116 Jürgen Förster, *Die Wehrmacht im NS-Staat. Eine strukturgeschichtliche Analyse*. München 2007; Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hg.),

Die Wehrmacht. Mythos und Realität, Sonderausg. München 2012 [1999].

117 *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*. Hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. 10 Bde. Stuttgart 1979–2008.

118 Christian Hartmann, *Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42*. München 2009.

119 Dieter Pohl, *Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944*. München 2008.

120 Percy Ernst Schramm (Hg.), *Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht 1940–1945*, 8 Bde. Frankfurt a. M. 1961–1969.

121 Gerd R. Ueberschär, *Stauffenberg und das Attentat des 20. Juli 1944. Darstellung, Biographien, Dokumente*. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 2009 [2004]; Tobias Baur, *Das ungeliebte Erbe. Ein Vergleich der zivilen und militärischen Rezeption des 20. Juli 1944 im Westdeutschland der Nachkriegszeit*. Frankfurt a. M. 2007.

122 Dermot Bradley/Heinz-Peter Würzenthal/Hansgeorg Model, *Die Generale und Admirale der Bundeswehr 1955–1997. Die militärischen Werdegänge*. 4 Bde. Osnabrück 1998–2005; Dermot Bradley/Karl Friedrich Hildebrand/Markus Brockmann, *Die Generale des Heeres 1921–1945. Die militärischen Werdegänge der Generale, sowie der Ärzte, Veterinäre, Intendanten, Richter und Ministerialbeamten im Generalsrang*. 7 Bde. Bissendorf 1993–2004.

123 John Zimmermann, *Ulrich de Maizière. General der Bonner Republik 1912 bis 2006*. München 2012; Karl Feldmeyer/Georg Meyer, *Johann Adolf Graf von Kielmansegg 1906–2006. Deutscher Patriot, Europäer, Atlantiker*. Hamburg 2007; Georg Meyer, *Adolf Heusinger. Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1964*. Hamburg 2001.

124 Helmut R. Hammerich/Rudolf J. Schlaffer (Hg.), *Militärische Aufbaugenerationen der Bundeswehr 1955 bis 1970. Ausgewählte Biographien*. München 2011; Frank Pauli, *Das kriegsgediente Offizierkorps der Bundes-*

deutung und der Einfluss von Wehrmachtsoffizieren in der Bundeswehr – obgleich sie sich vor ihrem Eintritt in die Streitkräfte einem besonderen Überprüfungsverfahren zu stellen hatten – weitaus größer gewesen ist als früher angenommen. Zugleich seien von ihnen wichtige Wachstums- und Stabilitätsimpulse ausgegangen. In Einzeluntersuchungen wurden darüber hinaus auch die Vorgeschichte der Teilstreitkräfte¹²⁵ nachgezeichnet und insbesondere der Einfluss und die Netzwerke ehemaliger Wehrmachtssoldaten während der Debatte über die Wiederbewaffnung beleuchtet.¹²⁶

Im Vergleich zu den Streitkräften und insbesondere dem militärischen Personal ist der zivile Leitungs- und Verwaltungsapparat des BMVg kaum Gegenstand eingehender Analysen geworden und hat weitgehend als Desiderat zu gelten. Studien zur Vor- und Frühgeschichte des BMVg sind überwiegend auf organisations- und politikgeschichtliche Fragestellungen ausgerichtet; die Untersuchung von NS-Kontinuitäten bleibt meist auf militärische Aspekte beschränkt.¹²⁷ Auch die Geschichte des MGFA/ZMSBw als Einrichtung der Bundeswehr, in der zivile und militärische Wissenschaftler arbeiten, wurde – sieht man von deskriptiven Jubiläumsschriften ab – noch nicht in Bezug auf NS-Kontinuitäten und den Umgang mit der NS-Vergangenheit erforscht.¹²⁸

wehr und die Innere Führung 1955 bis 1970. Paderborn u. a. 2010; Matthias Molt, Von der Wehrmacht zur Bundeswehr. Personelle Kontinuität und Diskontinuität beim Aufbau der Deutschen Streitkräfte 1955–1966. Diss. Universität Heidelberg 2007; Klaus Naumann, Generale in der Demokratie. Generationsgeschichtliche Studien zur Bundeswehrelite. Hamburg 2007.

- 125 Bernd Lemke/Dieter Krüger/Heinz Rebhan/Wolfgang Schmidt, Die Luftwaffe 1950 bis 1970. Konzeption, Aufbau, Integration. München 2006; Helmut R. Hammerich/Dieter H. Kollmer/Martin Rink/Rudolf J. Schlaffer, Das Heer 1950 bis 1970. Konzeption, Organisation und Aufstellung. München 2006; Johannes Berthold Sander-Nagashima, Die Bundesmarine 1955 bis 1972. Konzeption und Aufbau. München 2006.
- 126 Bert-Oliver Manig, Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2004; Alaric Searle, Wehrmacht Generals, West German Society, and the Debate on Rearmament 1949–1959. Westport 2003.
- 127 Dieter Krüger, Das Amt Blank. Die schwierige Gründung des Bundesministeriums für Verteidigung. Freiburg i. Br. 1993; Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956. Hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. 4 Bde. München 1982–1997; James S. Corum (Hg.), Rearming Germany. Leiden/Boston 2011.
- 128 50 Jahre Militärgeschichtliches Forschungsamt. Hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Berlin 2007. Dazu auch: Jörg Echternkamp, Auftrag: For-

Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi)¹²⁹

Im November 2011 berief das damalige Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) eine mit einem Etat von 3,9 Millionen Euro ausgestattete und aus Werner Abelshäuser, Stefan Fisch, Dierk Hoffmann, Michael Hollmann, Carl-Ludwig Holtfrerich und Albrecht Ritschl bestehende »Unabhängige Geschichtskommission zur Erforschung der Geschichte des BMWi und seiner Vorgängerinstitutionen«. Das Projekt, in dessen Rahmen 24 Fachautoren einschließlich der Kommissionsmitglieder vier, aus 30 Einzelbeiträgen bestehende umfangreiche Bände verfassen, soll Ende 2015 abgeschlossen werden, die Publikation soll 2016 erfolgen. Erste Ergebnisse wurden im Laufe des Jahres 2014 auf drei Tagungen vorgestellt.¹³⁰

Besonderheiten des Projekts liegen erstens in dem langen Untersuchungszeitraum, der noch vor der Einrichtung der Vorläuferinstitution des Reichswirtschafts- und des Bundeswirtschaftsministeriums – des Reichswirtschaftsamts – 1917 ansetzt und sich bis zur Deutschen Einheit 1990 spannt. Zweitens wurde eine Perspektive gewählt, die auch die DDR-Vorläuferinstitutionen des gesamtdeutschen BMWi einbezieht. Es soll keine reine Institutionengeschichte entstehen, vielmehr werden Kontinuitäten in der Wirtschaftspolitik und bei deren Akteuren in den Blick genommen und das »arbeitende Ministerium« betrachtet.

Behandelt werden zum Ersten die Gründungsgeschichte des Reichswirtschaftsamts 1917 bis zum Ende der Weimarer Republik, zum Zweiten die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, drittens die Zeit von 1945 bis 1990 in Westdeutschland und viertens die Parallelstruk-

schung. Die Bundeswehr, das Verteidigungsministerium und die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Systemkonflikt, in: Zeitgeschichte-online, Juni 2015, <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/auftrag-forschung>.

- 129 Im Untersuchungszeitraum trug das stets BMWi abgekürzte, heutige Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, bis 2013 unter dem Namen Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, die Bezeichnung Bundesministerium für Wirtschaft.
- 130 Für die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des BMWi, liegt seit 2013 eine von Günther Luxbacher erarbeitete Vorstudie vor. Hierin wurde die Quellen- und Literaturlage für eine – weder auf die NS-Zeit noch auf NS-Kontinuitäten konzentrierte – Gesamtdarstellung der BAM und ihrer Vorgängerinstitutionen seit 1871 eruiert. Der Auftrag zur Erstellung dieser »Geschichte der BAM« wurde bislang noch nicht erteilt.

turen in Ostdeutschland im selben Zeitraum. Die einzelnen Bände untersuchen anhand themenbezogener Längsschnitte (u. a. Inflation, Demobilisierung, Wechsel zur Demokratie, Vernichtungskrieg, Rolle des Ministeriums im Nationalsozialismus, deutsche Teilung, wirtschaftspolitische Leitbilder) Struktur- und Personalentwicklungen in den jeweiligen Epochen. Die Analyse der NS-Vergangenheit bildet einen Themenschwerpunkt, der Frage nach NS-Belastungen kommt jedoch keine besondere Rolle zu. In seiner Gesamtkonzeption trägt das Projekt der Tatsache Rechnung, dass die Forschung zur Geschichte der Wirtschaft in der DDR größere Lücken aufweist als diejenige zur NS-Zeit.

Das Forschungsprojekt kann an umfangreiche Überblicksdarstellungen¹³¹ und Detailstudien¹³² zur Wirtschaftspolitik im NS-Staat anknüpfen. Das Reichswirtschaftsministerium (RMW) im Nationalsozialismus ist bislang jedoch noch nicht Gegenstand einer umfassenden wissenschaftlichen Arbeit geworden.¹³³ Eingehend erforscht ist mittlerweile jedoch der Komplex der NS-Zwangsarbeit sowohl in den Grenzen des Deutschen Reichs als auch in den besetzten Gebieten.¹³⁴ Im Rahmen dieser vieldiskutierten Arbeiten wurde konstatiert, dass Unternehmen im NS-Staat Handlungsspielräume hatten, die mit der Vorstellung einer nationalsozialistischen Zwangswirtschaft nicht übereinzubringen sind.¹³⁵ Auch die zahlreichen Forschungen zum Agieren

großer und kleiner Unternehmen in der NS-Zeit haben diese Erkenntnisse weiter vertieft.¹³⁶ Kontinuitäten der Wirtschaftspolitik von der Weimarer Republik über die NS-Zeit in die Bundesrepublik wurden verschiedentlich thematisiert, jedoch nicht systematisch erforscht.¹³⁷

In Bezug auf das BMWi und dessen Wirtschaftspolitik in der Ära Adenauer wurden Kontinuitäten bereits dahingehend thematisiert, wie die soziale Marktwirtschaft mit dem Personal und den institutionellen Wurzeln im RMW umgesetzt werden konnte.¹³⁸ Dass im BMWi ausgeprägtere personelle Kontinuitäten als in anderen Ministerien bestanden, wurde kürzlich festgestellt.¹³⁹

-
- 131 Tim Schanetzky, »Kanonen statt Butter«. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich. München 2015; Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. München 2007 [engl. 2006]; Christoph Buchheim (Hg.), German Industry in the Nazi Period. Wiesbaden 2008; Michael von Prollius, Das Wirtschaftssystem der Nationalsozialisten 1933–1939. Steuerung durch emergente Organisation und politische Prozesse. Paderborn u. a. 2003.
- 132 Zur Rüstungsindustrie vgl. Jonas Scherner/Jochen Streb, Das Ende eines Mythos? Albert Speer und das so genannte Rüstungswunder, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 93 (2006), 2, S. 172–196. Derzeit arbeitet Magnus Brechtken an einer umfassenden Biografie Albert Speers.
- 133 Willi A. Boelcke, Die deutsche Wirtschaft 1930–1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums. Düsseldorf 1983.
- 134 Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Neuausg. Bonn 1999 [1985]; Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945. Stuttgart 2001.
- 135 Andreas Heusler/Mark Spoerer/Helmuth Trischler (Hg.), Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im »Dritten Reich«. München 2010.

-
- 136 Martin Kukowski/Rudolf Boch, Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz bei der Auto Union AG Chemnitz im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 2014; Jürgen Finger/Sven Keller/Andreas Wirsching, Dr. Oetker und der Nationalsozialismus. Geschichte eines Familienunternehmens 1933–1945. München 2013; Joachim Scholtyseck, Der Aufstieg der Quandts. Eine deutsche Unternehmerdynastie. 2. Aufl. München 2011; Peter Hayes, Die Degussa im Dritten Reich. Von der Zusammenarbeit zu Mittäterschaft. München 2004.
- 137 Albrecht Ritschl, Hat das Dritte Reich wirklich eine ordentliche Beschäftigungspolitik betrieben?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Teil 1/2003, S. 125–142; Christoph Buchheim, Die Wirtschaftsentwicklung im Nationalsozialismus. Mehr Desaster als Wunder. Eine Erwiderung auf Werner Abelshäuser, in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 49 (2001), 4, S. 635–664; Werner Abelshäuser, Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit, in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 47 (1999), 4, S. 530–538.
- 138 Bernhard Löffler, Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Ehrhard. Stuttgart 2003.
- 139 Joachim Scholtyseck, Nur eine nachgeordnete Behörde ohne Kompetenzen? Das Reichswirtschaftsministerium 1933 bis 1945 und die Frage personeller Kontinuitäten in der Bundesrepublik, in: Manuel Becker/Christoph Studt (Hg.), Die Ämter und ihre Vergangenheit im »Dritten Reich«. »Horte des Widerstands« oder »verbrecherische Organisationen«? Augsburg 2013, S. 101–127.

Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung (BMwF)¹⁴⁰

Im Januar 2015 legte Thomas Raitchel nach zwölf Monaten Bearbeitungszeit die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie »Vorgeschichte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung bzw. seiner Vorgängerinstitutionen« vor. Der hierfür vom BMBF bereitgestellte Etat betrug rund 59.000 Euro. Die Aufgabe der Studie bestand zuvorderst in der Überprüfung der Quellen- und Literaturlage und der Entwicklung einer tragfähigen Fragestellung für eine eventuell folgende mehrjährige Hauptuntersuchung. Aktuell wertet das BMBF die Studie aus und entscheidet über das weitere Vorgehen.

Der gewählte Untersuchungszeitraum umspannt die Jahre von 1955 (Gründung der Vorläuferinstitution Bundesministerium für Atomfragen) bis 1972 (vorübergehende Teilung des Ministeriums). Raitchel wählte einen gruppenbiografischen Ansatz, der durch die spezifische Untersuchung ausgewählter Personen ergänzt wurde. Hinsichtlich personeller NS-Belastungen wurde das Führungspersonal des Geburtsjahrgangs 1927 oder älter betrachtet. Zu einer partiellen Vorläuferinstitution, dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, wurde keine, zu Luftfahrtforschungseinrichtungen allenfalls eine sehr geringe personelle Kontinuität festgestellt. Direkte personelle Verbindungen zur nationalsozialistischen Atomforschung wurden bisher nicht ausgemacht.

Die Vorstudie betrat weitgehend Neuland und fand nur wenige Anknüpfungspunkte in der vorliegenden Literatur. Bisherige Veröffentlichungen zur Geschichte des BMBF bzw. seiner bundesdeutschen Vorläuferinstitutionen gehen auf NS-Kontinuitäten praktisch nicht ein.¹⁴¹

140 1955 als Bundesministerium für Atomfragen gegründet, trug das heutige Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) von 1957 bis 1961 die Bezeichnung Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft, 1961/62 den Namen Bundesministerium für Atomkernenergie und von 1962 bis 1969 die Bezeichnung Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung.

141 Vgl. etwa die quasi-amtliche Publikation Johannes Sobotta, *Das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung*. Bonn 1969. Vgl. im Weiteren: Andreas Stucke, *Institutionalisierung der Forschungspolitik. Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums*. Frankfurt a. M. 1993; Peter Weingart/Niels C. Taubert (Hg.), *Das Wissensmi-*

nisterium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland. Weilerswist 2006.

Zu Vorläuferinstitutionen seit der Weimarer Republik ist eine neue Studie zum Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung einschlägig.¹⁴²

Untersuchungen zum breiten Feld der Wissenschafts- und Bildungspolitik, im Besonderen zur Geschichte mehrerer Universitäten im Nationalsozialismus, zeigen, dass die Hochschulen integraler Bestandteil des NS-Systems waren und nach 1945 vor allem in Westdeutschland ausgeprägte personelle Kontinuitäten bestanden.¹⁴³ Ähnliche Ergebnisse wurden auch durch die Forschungsprojekte etwa zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und ihrer Vorgängerin Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) sowie zur Notgemeinschaft deutscher Forschung/Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) erarbeitet, die belegen, wie sich die Wissenschaftsgesellschaften rückhaltlos in den Dienst des Nationalsozialismus stellten und nach 1945 mit dem überwiegend identischen Personal weiterarbeiteten.¹⁴⁴

Bundesnachrichtendienst (BND)

Anfang 2011 setzte die dem BK Amt nachgeordnete Bundesoberbehörde BND die »Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND 1945–1968«, bestehend aus Jost Dülffer, Klaus-Dietmar Henke, Wolfgang Krieger und Rolf-Dieter Müller ein. Das auf fünf Jahre angelegte Projekt, für das momentan eine Erhöhung des Budgets sowie eine Verlängerung der Laufzeit bis 2017 geprüft wird, ist mit einem Finanzrahmen von bislang rund zwei Millionen Euro ausgestattet. Zuvor war bereits 2010 eine von Bodo

nisterium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland. Weilerswist 2006.

142 Anne C. Nagel, *Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1939*. Frankfurt a. M. 2012.

143 Urban Wiesing/Klaus-Rainer Brintzinger/Horst Junginger/Susanne Michel (Hg.), *Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus*. Stuttgart 2010; Uwe Hoßfeld/Jürgen John/Oliver Lehmann/Rüdiger Stutz (Hg.), »Kämpferische Wissenschaft«. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus. Köln/Weimar/Wien 2003.

144 Reinhard Rürup/Wolfgang Schieder (Hg.), *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus*. 17 Bde. Göttingen 2000–2007; Peter Gruß/Reinhard Rürup (Hg.), *Denkorte. Max Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden 2010; Rüdiger vom Bruch/Ulrich Herbert/Patrick Wagner (Hg.), *Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft*. 9 Bde. Stuttgart 2007–2012.

Hechelhammer geleitete BND-interne Forschungs- und Arbeitsgruppe »Geschichte des BND« ins Leben gerufen worden.¹⁴⁵

Im Rahmen des Forschungsprojekts arbeiten elf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Projektpublikationen, die teils auch Qualifikationsschriften darstellen. Insgesamt sind, neben einer umfangreichen monografischen Gesamtdarstellung seitens der Kommissionsmitglieder, 15 bis 18 größere und kleinere Studien geplant, von denen bislang vier erschienen.¹⁴⁶ Daneben wurden erste Aufsätze und kürzere Beiträge in der Presse veröffentlicht sowie 2013 auf einem Symposium vorgestellt.¹⁴⁷ Auch die BND-interne Forschungsgruppe legte mehrere Publikationen vor.¹⁴⁸

Das Projekt behandelt neben den NS-bezogenen Prägungen der Mitarbeiter des BND und der 1946 von den US-amerikanischen Be-

satzungsbehörden gegründeten Vorläufereinrichtung Organisation Gehlen auch Themen ohne direkten NS-Bezug, wie die innenpolitischen Aktivitäten des Dienstes in den 1950er und 1960er Jahren. Auf diese Weise soll eine Gesamtgeschichte des BND und seines Vorläufers bis zum Ende der Amtszeit des ersten Präsidenten Reinhard Gehlen 1968 entstehen. Hierzu kooperiert die UHK seit 2012 mit der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), sodass auch deutsch-deutsche Aspekte in nennenswerter Tiefe einbezogen werden können.

Die im Detail bereits untersuchten Themenbereiche umfassen das Agieren der Organisation Gehlen im Umfeld des Aufstands in der DDR am 17. Juni 1953 sowie des »Prager Frühlings« 1968. Im Fokus steht zudem das enge Verhältnis von Reinhard Gehlen und des Staatssekretärs im BKamt Hans Globke; im Rahmen einer gruppenbiografischen Sozialprofilanalyse werden spezifische »NS-Marker« entwickelt. Darüber hinaus richtet sich das Interesse auf Netzwerke und Ketten-Rekrutierungen, die NS-Seilschaften in den BND brachten. Hier konnte nachgewiesen werden, dass der BND dieses Problem seit 1956 eher verschleiern als beheben wollte. Auch dass die Organisation Gehlen ab 1950 an geheimen Mobilmachungsvorbereitungen auf der Basis alter Kameradschaftsnetzwerke der Wehrmacht und der Waffen-SS beteiligt war, wurde bereits herausgearbeitet.

Als vorläufiges Fazit der Kommissionsarbeit lässt sich u. a. festhalten, dass in der Frühphase des BND eine erhebliche NS-Belastung zwar kein Einstellungshindernis, wohl aber ein Karrierehemmnis darstellte. Der größere Teil der BND-Mitarbeiter, die durch ihre Tätigkeit für die Gestapo bzw. das RSHA schwer belastet waren, findet sich in den unteren Rängen, in höheren Positionen sind eher personelle Kontinuitäten zur Wehrmacht festzustellen.

Außergewöhnliche Herausforderungen für das Forschungsprojekt bestehen u. a. darin, dass sich der größte Anteil der – archivalisch nicht erschlossenen – Akten noch in Liegenschaften des BND befindet, zwischen 1996 und 2007 relevante Personalakten teilweise kassiert wurden, vor allem jedoch in dem grundsätzlichen Konflikt zwischen geheimdienstlichen und wissenschaftlichen Kriterien. Obwohl die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Forscher vertraglich fixiert ist, sind dem BND aus Geheimschutzgründen alle Veröffentlichungen zur Freigabe vorzulegen, im Konfliktfall ist die Anrufung einer neutralen

145 Vgl. Bodo Hechelhammer, Das Geschichtsjahr des BND. Möglichkeiten und Grenzen der wissenschaftlichen Erforschung eines geheimen Nachrichtendienstes, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 7 (2014), 3, S. 289–300.

146 Ronny Heidenreich, Die Organisation Gehlen und der Volksaufstand am 17. Juni 1953. Marburg 2013; Agilolf Keßelring, Die Organisation Gehlen und die Verteidigung Westdeutschlands. Alte Elitedivisionen und neue Militärstrukturen, 1949–1953. Marburg 2014; Andreas Hilger/Armin Müller, »Das ist kein Gerücht, sondern echt.« Der BND und der »Prager Frühling« 1968. Marburg 2014; Jost Dülffer, Pullach intern. Innenpolitischer Umbruch, Geschichtspolitik des BND und »Der Spiegel«, 1969–1972. Marburg 2015.

147 Jost Dülffer, Der Bundesnachrichtendienst in der SPIEGEL-Affäre 1962, in: Martin Doerry/Hauke Janssen (Hg.), Die SPIEGEL-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen. München 2013, S. 112–129; Wolfgang Krieger, »Official history« in Deutschland. Der Bundesnachrichtendienst und seine Geschichte, in: Alfred Ableitinger/Martin Moll (Hg.), License to Detect. Festschrift für Siegfried Beer zum 65. Geburtstag. Graz 2013, S. 561–577; Wolfgang Krieger, German-American Intelligence Relations, 1945–1956. New Evidence on the Origins of the BND, in: Diplomacy & Statecraft 22 (2011), 1, S. 28–43; Jost Dülffer, Im Einsatz für den BND, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. September 2011; Jost Dülffer/Klaus-Dietmar Henke/Wolfgang Krieger/Rolf-Dieter Müller (Hg.), Die Geschichte der Organisation Gehlen und des BND 1945–1968. Umriss und Einblicke. Dokumentation der Tagung am 2. Dezember 2013. Marburg 2014.

148 Seit 2011 erschienen acht Veröffentlichungen im Rahmen der Reihe »Mitteilungen der Forschungs- und Arbeitsgruppe »Geschichte des BND«« (http://www.bnd.bund.de/DE/Organisation/Geschichtsaufarbeitung/MFGBND_Uebersicht/MFGBND-Uebersichtsseite_node.html). Vgl. auch: Susanne Meinl/Bodo Hechelhammer, Geheimobjekt Pullach. Von der NS-Mustersiedlung zur Zentrale des BND. Berlin 2014.

Schiedskommission vereinbart. Mit diesem Forschungsprojekt erhalten erstmals externe Wissenschaftler freien Zugang zu allen relevanten, bislang noch nicht freigegebenen Akten. Ein bereits 2006 unternommener Anlauf des BND, im Vorfeld seines 50-jährigen Jubiläums Gregor Schöllgen mit der Erforschung seiner Geschichte zu beauftragen, scheiterte im Jahr 2008 u. a. am nicht hinreichend eingeräumten Aktenzugang.

Dieser restriktive Umgang des BND mit seinen Akten führte dazu, dass dessen Geschichte bislang im Grunde als unerforscht gelten musste.¹⁴⁹ So entstanden erst in den letzten Jahren – nachdem die US-Regierung CIA-Akten mit BND-Bezug freigegeben hatte – erste aktengestützte Studien, die sich primär mit der Tätigkeit prominenter NS-Täter für den BND befassen.¹⁵⁰ Frühere populäre Veröffentlichungen stützten sich überwiegend auf Sekundärliteratur,¹⁵¹ und auch ältere Veröffentlichungen aus den 1970er Jahren basierten auf einer problematischen Grundlage, so etwa journalistische Publikationen,¹⁵² die vom BND gezielt mit Material unterstützt wurden. Ebenso sind die Erinnerungen des BND-Präsidenten Gehlen als zu befragende Quelle der historischen Forschung einzuschätzen.¹⁵³

149 Vgl. Elke-Ursel Hammer, »Archivwesen« im Bundesnachrichtendienst und der Bestand B 206 im Bundesarchiv. Vom Quellen-/Methodenschutz und dem historischen Interesse, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 12 (2004), S. 42–44.

150 Richard Breitman/Norman Goda/Timothy Naftali/Robert Wolfe, U. S. Intelligence and the Nazis. Cambridge 2005; Peter Hammerschmidt, »Deckname Adler«. Klaus Barbie und die westlichen Geheimdienste. Frankfurt a. M. 2014; Matthias Ritzl/Erich Schmidt-Eenboom, Im Schatten des Dritten Reiches. Der BND und sein Agent Richard Christmann. Berlin 2011; Stefanie Waske, Nach Lektüre vernichten! Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg. München 2013; Jens Wegener, Die Organisation Gehlen und die USA. Deutsch-amerikanische Geheimdienstbeziehungen 1945–1949. Berlin 2008; James H. Critchfield, Auftrag Pullach. Die Organisation Gehlen 1948–1956. München 1998.

151 Erwa Erich Schmidt-Eenboom, BND. Der deutsche Geheimdienst im Nahen Osten. Geheime Hintergründe und Fakten. München 2007, Peter F. Müller/Michael Mueller/Erich Schmidt-Eenboom, Gegen Freund und Feind. Der BND. Geheime Politik und schmutzige Geschäfte. Reinbek bei Hamburg 2002; Mary E. Reese, General Reinhard Gehlen. The CIA Connection. Fairfax 1990.

152 Hermann Zolling/Heinz Höhne, Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes. Hamburg 1971.

153 Reinhard Gehlen, Der Dienst. Erinnerungen 1942–1971. Mainz 1971.

Bundesrechnungshof (BRH)

Der BRH hat 2014 nach einer Ausschreibung ein Projekt vergeben, das seit Anfang 2015 von dem privaten Dienstleister Facts & Files unter der Leitung von Frank Drauschke und Beate Schreiber mit einer finanziellen Ausstattung von 179.000 Euro bearbeitet wird. Neben den Projektleitern sind drei Mitarbeiter im Rahmen einer Vorstudie mit der Recherche, Verzeichnung und Bewertung relevanten Archivmaterials zur Geschichte des Reichsrechnungshofes (RRH) ab 1933 und zur Vorgeschichte des BRH bis 1950 befasst. Diese Bestandsaufnahme einschlägiger vorhandener Quellen sowie die Entwicklung eines Konzepts für ein eingehendes Forschungsprojekt sollen Ende 2015 abgeschlossen sein, im Anschluss soll über die Vergabe einer Hauptstudie entschieden werden. Während der Arbeiten zeichnet sich u. a. ab, dass aufgrund der breiten Überlieferung von Personalakten Aussagen über eventuelle NSDAP-Mitgliedschaften praktisch aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des RRH getroffen werden können.

Eine solche systematische Auswertung der umfangreichen Aktenbestände zur NS-Zeit wurde in der Forschung bereits angemahnt.¹⁵⁴ In der vorliegenden, meist älteren Forschungsliteratur mit NS-Bezug wurden die Institution RRH und ihre Zuständigkeiten, das Führungspersonal sowie Funktion und Praxis der Rechnungsprüfung in den Blick genommen, aber auch bereits rechtliche, organisatorische, funktionelle und personelle Kontinuitäten und Diskontinuitäten nach 1945 knapp behandelt.¹⁵⁵ Konstatiert wurde – meist aus einer verwaltungsgeschichtlichen Perspektive – ein grundsätzlicher Wandel der Aufgaben und Funktionen des RRH während der NS-Zeit, der sich sowohl in einem formalen Bedeutungszuwachs, etwa durch die Eingliederung der Rechnungshöfe der Länder oder durch die Verwaltungskontrolle in den

154 Hermann Butzer, »Seinen Auftrag leitet er unmittelbar vom Führer ab«. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches in der Zeit von 1933 bis 1945, in: Dieter Engels (Hg.), 300 Jahre externe Finanzkontrolle in Deutschland – gestern, heute und morgen. Festschrift zur 300. Wiederkehr der Errichtung der Preußischen General-Rechenkammer. Berlin 2014, S. 51–91.

155 Rainer Weinert, »Die Sauberkeit der Verwaltung im Kriege«. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches 1938–1946. Opladen 1993; Franz O. Gilles, Hauptsache sparsam und ordnungsgemäß. Finanz- und Verwaltungskontrolle in den während des Zweiten Weltkriegs von Deutschland besetzten Gebieten. Opladen 1994.

besetzten Gebieten, als auch in einem praktischen Kompetenzverlust angesichts zunehmend ungeordneter Staatsfinanzen geäußert habe.¹⁵⁶

Mehrere einschlägige Darstellungen zur Geschichte des RRH und des BRH, die sowohl die Zäsur von 1933 wie diejenige von 1945 überspannen, wurden im Laufe der Jahre von einem ehemaligen BRH-Mitarbeiter publiziert.¹⁵⁷ Wandlungsprozesse in der staatlichen Finanzkontrolle und ihrer institutionellen Verankerung in Deutschland wurden meist im Rahmen von Darstellungen mit einem breiten Fokus beschrieben, oft bezogen auf einen langen Zeitraum vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart.¹⁵⁸ Umbruch- und Etablierungsphasen, insbesondere die Vorgeschichte des BRH zwischen 1945 und 1950, standen hierbei besonders im Zentrum.¹⁵⁹

Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB)

Die dem Geschäftsbereich des BMWi zugeordnete Bundesoberbehörde PTB hat 2013 Dieter Hoffmann mit der »Erstellung einer Studie, in der die Geschichte der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR) im Dritten Reich systematisch untersucht und wissenschaftlich aufgearbeitet wird«, beauftragt. Hierfür stehen 50.000 Euro

zur Verfügung. Das Ergebnis des ohne vorgegebene fixe Laufzeit bearbeiteten Projekts soll nach derzeitiger Planung in Form einer Monografie 2018/2019 veröffentlicht werden.

In der Studie werden die organisatorischen und personellen Veränderungen der PTR zwischen 1933 und 1945 untersucht. Schwerpunkte liegen auf ihrem Forschungsprofil und dessen Wandel sowie auf der Rolle der PTR in der nationalsozialistischen Forschungs- und Wissenschaftspolitik. Auch die Budgetentwicklung und Personalpolitik sollen nachgezeichnet werden. Über 1945 hinaus werden Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den unterschiedlichen Nachfolgeeinrichtungen bis zur Gründung der PTB in der Bundesrepublik und des Deutschen Amtes für Maß und Gewicht (DAMG) in der SBZ/DDR analysiert. Trotz der Konzentration auf die NS-Zeit greift die Untersuchung teils auch in die 1920er Jahre zurück und soll um 1950 enden.

Zur Geschichte der 1887 gegründeten PTR im Allgemeinen, aber auch in der Zeit des Nationalsozialismus, liegen mehrere Forschungsarbeiten vor.¹⁶⁰ Bezogen auf die Jahre 1933 bis 1945 existieren neben einer wissenschaftshistorischen Darstellung der PTR¹⁶¹ auch populär angelegte Publikationen.¹⁶² Daneben sind mehrere Aufsätze zu einzelnen Aspekten anzuführen, die auch in einer Festschrift zum 100-jährigen Bestehen der PTR/PTB 1987 erschienen.¹⁶³ Meist kürzere Beiträge zur

- 156 Reinhard Heydenreuter, Finanzkontrolle in Bayern unterm Hakenkreuz 1933–1945. Der Bayerische Oberste Rechnungshof und die Außenstelle München des Rechnungshofs des Deutschen Reiches. München 2012.
- 157 Hermann Dommach, Der Reichssparkommissar Moritz Saemisch in der Weimarer Republik. Frankfurt a. M. u. a. 2012; Hermann Dommach, Der Reichsrechnungshof während der Amtszeit seines Präsidenten Saemisch (1922–1938), in: Heinz Günter Zavelberg (Hg.), Die Kontrolle der Staatsfinanzen. Geschichte und Gegenwart 1714–1989. Festschrift zur 275. Wiederkehr der Errichtung der Preußischen General-Rechen-Kammer. Berlin (West) 1989, S. 65–113; Hermann Dommach, Von Potsdam nach Frankfurt. Der Reichsrechnungshof und die Neuordnung der Finanzkontrolle im demokratischen Nachkriegsdeutschland. Berlin (West) 1988.
- 158 Jens Bögershausen, Rechnungshöfe und Regimewechsel. Von der klassischen Rechnungsprüfung zur modernen Finanzkontrolle. Diss. Universität Bamberg 2009.
- 159 Theo Pirker (Hg.), Die bizonalen Sparkommissare. Öffentliche Finanzkontrolle im Spannungsfeld zwischen Eigen- und Fremdinteresse während der Vor- und Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1992; Theo Pirker (Hg.), Rechnungshöfe als Gegenstand zeitgeschichtlicher Forschung. Entwicklung und Bedeutung der Rechnungshöfe im 20. Jahrhundert. Berlin (West) 1987; Franz-O. Gilles, Die verkannte Macht. Determinanten der Nachkriegsgeschichte der Institution Rechnungshof. Berlin (West) 1986.

- 160 David Cahan, Meister der Messung. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt im Deutschen Kaiserreich. Unveränd. Nachdr. Bremerhaven 2011 [1992, engl. 1989]; Brigitte Jacob/Wolfgang Schäche/Norbert Szymanski, Bauten für die Wissenschaft. 125 Jahre Physikalisch-Technische Reichsanstalt/Bundesanstalt in Berlin-Charlottenburg 1887–2012. Berlin 2012.
- 161 Ulrich Kern, Forschung und Präzisionsmessung. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt zwischen 1918 und 1948. Unveränd. Nachdr. Bremerhaven 2011 [1994].
- 162 Kurt Häßner/Gudrun Häßner, 125 Jahre PTR. Wissenswertes zur Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR), zur Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) und zum Deutschen Amt für Maß und Gewicht (DAMG). Weida 2012; Rudolf Huebener/Heinz Lübbig, Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt. Ihre Bedeutung beim Aufbau der modernen Physik. Wiesbaden 2011 [engl. 2008].
- 163 Dieter Hoffmann, Nationalsozialistische Gleichschaltung und Tendenzen militärtechnischer Forschungsorientierung an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt im Dritten Reich, in: Helmuth Albrecht (Hg.), Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. 25 Jahre Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik am Historischen Institut der Universität Stuttgart. Stuttgart 1993, S. 121–131; Jürgen Bortfeld/Wilfried Hauser/Helmut Rechenberg (Hg.), 100 Jahre Physikalisch-Technische Reichsanstalt/Bundesanstalt 1887–1987. Braunschweig 1987.

Geschichte der PTR im Nationalsozialismus, erarbeitet von Fachautoren und teils auf Ausstellungen zurückgehend, sind wiederholt im hauseigenen Fachorgan publiziert worden.¹⁶⁴ Auch die Vorgeschichte der PTB und des DAMG und insbesondere die Personalentwicklung wurden bereits untersucht.¹⁶⁵ In vielen Fällen stammen diese Darstellungen jedoch nicht von Historikern, sondern von Angehörigen der PTB, sind auf physikalische Aspekte fokussiert und nicht im engeren Sinn als zeithistorische Studien zu werten.

Darüber hinaus liegen übergreifende Arbeiten vor, teils als biografische Forschungen – etwa zu den Präsidenten der PTR während der NS-Zeit, Johannes Stark und Abraham Esau¹⁶⁶ – oder als Untersuchungen von Fachgesellschaften¹⁶⁷ und insbesondere von Wissenschaftsorganisationen. Gerade die Forschungen zur Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und ihrer Vorgängerin Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) sowie zur Notgemeinschaft deutscher Forschung/Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) spielen aufgrund personeller Überschneidungen mit der PTR/PTB eine wichtige Rolle; so wurde etwa die Präsidentschaft der PTR und der DFG in den 1930er Jahren zeitweise in Personalunion geführt.¹⁶⁸

164 Vgl. die umfangreichen Themenhefte »PTR/PTB: 125 Jahre metrologische Forschung« [PTB Mitteilungen 122 (2012), 2] sowie »Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt in Thüringen« [PTB Mitteilungen 123 (2013), 1].

165 Dieter Kind, Herausforderung Metrologie. Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt und die Entwicklung seit 1945. 2. Aufl. Bremerhaven 2011 [2002]; Lilli Peltzer, Die Demontage deutscher naturwissenschaftlicher Intelligenz nach dem 2. Weltkrieg. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt 1945–1948. Berlin 1995.

166 Dieter Hoffmann/Rüdiger Stutz, Grenzgänger der Wissenschaft. Abraham Esau als Industriephysiker, Universitätsrektor und Forschungsmanager, in: Uwe Hoßfeld/Jürgen John/Oliver Lemuth/Rüdiger Stutz (Hg.), »Kämpferische Wissenschaft«. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus. Köln/Weimar/Wien 2003, S. 136–179; Mark Walker, Nazi Science. Myth, Truth, and the German Atomic Bomb. New York 1995.

167 Dieter Hoffmann/Mark Walker (Hg.), Physiker zwischen Autonomie und Anpassung. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Dritten Reich. Weinheim 2007; Katharina Zeitz, Max von Laue (1879–1960). Seine Bedeutung für den Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 2006.

168 Lothar Mertens, »Nur politisch Würdige«. Die DFG-Forschungsförderung im Dritten Reich 1933–1937. Berlin 2004; Rudolf Vierhaus/Bernhard vom Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Stuttgart 1990.

Robert Koch-Institut (RKI)

Das RKI, eine seit 1994 dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) nachgeordnete Bundesoberbehörde, finanzierte ab 2006 mit 120.000 Euro ein Forschungsprojekt zu seiner Geschichte. Das zweijährige Projekt wurde unter der Leitung von Volker Hess von Annette Hinz-Wessels sowie teils von Marion Hulverscheidt und Anja Laukötter durchgeführt. 2008 legte Hinz-Wessels mit »Das Robert Koch-Institut im Nationalsozialismus« eine auf die Institution RKI konzentrierte Gesamtdarstellung vor, im Jahr darauf publizierten Hulverscheidt und Laukötter mit »Infektion und Institution« einen Sammelband, der aus Referaten auf zwei Fachtagungen hervorging, die im Rahmen des Forschungsprojekts 2007 und 2008 veranstaltet wurden.¹⁶⁹ Daneben veröffentlichten die drei Bearbeiterinnen mehrere Aufsätze in Fachzeitschriften.¹⁷⁰

Die knapp 200-seitige Monografie Hinz-Wessels' stellt den personellen Wandel und die Forschungs- und Tätigkeitsschwerpunkte des RKI im Zeitraum 1933 bis 1945 dar und bettet dies knapp in die Vorgeschichte seit 1891 und die Nachgeschichte bis 1950 ein. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass das RKI weit mehr an Verbrechen – darunter Impf- und Infektionsversuche an KZ-Häftlingen mit einkalkuliertem tödlichen Ausgang – beteiligt war als bislang angenommen. Nur wenige Abteilungsleiter des RKI seien nicht in die NS-Vernichtungspolitik involviert gewesen. Die personelle Kontinuität zur NS-Zeit habe die Nachkriegszeit geprägt, doch seien zugleich auch unbelastete Forscher berufen und während der NS-Zeit verfolgte ehemalige RKI-Mitarbeiter reaktiviert worden. Demgegenüber fokussiert der aus 13 Fachaufsätzen bestehende Sammelband von überwiegend projektexternen Autorinnen und Autoren auf persönliche und institutionelle Netzwerke

169 Annette Hinz-Wessels, Das Robert Koch-Institut im Nationalsozialismus. 2., akt. Aufl. Berlin 2012 [2008]; Marion Hulverscheidt/Anja Laukötter (Hg.), Infektion und Institution. Zur Wissenschaftsgeschichte des Robert Koch-Instituts im Nationalsozialismus. Göttingen 2009.

170 Annette Hinz-Wessels, Konjunkturen der deutschen Gelbfieberforschung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Akteure und Interessen, in: *Medizinhistorisches Journal* 43 (2008), 3/4, S. 294–326; Annette Hinz-Wessels/Marion Hulverscheidt, Die Tropenmedizinische Abteilung des Robert Koch-Instituts im »Dritten Reich«. Forschungsfelder, Personen und Beiträge zur nationalsozialistischen Eroberungspolitik, in: *Medizinhistorisches Journal* 44 (2009), 1, S. 6–41.

und Verbindungen sowie Einzelforschungen des RKI etwa im Bereich der Tropenmedizin oder der Serologie.

Sieht man von einem ersten knappen Beitrag im Kontext des Reichsgesundheitsamts – der dem RKI ab 1935 übergeordneten Stelle – ab,¹⁷¹ wurde das RKI abseits der genannten Projektveröffentlichungen fast durchgängig nicht als Einzelinstitution in den Blick genommen, sondern als Bestandteil des breiten Themenfeldes »Medizin im Nationalsozialismus«.¹⁷² In unterschiedlichem Maße sind damit die Geschichte des RKI und der mit ihm verbundenen Wissenschaftler vor und nach 1945 Bestandteil von Arbeiten etwa zur Geschichte der Infektionsforschung¹⁷³ und zur Forschungspolitik – hier insbesondere der Studien zur DFG und der KWG.¹⁷⁴ Aber auch biografische Handbücher und die sich sowohl auf NS-Verfolgte wie NS-Belastete beziehende Biografieforschung thematisieren das RKI und seine Mitarbeiter.¹⁷⁵

Das RKI der Nachkriegszeit wurde, sieht man von dem Ausblick in Hinz-Wessels' Darstellung ab, noch nicht Gegenstand tiefergehender Studien. Dies trifft auch für die übergeordneten Stellen des RKI – das Reichsgesundheitsamt (1935–1945) und das Bundesgesundheitsamt (1952–1994) – zu, wenngleich die Gesundheitsverwaltung als Ganzes insbesondere in regionalen und lokalen Arbeiten zur Rolle der Gesund-

heitsämter teilweise bereits zäsurübergreifend thematisiert wurde¹⁷⁶ und wenige kurze geschichtliche Abrisse in hauseigenen Zeitschriften erschienen.¹⁷⁷

2.2 Forschungsstand zu Obersten Bundesbehörden (ohne behördlich unterstützte Forschung)

Bundesbank (BBk)

Obwohl auf der Leitungsebene der Bundesbank personelle Kontinuitäten von der Vorläuferinstitution Reichsbank¹⁷⁸ über die Bank deutscher Länder¹⁷⁹ ebenso bestanden wie sachliche, existiert bislang keine wissenschaftlich fundierte und quellengestützte Untersuchung etwaiger NS-Bezüge der BBk oder der mit ihr personell eng verflochtenen Landeszentralbanken. Hingegen liegen erste Studien zur Aufbauphase der BBk vor; diese übernahm teilweise Verbindlichkeiten der Reichsbank und nutzte auch deren Immobilien weiter.¹⁸⁰

- 171 Gerhard Baader, Menschenversuche im Nationalsozialismus. Die Beteiligung des Robert Koch-Instituts, in: Bundesgesundheitsblatt 32 (1989), S. 7–12.
- 172 Vgl. den generellen Forschungsüberblick: Robert Jütte in Verbindung mit Wolfgang U. Eckart, Hans-Walter Schmuhl und Winfried Süß, Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung. 2. Aufl. Göttingen 2011.
- 173 Thomas Werther, Fleckfieberforschung im Deutschen Reich 1914–1945. Untersuchungen zur Beziehung zwischen Wissenschaft, Industrie und Politik unter besonderer Berücksichtigung der IG Farben. Diss. Universität Marburg 2004.
- 174 Anne Cottebrune, Der planbare Mensch. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die menschliche Vererbungswissenschaft 1920–1979. Stuttgart 2008; Florian Schmaltz, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie. Göttingen 2005.
- 175 Ernst Klee, Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945. Frankfurt a. M. 2001; Michael Hubenstorf, »Aber es kommt mir doch so vor, als ob Sie dabei nichts verloren hätten«. Zum Exodus von Wissenschaftlern aus Berlin im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens, in: Wolfram Fischer/Klaus Hierholzer/Michael Hubenstorf (Hg.), Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Fragestellungen, Ergebnisse, Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933. Berlin/New York 1994, S. 355–460.

- 176 Johannes Vossen, Gesundheitsämter im Nationalsozialismus. Offene Gesundheitsfürsorge und Rassenhygiene in Westfalen zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik 1900–1950. Essen 2001; Annemone Christians, Amtsgewalt und Volksgesundheit. Das öffentliche Gesundheitswesen im nationalsozialistischen München. Göttingen 2013.
- 177 Liese Walter, Zur Entstehungsgeschichte des Bundesgesundheitsamts, in: Bundesgesundheitsblatt 5 (1962), S. 49–55; Georg Henneberg, Der Wiederaufbau des Robert Koch-Instituts 1945 bis 1969. Ein Bericht, in: Bundesgesundheitsblatt 35 (1992), S. 343–347.
- 178 Vgl. Harold James, Die Reichsbank 1933–1945. Berlin 2000.
- 179 Vgl. Christoph Buchheim, Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, in: Deutsche Bundesbank (Hg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948. München 1998, S. 91–138; Theo Horstmann, Kontinuität und Wandel im deutschen Notenbanksystem. Die Bank deutscher Länder als Ergebnis alliierter Besatzungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Theo Pirker (Hg.), Autonomie und Kontrolle. Beiträge zur Soziologie des Finanz- und Steuerstaates. Berlin (West) 1989, S. 135–153.
- 180 Christoph Buchheim, Die Unabhängigkeit der Bundesbank. Folge eines amerikanischen Oktrois?, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), 1, S. 1–30; Manfred Pohl, Die Geschichte der Nationalbank für Deutschland, in: Bankhistorisches Archiv 7 (1981), 1, S. 16–49.

Zwei umfangreiche Selbstdarstellungen der BBk thematisieren personelle NS-Belastungen oder sonstige Kontinuitätslinien nicht,¹⁸¹ und auch eine auf breiter Quellenbasis aus dem Archiv der BBk aufbauende Untersuchung richtet ihren Blick eher auf die Währungspolitik der BBk und der Bank deutscher Länder.¹⁸² Lediglich eine populärwissenschaftliche Studie aus dem Jahr 1992 geht als bislang einzige Untersuchung zumindest cursorisch auf personelle und konzeptionelle Kontinuitäten von der Reichsbank zur Bundesbank ein.¹⁸³

Archivalisch unterfütterte, wissenschaftliche Biografien der Vorstände von Reichsbank und Bundesbank fehlen ebenfalls. Zur Geschichte der privaten deutschen Großbanken im Nationalsozialismus, namentlich der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, liegen hingegen detaillierte, von den Banken selbst initiierte und finanzierte Studien vor. Hier finden sich auch Bezüge zur Reichs- bzw. zur Bundesbank.¹⁸⁴

Bundeskanzleramt (BKAmT)

Während der dem BKAmT nachgeordnete BND¹⁸⁵ seine Geschichte seit 2011 von einer Unabhängigen Historikerkommission untersuchen lässt, wurde eine systematische wissenschaftliche Aufarbeitung etwaiger NS-Bezüge des BKAmT bislang nicht initiiert.

Zum BKAmT liegt eine Reihe von Publikationen vor, die sich aber überwiegend organisatorischen, arbeitspraktischen und verfassungsrechtlichen Aspekten der Behörde widmen und auf die historischen

Vorläufer nur am Rande eingehen.¹⁸⁶ Schon 1968 wurden die verfassungsrechtliche Stellung und die Arbeitsweisen von Reichskanzlei (ab 1871) und Bundeskanzleramt verglichen, und auch die sukzessiv abnehmende Bedeutung der Reichskanzlei der NS-Zeit gegenüber der NSDAP-Parteikanzlei wurde eingehend erforscht.¹⁸⁷

Die wohl umfassendste und detaillierteste Längsschnittanalyse zum BKAmT, eine politikwissenschaftliche Dissertation von 2004, zeichnet zwar interne Kommunikationsabläufe und Netzwerke nach, geht aber nicht auf etwaige NS-Bezüge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Dies geschieht auch nicht in einer vom BKAmT herausgegebenen Publikation über die Kanzler von Adenauer bis Kohl und ihre jeweiligen Kanzlerämter.¹⁸⁸ Das Personal des BKAmT wurde gleichwohl des Öfteren in den Fokus gerückt, etwa der bis 1953 amtierende Leiter einer nachrichtendienstlichen Konkurrenzorganisation zur Organisation Gehlen – der Vorläuferorganisation des BND – im BKAmT, der ehemalige Freikorpsaktivist Friedrich Wilhelm Heinz.¹⁸⁹

186 Volker Busse, Bundeskanzleramt und Bundesregierung. Aufgaben. Organisation. Arbeitsweise. 4., neu bearb. u. akt. Aufl. Heidelberg 2005 [1994]; Winfried Süß, »Wer aber denkt für das Ganze?« Aufstieg und Fall der ressortübergreifenden Planung im Bundeskanzleramt, in: Matthias Freese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik. Paderborn u. a. 2003, S. 349–377; Marco Althaus, Das Bundeskanzleramt als Instrument wissenschaftlicher Führung im parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland. Diplomarbeit Freie Universität Berlin 1993; Günther Behrendt, Das Bundeskanzleramt. Frankfurt a. M. 1967.

187 Siegfried Schöne, Von der Reichskanzlei zum Bundeskanzleramt. Eine Untersuchung zum Problem der Führung und Koordination in der jüngeren deutschen Geschichte. Berlin (West) 1968; Manfred Neumann, Von der Reichskanzlei zum Bundeskanzleramt. Vor 120 Jahren: Bismarck gründet die Reichskanzlei, in: Archiv des öffentlichen Rechts 124 (1999), 1, S. 108–130; Peter Longerich, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormanns. München 1992; Dieter Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945. Stuttgart 1989.

188 Thomas Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt. Organisation und Funktionen von 1949–1999. Wiesbaden 2004; Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Bundeskanzleramt (Hg.), Die Bundeskanzler und ihre Ämter. Heidelberg 2006.

189 Vgl. Susanne Meinel, Nationalsozialisten gegen Hitler. Die nationalrevolutionäre Opposition um Friedrich Wilhelm Heinz. Berlin 2000; Susanne Meinel/Dieter Krüger, Friedrich Wilhelm Heinz. Vom Freikorpskämpfer

181 Deutsche Bundesbank (Hg.), Die Deutsche Bundesbank. Aufgabenfelder, Rechtlicher Rahmen, Geschichte. Frankfurt a. M. 2006; Deutsche Bundesbank (Hg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975. Frankfurt a. M. 1976.

182 Monika Dickhaus, Die Bundesbank im westeuropäischen Wiederaufbau. Die internationale Währungspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1948 bis 1958. München 1996.

183 David Marsh, Die Bundesbank. Geschäfte mit der Macht. München 1992.

184 Harold James, Die Deutsche Bank und die »Arisierung«. München 2001; Lothar Gall/Gerald D. Feldman/Harold James/Carl-Ludwig Holtfrerich/Hans E. Büschgen, Die Deutsche Bank 1870–1995. München 1995; Klaus-Dietmar Henke (Hg.), Die Dresdner Bank im Dritten Reich. 4 Bde. München 2006.

185 Zur Kontrolle des BND durch das BKAmT vgl. Stefanie Waske, Mehr Liaison als Kontrolle. Die Kontrolle des BND durch Parlament und Regierung 1955–1978. Wiesbaden 2009.

Der sicherlich polarisierendste Exponent personeller Kontinuitäten vom NS-Staat zur Bundesrepublik, Hans Globke, Verfasser eines Kommentars zu den nationalsozialistischen Nürnberger Rassegesetzen und von 1953 bis 1963 Chef des BKAm, ist Gegenstand mehrerer Darstellungen.¹⁹⁰ Eingebunden in eine Geschichte der Frühphase des Bundeskanzleramtes sind diese bislang nicht.

Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt)¹⁹¹

Jenseits quasi-offizieller Darstellungen¹⁹² liegen für das BMVt weder eine Institutionengeschichte noch nähere Untersuchungen zu NS-Kontinuitäten vor. Lediglich eine kürzere Veröffentlichung behandelt die Entstehung des Ministeriums und in knapper Weise einzelne NS-belastete Vertreter des BMVt.¹⁹³ In größerem Umfang wird das BMVt in einer umfangreichen Studie von Mathias Beer behandelt, die Arbeit hieran ist weit fortgeschritten.

Mehrere biografische Studien befassen sich mit dem wegen seiner NS-Vergangenheit 1960 zurückgetretenen Bundesminister Theodor

zum Leiter des Nachrichtendienstes im Bundeskanzleramt, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994), 1, S. 39–69.

- 190 Vgl. Jürgen Bevers, *Der Mann hinter Adenauer*. Hans Globkes Aufstieg vom NS-Juristen zur Grauen Eminenz der Bonner Republik. Berlin 2009; Erik Lommatzsch, *Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers*. Frankfurt a. M. 2009; Carlos Foth, *Die Nürnberger Gesetze 1935 und der Globke-Prozess in der DDR*, in: *Bulletin für Weltkriegs- und Faschismusforschung* 27 (2006), S. 44–70; Frank Bösch, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1949–1969*. Stuttgart 2001.
- 191 Das 1969 aufgelöste Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte wurde von 1949 bis 1950 als Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen, von 1950 bis 1954 als Bundesministerium für Vertriebene und seit 1954 schließlich als Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte bezeichnet. Die Zuständigkeiten des BMVt gingen auf das BMI über.
- 192 Lothar Wieland, *Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte*. Bonn 1968.
- 193 Mathias Beer, *Symbolische Politik? Entstehung, Aufbau und Funktion des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte*, in: Jochen Oltmer (Hg.), *Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Göttingen 2003, S. 295–322.

Oberländer,¹⁹⁴ und auch die geschichtspolitische Dimension der umstrittenen »Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa«, der Publikation eines vom BMVt finanzierten mehrjährigen Forschungsprojekts, wurde bereits dargestellt.¹⁹⁵ Zahlreich sind neben Studien zum Komplex Vertriebenenpolitik, insbesondere zur Integration von Vertriebenen in die west- und schwerpunktmäßig in die ostdeutsche Nachkriegsgesellschaft, Arbeiten zu Vertriebenenverbänden.¹⁹⁶ So liegt zum Bund der Vertriebenen (BdV) eine einschlägige biografische Untersuchung hinsichtlich der NS-Vergangenheit der 13 Mitglieder des Gründungspräsidiums vor.¹⁹⁷

Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau (BMWo)¹⁹⁸

Während eine umfassende Institutionengeschichte des BMWo nicht vorliegt, wurde eine Reihe einschlägiger Studien zur Architektur¹⁹⁹ und den mit der Raumplanung im Nationalsozialismus zusam-

- 194 Philipp-Christian Wachs, *Der Fall Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*. Frankfurt a. M. 2000; Siegfried Schürt, *Theodor Oberländer. Eine dokumentarische Untersuchung*. München 1995.
- 195 Mathias Beer, *Politik und Zeitgeschichte in den Anfängen der Bundesrepublik. Das Großforschungsprojekt »Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa«*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 46 (1998), 3, S. 345–389.
- 196 Anna Jakobowska, *Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen (1957–2004). Selbst- und Fremddarstellung eines Vertriebenenverbandes*. Marburg 2012; Michael Schwartz, *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegsgesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961*. München 2004; Matthias Stickler, *Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972*. Düsseldorf 2004.
- 197 Michael Schwartz, *Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das »Dritte Reich«*. München 2013.
- 198 Im Untersuchungszeitraum trug die Behörde von 1949 bis 1961 den Namen Bundesministerium für Wohnungsbau, von 1961 bis 1965 die Bezeichnung Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung und von 1965 bis 1969 Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau. Die Zuständigkeit für das Bauwesen liegt seit 2013 beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB).
- 199 Winfried Nerdinger, *Architektur und Verbrechen. Die Rolle von Architekten im Nationalsozialismus*. Göttingen 2014.

menhängenden Politikfeldern publiziert, die zumeist zäsurübergreifend auf Kontinuitäten in sachlicher und personeller Hinsicht fokussieren.²⁰⁰ Die in der Kontinuität zur Weimarer Republik²⁰¹ stehende Wohnungspolitik der NS-Zeit wurde von der Forschung lange vernachlässigt, in den letzten Jahren erschienen jedoch eine Reihe maßgeblicher Arbeiten.²⁰² Diese befassen sich u. a. mit den nationalsozialistischen Massenwohnungsbauplänen für die Zeit nach dem »Endsieg« und weisen nach, dass in der NS-Zeit eine Liberalisierung des Wohnungsbaus begann, die sich in der Bundesrepublik fortsetzte. So wurde etwa der soziale Wohnungsbau in der NS-Zeit und der Bundesrepublik Gegenstand einer Reihe von Studien, die teils auch von Nachfolgebehörden des BMWo herausgegeben wurden.²⁰³

Forschungsarbeiten zur Wohnungspolitik der frühen Bundesrepublik stellten fest, dass die Leitungsebene des BMWo vollständig aus der ehemaligen Reichsverwaltung übernommen wurde.²⁰⁴ Im BMWo als Verkehrs- und Stadtplanungsministerium bestanden durch diese Weiterbeschäftigung maßgeblicher Fachleute, die auf ihre Erfahrungen aus Kriegs- und Vorkriegszeit zurückgriffen, nach 1945 teilweise auch konzeptuelle Kontinuitäten.²⁰⁵

- 200 Karl R. Kegler, *Deutsche Raumplanung. Das Modell der »Zentralen Orte« zwischen NS-Staat und Bundesrepublik*. Paderborn u. a. 2015; Ariane Leendertz, *Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert*. Göttingen 2008.
- 201 Kerstin Kupperbusch, *Von der Mietskaserne zur Gartenvorstadt. Siedlungs- und sozialer Wohnungsbau während der Weimarer Republik in Halle. Halle/Saale 2010*.
- 202 Tilman Harlander, *Städtebau, Wohnungswesen und Siedlungspolitik in der NS-Zeit*, in: *Forum Stadt* 41 (2014), 1, S. 63–78; Tilman Harlander, *Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus*. Basel u. a. 1995.
- 203 Tilman von Roncador, *Der Wohnungsbau auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland 1945 bis 1989*. Diss. Universität München 2006; Thomas Hafner, *Sozialer Wohnungsbau in Westdeutschland 1945–1970. Mit einer Betrachtung des Zeitraums 1848–1945 und ausgewählten Beispielen aus Baden-Württemberg*. Stuttgart 1994. Vgl. Bernd Leutner, *Wohnungspolitik nach dem 2. Weltkrieg*. Herausgegeben im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Bonn 1990.
- 204 Günther Schulz, *Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungspolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1957*. Düsseldorf 1994.
- 205 Wolfgang Hoffmann, *Raumplaner zwischen NS-Staat und Bundesrepublik. Zur Kontinuität und Diskontinuität von Raumplanung 1933 bis 1960*, in:

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA)

Eine umfassende Studie zu etwaigen NS-Bezügen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BPA oder anderen Kontinuitätslinien existiert ebenso wenig wie eine eingehende Forschungsarbeit zur Frühphase des BPA. Untersucht ist die Geschichte des BPA und auch die Informationspolitik der Bundesregierung für die ersten Jahre ihres Bestehens.²⁰⁶ In der bislang wohl umfassendsten Untersuchung des BPA von 1982 wurde mit einem politikwissenschaftlichen Ansatz der Frage nachgegangen, ob die Tätigkeit des BPA das Grundgesetz verletze. Obwohl hier detaillierte Ausführungen zum Personal gemacht werden, finden sich keine Angaben zu eventuellen NS-Bezügen, wenngleich besonders die NS-Belastung der werbenden Organisationen (wie die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise) grob bekannt ist.²⁰⁷

Daneben wurde in einer juristischen Analyse die Pressearbeit des BPA beschrieben und von der nationalsozialistischen Propaganda abgegrenzt, jedoch die Ebene der handelnden Personen nicht weiter einbezogen.²⁰⁸ Auch wenn die biografische Ebene im Rahmen einer Gruppenbiografie der Regierungssprecher bis in die Regierungszeit Helmut Kohls berücksichtigt wurde und der Abschlussbericht der

- Heinrich Mäding/Wendelin Strubelt (Hg.), *Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig*. Hannover 2009, S. 39–65; Ariane Leendertz, *Raumforschung, Raumplanung und NS-Vergangenheit. Forschungsstand, Deutungen, Kontinuitäten*, in: Heinrich Mäding/Wendelin Strubelt (Hg.), *Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig*. Hannover 2009, S. 21–38.
- 206 Michael Kunczik, *Geschichte der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland. Regierungs-PR von gestern bis heute*, in: Miriam Melanie Köhler/Christian H. Schuster (Hg.), *Handbuch Regierungs-PR. Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierung und deren Beratern*. Wiesbaden 2006, S. 35–48; Johannes J. Hoffmann, *»Vorsicht und keine Indiskretionen!« Zur Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung 1949–1955*. Aachen 1995.
- 207 Horst O. Walker, *Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Eine Untersuchung zu Fragen der Organisation, Koordination und Kontrolle der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung*. Frankfurt a. M. 1982.
- 208 Walter Leisner, *Öffentlichkeitsarbeit der Regierung im Rechtsstaat. Dargestellt am Beispiel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*. Berlin (West) 1966.

Historikerkommission des AA auf den Ende der 1960er Jahre kurzzeitig als Chef des BPA amtierenden Günter Diehl eingeht, der vor 1945 u. a. in der Rundfunkabteilung des AA tätig gewesen war, liegen vergleichbare biografische Informationen über weitere Regierungssprecher nur fragmentarisch vor.²⁰⁹

Hingegen wurde die Geschichte des Journalismus, der Pressepolitik und der Propaganda im Nationalsozialismus schon vielfach Gegenstand detaillierter Forschungsarbeiten und auch biografischer Porträts.²¹⁰ NS-Belastungen von Journalisten, die nach 1945 oft den Weg vom nationalsozialistischen Propagandaapparat in die Redaktionen westdeutscher Leitmedien fanden, wurden in publizistischen, weniger in wissenschaftlichen Arbeiten beleuchtet.²¹¹

2.3 Forschungsstand zum Bundestag (BT)

Dem Präsidium des Bundestags liegt eine im Zeitrahmen von knapp drei Monaten erarbeitete Vorstudie der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (KGPA) von Ende 2012 vor.²¹² Hierin wird ein Forschungskonzept für eine Hauptuntersuchung entwickelt, mit der die NS-Belastungen von Ab-

geordneten des Bundestags und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung wie auch der Abgeordneten der Volkskammer der DDR untersucht werden sollen. Angesichts des in Frage kommenden Kreises von insgesamt ungefähr 3000 Personen wurde vorgeschlagen, die Bedeutung von NS-Belastungen für die Parlamentsarbeit und die Glaubwürdigkeit der jeweiligen politischen Neuorientierung anhand von biografischen Einzelstudien oder kollektivbiografischen Porträts kleinerer Gruppen zu eruieren. Ein Forschungsprojekt wurde bislang nicht vergeben und auch über eine anderweitige Bearbeitung der Thematik noch nicht entschieden.

Vorarbeiten zu NS-Bezügen von Mitgliedern des Deutschen Bundestags liegen im Grunde nicht vor.²¹³ Neben allgemeinen Darstellungen, die politische Entscheidungen, Gesetzesvorhaben und Abstimmungsverhalten in einem generellen Sinn mit der NS-Vergangenheit von Parlamentariern in Zusammenhang bringen,²¹⁴ wurde vor kurzem jedoch thematisiert, wie sich NS-Belastungen und NS-Verfolgungserfahrungen von Abgeordneten im Bundestag konkret äußerten.²¹⁵ Hinsichtlich der individuellen Biografien kann zwar auf offizielle Bundestagshandbücher²¹⁶ zurückgegriffen werden, jedoch sind diese zur Eruiierung von NS-Belastungen als empirische Datengrundlage nur bedingt geeignet, da sie auf den Selbstangaben der Parlamentarier basieren. Auch andere Nachschlagewerke gehen über diese knappen allgemeinbiografischen Angaben meist nur wenig hinaus, da hier umfangreichere Darstellungen nur für ausgewählte prominente Abgeordnete verfügbar sind – oder aber weil hier auf Abgeordnete fokussiert wird, die als NS-Verfolgte und damit meist als unbelastet gelten.²¹⁷ Umfängliche

209 Walter Henkels, Die leisen Diener ihrer Herren. Regierungssprecher von Adenauer bis Kohl. Düsseldorf 1985; Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und der Bundesrepublik. Um ein Vorw. erw. Taschenbuchaufl. München 2012 [2010]. Vgl. auch Diehls Autobiografie: Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949–1969. Frankfurt a. M. 1994.

210 Vgl. Norbert Frei/Johannes Schmitz, Journalismus im Dritten Reich. 5. Aufl. München 2014 [1989]; Matthias Weiß, Journalisten. Worte als Taten, in: Norbert Frei (Hg.), Hitlers Eliten nach 1945. 6. Aufl. München 2014 [2001], S. 218–268; Peter Longrich, Goebbels. Biographie. München 2010; Stefan Krings, Hitlers Pressechef. Otto Dietrich (1897–1952). Eine Biografie. Göttingen 2012.

211 Lutz Hachmeister/Friedemann Siering (Hg.), Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945. München 2002; Peter Köpf, Schreiben nach jeder Richtung. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse. Berlin 1995.

212 Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, »Das Personal des Neuanfangs«. Zur NS-Vergangenheit von Abgeordneten und Mitarbeitern der Verwaltung des Deutschen Bundestages und Abgeordneten der Volkskammer der DDR. Ms. 2012.

213 Vgl. dazu: Udo Wengst, Deutscher Bundestag und NS-Vergangenheit, in: Norbert Kartmann (Hg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag. Wiesbaden und Marburg 2014, S. 19–25.

214 Helmut Dubiel, Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages. München 1999.

215 Dominik Rigoll, Grenzen des Sagbaren. NS-Belastung und NS-Verfolgungserfahrung bei Bundestagsabgeordneten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 45 (2014), 1, S. 128–140.

216 Fritz Säger (Hg.), Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestags 1. Wahlperiode. Stuttgart 1949. Danach als: Deutscher Bundestag (Hg.), Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages. Darmstadt und Rheinbreitbach 1953ff.

217 Rudolf Vierhaus/Ludolf Herbst (Hg.), Biographisches Handbuch der Mit-

biografische Darstellungen, die auch die NS-Zeit beinhalten, existieren lediglich für einen kleinen Kreis bekannter Abgeordneter wie Franz Josef Strauß oder Helmut Schmidt.²¹⁸ Auch für den Reichstag liegen neben den amtlichen biografischen Handbüchern weitere Nachschlagewerke vor.²¹⁹ Daneben wurde der Reichstag der NS-Zeit Gegenstand allgemeiner Darstellungen.²²⁰

Hingegen bestehen Erfahrungen in der Untersuchung von NS-Kontinuitäten in Bezug auf mehrere Landesparlamente. Neben kleineren Studien, die im Auftrag der Partei Die Linke für Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und das Saarland durchgeführt wurden,²²¹ liegen für Niedersachsen und Bremen von den jeweiligen Parlamentsvorsitzenden in Auftrag gegebene abgeschlossene Arbeiten vor.²²² Auch

glieder des Deutschen Bundestages 1949–2002. 3 Bde. München 2002–2003; M.d.B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation. Hg. v. Martin Schumacher. Düsseldorf 2000; Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hg.), Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierung. Wiesbaden 2001; Erhard H. M. Lange, Wegbereiter der Bundesrepublik. Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates. 19 historische Biografien. 2., überarb. und erw. Aufl. Brühl 1999.

- 218 Horst Möller, Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell. München 2015; Peter Siebenmorgen, Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß. München 2015; Hartmut Soell, Helmut Schmidt. 2 Bde. München 2003–2008.
- 219 M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Hg. v. Martin Schumacher. 3., erw. u. überarb. Aufl. Düsseldorf 1994 [1991] sowie die zeitgenössischen Handbücher: Bureau des Reichstags (Hg.), Reichstags-Handbuch. Berlin 1920ff.
- 220 Joachim Lilla, Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Düsseldorf 2004; Peter Hubert, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933–1945. Düsseldorf 1992.
- 221 Hans-Peter Klausch, Braune Wurzeln. Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP. Zur NS-Vergangenheit von niedersächsischen Landtagsabgeordneten in der Nachkriegszeit. Hannover 2008; Michael C. Klepsch, Das vergessene braune Erbe. 2. Aufl. Düsseldorf 2011 [2009]; Hans-Peter Klausch, Braunes Erbe. NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.–11. Wahlperiode (1946–1987). Oldenburg/Wiesbaden 2011; Hans-Peter Klausch, Braune Spuren im Saar-Landtag. Die NS-Vergangenheit saarländischer Abgeordneter. Saarbrücken 2013.
- 222 Stephan A. Glienke, Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen

für Hessen wurde eine 2013 vorgelegte Vorstudie erarbeitet, jedoch von der Förderung einer umfassenden Hauptstudie zugunsten von Einzeluntersuchungen (Dissertationsschriften) abgesehen.²²³ Darüber hinaus läuft seit Sommer 2014 in Schleswig-Holstein ein einschlägiges, auf zwei Jahre angelegtes Forschungsprojekt.²²⁴

2.4 Forschungsstand zu Behörden der DDR (mit behördlich unterstützter Forschung)

Deutsches Zentralarchiv (DZA)

Das DZA ist Gegenstand eines von Anfang bis Mitte 2015 von Martin Sabrow geleiteten und von Peter Ulrich Weiß bearbeiteten Forschungsprojekts in Kooperation von ZZf und BArch. Das Ergebnis des Projekts mit dem Titel »NS-Geschichte des Reichsarchivs und des Umgangs mit ihr im Bundesarchiv und im Zentralen Staatsarchiv der DDR« liegt in Form einer Vorstudie vor.

Jenseits der Forschung zur Geschichte des RA, die bereits im Abschnitt zum BArch dargestellt wurde, gibt es bislang nur wenige Publikationen zu NS-Bezügen des DZA. Einschlägig für den Aspekt personeller Kontinuitäten ist vor allem ein kürzerer Beitrag, der anhand von Einzelbeispielen verschiedene Karrierewege von Archivaren beleuchtet.²²⁵ In allgemeinen organisationsgeschichtlichen Darstellungen

Landtages. Durchges. Nachdr. Hannover 2012; Karl-Ludwig Sommer, Die NS-Vergangenheit früherer Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft. Projektstudie und wissenschaftliches Colloquium. Bremen 2014.

- 223 Albrecht Kirschner, NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter, in: Norbert Kartmann (Hg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag. Wiesbaden und Marburg 2014, S. 137–206.
- 224 Arbeitstitel: »Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive«, Projektleiter: Uwe Danker. Vgl. Uwe Danker, Der Landtag und die Vergangenheit. Das Thema »Vergangenheitsbewältigung« im Schleswig-Holsteinischen Landtag 1947–1992, in: Demokratische Geschichte 17 (2006), S. 187–208.
- 225 Simone Walther, Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit beim personellen Neubeginn im zentralen Archivwesen der SBZ/DDR (1945–1952). Versuch einer Bestandsaufnahme, in: Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus. 75. Deutscher Archivtag 2005 in Stuttgart. Essen 2007, S. 469–485.

gen des Archivwesens in der DDR spielt die Frage personeller oder sachlicher Kontinuitäten zur NS-Zeit keine nennenswerte Rolle, lediglich der Einsatz von NS-Archivalien im Rahmen der geschichtspolitischen Auseinandersetzung beider deutscher Staaten wurde näher behandelt.²²⁶

Ministerium des Innern (Mdl)

Das Mdl wurde im Rahmen eines Forschungsprojekts des BMI untersucht, das von Ende 2014 bis Ende 2015 unter der Leitung von Frank Bösch (ZZF) und Andreas Wirsching (IfZ) durchgeführt wurde. Im Rahmen einer im Oktober 2015 vorgelegten Vorstudie wurde das Mdl in zwei Projekten von einer Mitarbeiterin und einem Mitarbeiter bearbeitet, zum einen hinsichtlich des Bereiches Polizei/Innere Sicherheit und zum anderen in Bezug auf die allgemeine Verwaltung. Als Zwischenergebnis zeichnet sich nach einer Analyse von rund 800 Mitarbeiterbiografien ab, dass der Anteil ehemaliger Mitglieder von NS-Organisation deutlich höher war als bisher bekannt und erwartet, wobei er im Bereich Verwaltung größer als im Bereich der Inneren Sicherheit war.

Eine Institutionengeschichte des Mdl liegt bislang noch nicht vor. Jedoch sind einzelne Bereiche in eingehenden Studien bereits erforscht worden, dies betrifft insbesondere den Bereich der »bewaffneten Organe«. Gerade die militärischen Aspekte der Mdl-Geschichte wurden im Rahmen militärhistorischer Forschungen zur Vorgeschichte des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV), der Nationalen Volksarmee (NVA) und anderer »bewaffneter Organe« erforscht. Ein Schwerpunkt – der im folgenden Abschnitt zum MfNV ausführlicher dargestellt wird – lag hierbei auf der Frage der Rekrutierungskriterien und damit auch auf dem Umgang mit NS-Belastungen der Soldaten.²²⁷ Die Geschichte der Volkspolizei und der dem Mdl unterstellten Kampf-

226 Hermann Schreyer, Das staatliche Archivwesen der DDR. Ein Überblick. Düsseldorf 2008; Dagmar Unverhau, Das »NS-Archiv« des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung. 2., durchges. Aufl. Münster 2004 [1998]; Angelika Menne-Haritz, Das Parteiarchiv der SED und die politische Nutzung der Akten des NS-Staates in der DDR, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 55 (2011), S. 149–171.

227 Stephan Fingerle, Waffen in Arbeiterhand? Die Rekrutierung des Offizierkorps der Nationalen Volksarmee und ihrer Vorläufer. Berlin 2001; Daniel Niemetz, Das feldgraue Erbe. Die Wehrmacheinflüsse im Militär der SBZ/DDR. Berlin 2006.

gruppen wurde ebenfalls bereits untersucht, neben Studien liegen hier auch einschlägige Handbücher vor.²²⁸ Darüber hinaus wurden Vorläuferinstitutionen des Mdl, wie die Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI), sporadisch Gegenstand von Forschungsarbeiten, die jedoch keinen speziellen Fokus auf die NS-Vergangenheit legen.²²⁹

Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV)

Das MfNV verfügte mit dem seit 1958 bestehenden Militärgeschichtlichen Institut der DDR (MGI, bis 1972: Institut für Deutsche Militärgeschichte bzw. Deutsches Institut für Militärgeschichte) über eine eigene Ressortforschungseinrichtung. In Folge der deutschen Einheit wurde es in sein bundesdeutsches Gegenstück, das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) der Bundeswehr, überführt, das seinerseits im Jahr 2013 im Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) aufging. Insofern ist die Geschichte des MfNV – und mit ihm der NVA und der anderen »bewaffneten Organe« der DDR – Gegenstand der BMVg-Ressortforschungseinrichtung ZMSBw. Da der Aufbau des MfNV und der NVA sich zunächst verdeckt innerhalb des Mdl vollzog, sind entsprechende Aspekte auch Gegenstand der zuvor dargestellten Vorstudie zur Geschichte des Mdl.

Neben den die NS-Zeit und den Zweiten Weltkrieg betreffenden und im entsprechenden Abschnitt zum BMVg dargestellten Studien

228 Tilmann Siebeneichner, Proletarischer Mythos und realer Sozialismus. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR. Köln u. a. 2014; Thomas Lindenberger, Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968. Weimar 2003; Gerhard Fürmetz (Hg.), Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969. Hamburg 2001; Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke (Hg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin 1998.

229 Dieter Marc Schneider, Die deutsche Verwaltung des Innern (DVdI), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. 2. Aufl. München 1993 [1990], S. 207–217; Jens Gieseke, Von der Deutschen Verwaltung des Innern zum Ministerium für Staatssicherheit 1948 bis 1950. Die politische Polizei in den Weichenstellungen der DDR-Gründung, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hg.), Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR. München 2000, S. 133–148.

hat das MGFA/ZMSBw mehrere Publikationen erarbeitet oder in anderer Weise, etwa durch Aufnahme in seine Publikationsreihen, unterstützt, die das MfNV und seinen Geschäftsbereich in Hinsicht auf NS-Bezüge thematisieren. Publikationen ohne – zumindest eine solche lose – Anbindung an das MGFA/ZMSBw sind selten, wie auch die Forschungslage zum MfNV bzw. zur NVA und den anderen »bewaffneten Organen« generell deutlich weniger gut ist als für das BMVg und die Bundeswehr. Dokumenteneditionen und Publikationen des MGI sind hierfür meist nicht von großer Bedeutung,²³⁰ und auch das MGI selbst wurde, jenseits von Erinnerungsschriften, noch nicht Gegenstand einer historisierenden Untersuchung.²³¹

Ebenso wie beim BMVg ist auch hinsichtlich des MfNV ein Schwerpunkt der Forschung in Bezug auf das militärische Personal zu konstatieren. Neben allgemeinen biografischen Handbüchern²³² liegen einzelne Veröffentlichungen speziell zur NS-Vergangenheit von Offizieren²³³ oder umfangreiche biografische Darstellungen vor.²³⁴ Personelle und sachliche NS-Kontinuitäten waren bereits Untersuchungsgegenstand einer monografischen Studie zu Wehrmachtseinflüssen in der NVA, die zu dem Ergebnis kam, dass die Anfang der 1950er Jahre gezielt angeworbenen hochrangigen ehemaligen Wehrmachtgenerale schon bald durch aufsteigende ehemalige Wehrmachtssoldaten niedriger Dienstränge verdrängt wurden; nachhaltige Prägungen seien insbesondere im Rahmen der Ausbildung erfolgt, die von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren durchgeführt wurde. Insofern sei der Einfluss von Wehr-

machtangehörigen höher gewesen, als dies deren vergleichsweise geringe zahlenmäßige Beteiligung suggeriere.²³⁵

Ein weiterer relevanter Schwerpunkt der Forschung bezieht sich auf verschiedene Aspekte der Vor- und Frühgeschichte des Ministeriums, des Nationalen Verteidigungsrats und der Streitkräfte.²³⁶ Nicht zuletzt standen die Rekrutierungspraxis der Offiziere und die politisch-ideologische Durchdringung der NVA in der Aufbauphase im Fokus.²³⁷

Ministerium für Staatssicherheit (MfS)²³⁸

Die Hinterlassenschaft des mit der DDR untergegangenen MfS (ab November 1989: Amt für Nationale Sicherheit, AfNS) wurde ab Oktober 1990 vom Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die Stasi-Unterlagen, seit Inkrafttreten des »Stasi-Unterlagen-Gesetzes« 1991 vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) in einer heute der BKM rechtsaufsichtlich unterstellten Bundesoberbehörde verwahrt. Letztere verfügt mit der seit 1992 bestehenden Abteilung Bildung und Forschung (BF) und dem dortigen Fachbereich BF 1 über eine Einrichtung, die Grundlagenforschung zur Geschichte und Tätigkeit des MfS betreibt. Die NS-Bezüge des MfS stellen in

- 230 Deutschland im zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv u. Ltg. v. Wolfgang Schumann u. Gerhart Hass. 6 Bde. Berlin (Ost) 1974–1985; Die Militär- und Sicherheitspolitik der SED 1945 bis 1988. Dokumente und Materialien. Hg. u. eingel. v. einem Kollektiv des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR. Berlin (Ost) 1989; Wolfgang Eisert, Zeittafel zur Militärgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1949 bis 1988. Berlin (Ost) 1989.
- 231 Dieter Dreetz (Hg.), MGI 1958 bis 1990/92. Militärgeschichtliches Institut der DDR. Einführungen, Chronik, Erinnerungen. Berlin 2007.
- 232 Klaus Froh/Rüdiger Wenzke, Die Generale und Admirale der NVA. Ein biographisches Handbuch. 5., akt. Aufl. Berlin 2007 [2000]; Hans Ehlert/Armin Wagner (Hg.), Genosse General! Die Militärelite der DDR in biographischen Skizzen. Berlin 2003.
- 233 Peter Joachim Lapp, Die zweite Chance. Wehrmachtsoffiziere im Dienste Ulbrichts. Korr. Neuauf. Aachen 2010 [2000].
- 234 Peter Joachim Lapp, General bei Hitler und Ulbricht. Vincenz Müller. Eine deutsche Karriere. Berlin 2003.

- 235 Daniel Niemetz, Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachteinflüsse im Militär der SBZ/DDR. Berlin 2006; vgl. auch: Rüdiger Wenzke, Das unliebsame Erbe der Wehrmacht und der Aufbau der DDR-Volksarmee, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität. Sonderausg. München 2012 [1999], S. 1113–1138.
- 236 Rüdiger Wenzke, Ulbrichts Soldaten. Die Nationale Volksarmee 1956 bis 1971. Berlin 2013; Rüdiger Wenzke/Torsten Diedrich, Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952–1956. 2. Aufl. Berlin 2003 [2001]; Armin Wagner, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971). Berlin 2002; Bruno Thoß (Hg.), Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer »verdeckten Ausrüstung« in der SBZ/DDR. München 1994.
- 237 Stephan Fingerle, Waffen in Arbeiterhand? Die Rekrutierung des Offizierskorps der Nationalen Volksarmee und ihrer Vorläufer. Berlin 2001; Daniel Giese, Die SED und ihre Armee. Die NVA zwischen Politisierung und Professionalismus 1956–1965. München 2002.
- 238 Im Jahr 1950 als Ministerium für Staatssicherheit gegründet, wurde das MfS 1953 aufgelöst und als Staatssekretariat für Staatssicherheit in das MdI eingegliedert. 1955 wurde das MfS neugegründet.

diesem weiten Rahmen lediglich einen kleinen Nebenaspekt dar, dies ist ebenso hinsichtlich einer Forschungskoooperation mit dem aktuellen Aufarbeitungsprojekt des BND der Fall.

Gleichwohl wurden die NS-Bezüge des MfS Gegenstand mehrerer Untersuchungen innerhalb und außerhalb der BF. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass alle NS-bezogenen Aktivitäten des MfS sich an aktuellen Interessenlagen der DDR auszurichten hatten, sodass auch schwer belastete und dadurch erpressbare NS-Täter – in der DDR wie der Bundesrepublik – systematisch als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) angeworben worden seien.²³⁹ Gerade solche NS-belastete IM wurden des Öfteren in biografischen Darstellungen porträtiert.²⁴⁰ Ergänzend wurde bereits in älteren Studien konstatiert, dass es im hauptamtlichen Apparat des MfS zwar ehemalige Angehörige der Wehrmacht, der HJ und in jugendlichem Alter eingetretene NSDAP-Mitglieder gab – neben Mitarbeitern, die wegen ihrer verschwiegenen NS-Belastungen fast in allen Fällen entfernt wurden. Eine personelle Kontinuität zum NS-Terrorapparat ist nicht festzustellen.²⁴¹ Diese Untersuchungen können nicht nur auf umfangreiche biografische, sondern auch auf allgemeine Arbeiten zur Vorgeschichte des MfS zurückgreifen.²⁴²

Weitere Arbeiten befassen sich mit dem generellen Umgang des MfS mit der NS-Vergangenheit, insbesondere in Gestalt der auf die Bundesrepublik zielenden Kampagnen zur NS-Vergangenheit der dortigen Eliten (»Blutrichter«- bzw. »Braunbuch«-Kampagne), dem nicht zuletzt aus diesem Grund eingerichteten sogenannten NS-Archiv des MfS²⁴³ und der Behandlung von NS-Verbrechen im Rahmen der Strafverfolgung innerhalb der DDR.²⁴⁴ Hier wurde u. a. herausgearbeitet, dass Ermittlungen wegen NS-Verbrechen innerhalb der DDR erst spät systematisiert wurden und es – abgesehen von einzelnen prominenten Fällen – nur selten zu Strafverfahren kam. Auch seien herausgehobene Persönlichkeiten in der DDR aus Furcht vor Ansehensverlust trotz teils erheblicher NS-Verbrechen vor Strafverfolgung geschützt worden.²⁴⁵

239 Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. 3., durchges. Aufl. Göttingen 2007 [2005]; vgl. auch: Henry Leide, »Wir schätzen nicht den Menschen nach seiner Vergangenheit ein«. Die Anwerbungspraxis des MfS im Westen, in: Horch und Guck 4/2011, Nr. 74, S. 20–25.

240 Susanna Heschel, Die zwei Karrieren des Theologen Walter Grundmann. Der Neutestamentler als Nazi-Propagandist und Stasi-Informant, in: Manfred Gailus (Hg.), Täter und Komplizen in Theologie und Kirchen 1933–1945. Göttingen 2015, S. 171–196; Carina Baganz, Vom Wachmann zum Inoffiziellen Mitarbeiter. Täter der frühen sächsischen Konzentrationslager und ihr Wirken für die Staatssicherheit, in: Günther Heydemann/Jan Erik Schulte/Francesca Weil (Hg.), Sachsen und der Nationalsozialismus. Göttingen 2014, S. 351–364.

241 Jens Gieseke, Erst braun, dann rot? Zur Frage der Beschäftigung ehemaliger Nationalsozialisten als hauptamtliche Mitarbeiter des MfS, in: Siegfried Suckut/Walter Süß (Hg.), Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS. Berlin 1997, S. 129–149.

242 Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000; Jens Gieseke, Von der Deutschen Verwaltung des Innern zum Ministerium für Staatssicherheit 1948 bis 1950. Die politische Polizei in den Weichenstellungen der DDR-Gründung, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hg.), Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR. München 2000, S. 133–148.

243 Lutz Prieß, Die NS-Kampagnen von SED und MfS gegen die West-Berliner Polizei, in: Jochen Staadt/Klaus Schroeder (Hg.), Feindwärts der Mauer. Das Ministerium für Staatssicherheit und die West-Berliner Polizei. Frankfurt a. M. u. a. 2014, S. 163–184; Dagmar Unverhau, Das »NS-Archiv« des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung. 2., durchges. Aufl. Münster 2004 [1998]; Michael Lemke, Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), 2, S. 153–174.

244 Henry Leide, Ganz anders und doch nicht so anders. Zur Dominanz politischer und geheimpolizeilicher Opportunitätsüberlegungen bei der Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in der DDR, in: Deutschland Archiv 43 (2010), 6, S. 1068–1076; Jens Gieseke, Antifaschistischer Staat und postfaschistische Gesellschaft. Die DDR, das MfS und die NS-Täter, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 35 (2010), 3, S. 79–94; Andrej Angrick, Im Fadenkreuz des Todfeindes? Das Ministerium für Staatssicherheit und die Gestapo, in: Klaus-Michael Mallmann/Andrej Angrick (Hg.), Die Gestapo nach 1945. Karrieren, Konflikte, Konstruktionen. Darmstadt 2009, S. 270–290; Annette Weinke, Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigung 1949–1969 oder: eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg. Paderborn u. a. 2002.

245 Matthias Wanitschke (Hg.), Archivierter Mord. Der SED-Staat und die NS-»Euthanasie«-Verbrechen in Stadtroda. Erfurt 2005.

Wirtschafts- und Industrieministerien der DDR

Die von ständigen tiefgreifenden Umstrukturierungen geprägte Wirtschaftsadministration der DDR und in der Folge die zahlreichen, teils nur wenige Jahre existierenden Wirtschafts- und Industrieministerien sind bislang noch nicht systematisch und institutionengeschichtlich untersucht worden.

Die Rolle und der Stellenwert der Wirtschaftsinstitutionen und -gremien der DDR einschließlich der Ministerien sind u. a. jedoch Gegenstand eines aktuellen Forschungsprojekts, das sich schwerpunktmäßig mit der Staatlichen Plankommission (SPK) der DDR befasst. Durchgeführt wird dieses von der 2011 vom BMWi eingesetzten »Unabhängigen Geschichtskommission zur Erforschung der Geschichte des BMWi und seiner Vorgängerinstitutionen«, der Werner Abelshausen, Stefan Fisch, Dierk Hoffmann, Michael Hollmann, Carl-Ludwig Holtfrerich und Albrecht Ritschl angehören.

Zur Wirtschaftsgeschichte der DDR liegen eine Reihe von Untersuchungen und Darstellungen vor.²⁴⁶ Mehrere Studien haben personelle NS-Bezüge in den Wirtschaftsministerien der DDR thematisiert; so wurde ein hoher Anteil belasteten Personals in den Wirtschaftsressorts Energie, Metallurgie, Land- und Forstwirtschaft sowie Post- und Fernmeldewesen festgestellt, die allesamt einen hohen Beamten- und Fachkräfteanteil aufwiesen.²⁴⁷ Erkenntnisse liegen zudem hinsichtlich der NSDAP-Mitgliedschaft mehrerer Minister und stellvertretender Minister verschiedener Industrieministerien vor.²⁴⁸ Zudem wurde in einer

246 André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, Akt. und bearb. Neuausg. Stuttgart 2007 [2004]; André Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*. Berlin 1999.

247 Jens Kuhlemann, *Braune Kader. Ehemalige Nationalsozialisten in der Deutschen Wirtschaftskommission und der DDR-Regierung (1948–1957)*. Berlin 2012, <https://jenskuhlemann.files.wordpress.com/2012/08/braune-kader-internetausgabe-2012-julil.pdf>; Jens Kuhlemann, *Differenzierte Biographien, differenzierte Integration. Ehemalige Nationalsozialisten in der deutschen Wirtschaftskommission und den DDR-Regierungsdienststellen (1948–1957)*, in: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 35 (2010), 3, S. 95–116.

248 Vgl. Rüdiger Bergien, *Das Schweigen der Kader. Ehemalige Nationalsozialisten im zentralen SED-Parteiparat. Eine Erkundung*, in: Birthe Kundrus/Sybillie Steinbacher (Hg.), *Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts*. Göttingen 2013, S. 134–153.

detaillierten soziologischen Analyse der Rekrutierung und sozialen Mobilität von Industriekadern beispielsweise ermittelt, dass in der mitteleuropäischen chemischen Industrie, in der Optik und Feinmechanik die Anzahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder bei höheren Kadern im Vergleich zu Mitarbeitern ohne Leitungsfunktionen größer war.²⁴⁹ Gerade diese Industriekader und die wirtschaftsnahe Forschung wurden hinsichtlich von NS-Kontinuitäten des Öfteren Gegenstand von historiografischen Darstellungen.²⁵⁰

Auch zu den Kontinuitätslinien vom NS-Staat zur DDR wurden Forschungen angestellt. So wurde etwa in einer politikhistorischen Studie die Transformation der NS-Kriegswirtschaft zur zentralen Planwirtschaft der DDR am Beispiel des Landes Brandenburg als sozialökonomischer Interaktionsprozess beschrieben.²⁵¹ Diese Regionalstudie richtet den Blick jedoch nicht auf personelle NS-Bezüge, sondern auf den Aufbau der Planwirtschaft in den frühen Nachkriegsjahren, und kommt zu dem Schluss, dass es nicht gelang, eine stabile neue Wirtschaftsordnung aufzubauen. Ferner liegen Forschungsarbeiten vor, die die Geschichte von Betrieben im Nationalsozialismus und in der DDR untersuchen und auch die Wirtschaftskader miteinbeziehen, obgleich NS-Belastung als Untersuchungsgegenstand meist nur am Rande eine Rolle spielt.²⁵²

249 Marcel Boldorf, *Governance in der Planwirtschaft. Industrielle Führungskräfte in der Stahl- und Textilbranche der SBZ/DDR (1945–1958)*. München 2015; Axel Salheiser, *Parteitreu, plangemäß, professionell? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe von DDR-Industriekadern*. Wiesbaden 2009.

250 Georg Wagner-Kyora, *Continuities in the Identity Construction of Industrial Chemists, 1940–1970*, in: *German Studies Review* 29 (2006), 3, S. 611–619; Dolores Augustine, *Wunderwaffen of a Different Kind. Nazi Scientists in East German Industrial Research*, in: *German Studies Review* 29 (2006), 3, S. 579–588; Rüdiger Stutz, *»Surviving the Swastika? The Advancement of Zeiss Managers in Nazi Germany and the Postwar East German State*, in: *German Studies Review* 29 (2006), 3, S. 603–610.

251 Friederike Sattler, *Wirtschaftsordnung im Übergang. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–52*. Münster 2002.

252 Oliver Werner, *Ein Betrieb in zwei Diktaturen. Von der Bleichert-Transportanlagen GmbH zum VEB VTA Leipzig 1932 bis 1963*. Stuttgart 2004; Sebastian Fink, *Das Stahl- und Walzwerk Riesa in beiden deutschen Diktaturen 1933 bis 1963. Ein Vergleich*. Leipzig 2012.

2.5 Forschungsstand zu Behörden der DDR (ohne behördlich unterstützte Forschung)

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA)

Seit Mitte 2015 werden NS-Bezüge des MfAA im Rahmen eines Promotionsprojekts von Jonathan Kaplan untersucht.²⁵³ Neben dem Umgang des MfAA mit NS-Belastungen innerhalb des eigenen Hauses soll das geschichtspolitische Agieren des Ministeriums gegenüber dem bundesdeutschen AA in den Blick genommen werden. In diesem Zusammenhang werden auch die Hintergründe und Wirkungen jener Broschüren des MfAA der 1960er Jahre analysiert, die die personellen NS-Kontinuitäten im bundesdeutschen Außenministerium anprangerten. Gegenstand des Projekts ist darüber hinaus das Verhältnis des MfAA zu jüdischen Verbänden in den USA sowie zu den dortigen, in den 1930er Jahren entstandenen Anti-NS-Organisationen.

Neben den die NS-Zeit betreffenden und im entsprechenden Abschnitt zum AA dargestellten Studien wurde das MfAA hinsichtlich möglicher NS-Kontinuitäten bislang noch nicht genauer untersucht. Breit angelegte Forschungsarbeiten zur Außenpolitik der DDR seit ihren Anfängen und zur Frühgeschichte des Ministeriums stellen zwar die strukturellen und personellen Gegebenheiten des MfAA dar, gehen auf NS-Kontinuitätsfragen jedoch nicht weiter ein.²⁵⁴ Aspekte wie das außenpolitische Verhältnis der DDR zum Staat Israel – und in diesem Zusammenhang auch die gegen die Bundesrepublik gerichtete Geschichtspolitik («Braunbuch-« bzw. »Blutrichter«-Kampagne) –, wurden hingegen deutlich eingehender untersucht.²⁵⁵

253 Arbeitstitel: »Das Außenministerium der DDR und die NS-Vergangenheit«, Freie Universität Berlin.

254 Ingrid Muth, *Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen*. Berlin 2000; Joachim Scholtyseck, *Die Außenpolitik der DDR*. München 2003; Hermann Wentker, *Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989*. München 2007; Michael Lemke, *Prinzipien und Grundlagen der Außenbeziehungen der DDR in der Konstituierungsphase des DDR-Außenministeriums 1949–1951*, in: Michael Lemke (Hg.), *Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953)*. Köln/Weimar/Wien 1999, S. 233–273.

255 Jutta Illichmann, *Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990*. Frankfurt a. M. 1997; Angelika

Ministerium der Finanzen (MdF)

Eine institutionengeschichtliche Studie zum MdF ist ebenso wenig zu verzeichnen wie einzelne, kürzere Beiträge zu NS-Bezügen von Kadern im Ministerium. Zudem ist der gesamte Bereich der Finanzen jenseits von Fragen im Zusammenhang mit der Finanzierung der deutschen Einheit kaum bearbeitet. Selbst allgemeine Überblickswerke sind rar, und es sind nur wenige Studien zu nennen, die sich mit dem engeren Bereich der Finanzpolitik oder des Finanzsystems der DDR befassen.²⁵⁶ Die stark aufeinander bezogene Finanz- und Wirtschaftspolitik wurde etwa hinsichtlich der Preispolitik oder, mitunter auf lokaler Ebene, mittels vergleichender Ansätze untersucht.²⁵⁷

Ministerium für Gesundheitswesen (MfG)²⁵⁸

Das MfG wurde bislang noch nicht Objekt einer systematischen Studie möglicher NS-Bezüge. Unter diesem Blickwinkel wurde jedoch das Gesundheitswesen der DDR in Teilen bereits erforscht. So liegen Studien vor, die die Ärzteschaft und medizinischen Hochschullehrer – und damit auch deren NS-Belastungen – in der frühen DDR sowie den Umgang des MfS mit NS-belasteten Ärzten untersuchen.²⁵⁹ Auch

Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. *Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*. Bonn 1997; Michael Lemke, *Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 41 (1993), 2, S. 153–174.

256 Frank Zschaler, *Das Finanzsystem in der frühen SBZ/DDR. Effizienzprobleme aus institutionenökonomischer Sicht*, in: Johannes Bähr (Hg.), *Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945–1990*. Berlin 1996, S. 281–301.

257 André Steiner (Hg.), *Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich*. Köln/Weimar/Wien 2006; Frank Zschaler, *Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik in Berlin 1945–1961. Eine vergleichende Untersuchung von Ost- und West-Berlin*. Berlin u. a. 1995.

258 Das Ministerium für Gesundheitswesen trug 1949/50 die Bezeichnung Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen. 1954 wurde es aufgelöst und in das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung überführt, das seinerseits 1958 aufgelöst und dessen Aufgaben auf das Ministerium für Volksbildung (MfV) und die Staatliche Plankommission (SPK) übertragen wurden.

259 Anna-Sabine Ernst, »Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus.« Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961. Münster u. a.

wurde die NS-Vergangenheit einzelner Funktionäre bereits thematisiert, etwa die des ersten Gesundheitsministers Luitpold Steindle.²⁶⁰ Einen Schwerpunkt bilden Arbeiten zur NS-»Euthanasie« und den daran beteiligten Medizinern, die in der DDR ungehindert praktizieren konnten.²⁶¹ Für den Bereich der Anstaltspsychiatrie wurden die Entnazifizierungs- und Personalpolitik nach 1945 etwa für Brandenburg und Westfalen vergleichend beleuchtet,²⁶² aber auch Kontinuitäten im öffentlichen Gesundheitswesen über den Nationalsozialismus hinaus zwischen Weimarer Republik und SBZ/DDR untersucht.²⁶³

Das Gesundheitswesen und die Gesundheitspolitik im Nationalsozialismus, für die damals noch kein eigenständiges Ministerium zuständig gewesen war, können als breit und eingehend bearbeitetes Feld gelten.²⁶⁴ So wurden insbesondere die von Medizinern und staatlichen Einrichtungen begangenen und veranlassten Medizinverbrechen erforscht, aber auch einzelne Persönlichkeiten wie der Reichskommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen Karl Brandt eingehend beleuchtet.²⁶⁵

1997; Francesca Weil, Zielgruppe Ärzteschaft. Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Göttingen 2008.

260 Udo Schagen/Sabine Schleiermacher, Gesundheitswesen und Sicherung bei Krankheit, in: Michael Schwartz (Hg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Bd. 8. Deutsche Demokratische Republik 1949–1961. Im Zeichen des sozialistischen Aufbaus. Baden-Baden 2004, S. 388–433.

261 Christian Dirks, »Die Verbrechen der anderen«. Auschwitz und der Auschwitz-Prozess der DDR. Das Verfahren gegen den KZ-Arzt Dr. Horst Fischer. Paderborn u. a. 2006; Nora Manukjan, »Euthanasie«. Das lange verdrängte Verbrechen. Zum Umgang mit den nationalsozialistischen Krankenmorden in der SBZ und DDR, in: Stiftung Sächsische Gedenkstätten (Hg.), Nationalsozialistische Euthanasieverbrechen. Beiträge zur Aufarbeitung ihrer Geschichte in Sachsen. Dresden 2004, S. 173–196; Ute Hoffmann, »Das ist wohl ein Stück verdrängt worden ...«. Zum Umgang mit den »Euthanasie-Verbrechen in der DDR, in: Annette Leo (Hg.), Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus. Berlin 2001, S. 51–66.

262 Sabine Hanrath, Zwischen »Euthanasie« und Psychiatriereform. Anstaltspsychiatrie in Westfalen und Brandenburg: ein deutsch-deutscher Vergleich (1945–1964). Paderborn u. a. 2002.

263 Gabriele Moser, »Im Interesse der Volksgesundheit ...« Sozialhygiene und öffentliches Gesundheitswesen in der Weimarer Republik und der frühen SBZ/DDR. Frankfurt a. M. 2002.

264 Vgl. den Forschungsüberblick: Robert Jütte in Verbindung mit Wolfgang U. Eckart, Hans-Walter Schmuhl und Winfried Süß, Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung, 2. Aufl. Göttingen 2011.

265 Winfried Süß, Der »Volkkörper« im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland

Ministerium der Justiz (MdJ)

Auch wenn Hermann Wentker eine Institutionengeschichte des frühen MdJ vorgelegt hat, die auch dessen Personal betrachtet, ist eine umfassende Analyse der personellen Kontinuitäten und NS-Bezüge des MdJ bzw. seiner Vorgängerinstitution Deutsche Zentralverwaltung für Justiz (DJV) nicht bekannt.²⁶⁶ Gleichwohl wurden eine Reihe von Untersuchungen zur Entnazifizierung im DDR-Justizwesen publiziert.²⁶⁷ Sie belegen, dass, anders als in Westdeutschland, eine Rückkehr der durch schnell ausgebildete sogenannte »Volksrichter« ersetzten NS-belasteten ehemaligen Justizangehörigen praktisch unmöglich war.²⁶⁸ Die Personalpolitik insbesondere in der Aufbauphase der ostdeutschen Justiz wurde mehrfach untersucht. In diesem Rahmen wurde u. a. gezeigt, dass die SED die Entnazifizierung instrumentalisierte, um personalpolitische Vorstellungen durchzusetzen.²⁶⁹

Jenseits der Forschung zur Geschichte der Justiz während der NS-Zeit, auf die bereits im Abschnitt zum BMJ hingewiesen wurde, sind die Justiz der DDR und deren Umgang mit NS-Verbrechen Gegenstand zahlreicher Studien und Dokumenteneditionen.²⁷⁰ Dass dieser Umgang

1939–1945. München 2009; Winfried Süß, Der beinahe unaufhaltsame Aufstieg des Karl Brandt. Zur Stellung des »Reichskommissars für das Sanitäts- und Gesundheitswesen« im gesundheitspolitischen Machtgefüge des »Dritten Reiches«. Berlin 2002.

266 Hermann Wentker, Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen. München 2001; Hermann Wentker, Justiz in der SBZ/DDR und im »Dritten Reich«. Ein Vergleich aus der Perspektive ihrer zentralen Institutionen, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hg.), Diktaturen in Deutschland. Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen. Bonn 2003, S. 188–218.

267 Manfred Wille, Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1948. Magdeburg 1993.

268 Hermann Wentker, Volksrichter in der SBZ/DDR (1945–1952), in: Heiner Timmermann (Hg.), Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert. Der Fall DDR. Berlin 1996, S. 95–112.

269 Heike Amos, Justizverwaltung in der SBZ/DDR. Personalpolitik 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre. Köln 1996; Ruth-Kristin Rössler, Aspekte der Personalentwicklung und der Personalpolitik in der Justiz der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR, in: Peter Hübner (Hg.), Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Köln/Weimar/Wien 1999, S. 131–145.

270 Annette Weinke, Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigung 1949–1969 oder: eine deutsch-deutsche Bezie-

vor allem funktional war, belegen Studien zu NS-Prozessen in der DDR, die etwa zeigen, dass sich die DDR-Justiz hier als Gegenpol zur bundesdeutschen Justiz, als schlagkräftig und hart präsentieren wollte.²⁷¹ Auch allgemeiner angelegte Forschungsarbeiten zur Vergangenheitspolitik der DDR und zur Praxis der Strafermittlung gegen mutmaßliche NS-Verbrecher zeigen, dass der Antifaschismus der DDR als Kampfprogramm in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz vor allem instrumentell eingesetzt wurde.²⁷²

Ministerium für Kultur (MfK)

Obwohl die DDR-Kulturpolitik Gegenstand zahlreicher Detail- und Überblicksstudien wurde, ist eine grundlegende Untersuchung zu personellen NS-Bezügen oder sonstigen Kontinuitäten im MfK oder im breit gefassten Bereich der Kultur nicht bekannt.²⁷³ Gleichwohl wurden vereinzelt NS-Bezüge beschrieben, etwa des von 1961 bis 1966 amtierenden Ministers für Kultur Hans Bentzien.²⁷⁴

lungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn u. a. 2002; Christiaan F. Rüter/Dick W. de Mildt (Hg.), DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung (ost-)deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1998. 14 Bde. Amsterdam/München 2002–2009; Jürgen Weber/Michael Piazolo (Hg.), Justiz im Zwielficht. Ihre Rolle in Diktaturen und die Antwort des Rechtsstaates. München 1998.

- 271 Christian Dirks, »Die Verbrechen der anderen«. Auschwitz und der Auschwitz-Prozess der DDR. Das Verfahren gegen den KZ-Arzt Dr. Horst Fischer. Paderborn u. a. 2006.
- 272 Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. 3., durchges. Aufl. Göttingen 2007 [2005].
- 273 Klaus Finke, Politik und Film in der DDR. Oldenburg 2007; Beate Ihmetuchel, Die SED und die Schriftsteller 1946–1956, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 43 (2000), B 13, S. 3–10; Joachim Ackermann, Die Kunst und Kulturpolitik der SED 1961–1989. Diss. Freie Universität Berlin 2000; Manfred Jäger, Kultur und Politik in der DDR. 1945–1990. Köln 1994; Gerd Dietrich, Politik und Kultur in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945–1949. Bern 1993; Günther Rüther, »Greif zur Feder, Kumpel«. Schriftsteller, Literatur und Politik in der DDR 1949–1990. Düsseldorf 1991.
- 274 Sandra Meenzen, »Gutes Klassenbewusstsein, Parteiverbundenheit und Prinzipienfestigkeit«. SED-Sekretäre mit NSDAP-Vergangenheit in Thüringen, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 35 (2010), 3, S. 47–78.

Die Geschichte der partiellen Vorläuferinstitutionen in der NS-Zeit, vor allem des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda unter Joseph Goebbels und der zu Gleichschaltungszwecken gegründeten Reichskulturkammer, wurden hinsichtlich verschiedener Aspekte bereits untersucht.²⁷⁵ Die NS-Kulturpolitik wurde hingegen insbesondere in ihren Auswirkungen meist auf regionaler und lokaler Ebene analysiert.²⁷⁶

Ministerium für Volksbildung (MfV)

Eine umfassende Untersuchung eventueller personeller NS-Bezüge im MfV bzw. der Vorgängerinstitution Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV) fehlt; lediglich kürzere Beiträge greifen das Thema auf.²⁷⁷ Eine Reihe von Studien hatten jedoch das Schul- und Bildungswesen der SBZ/DDR zum Gegenstand. Hier wurden bereits Hinweise auf vereinzelt ehemalige NSDAP-Parteimitglieder unter dem Personal der DVV gegeben. Dies habe, so der Tenor der Studien, ihr Handeln jedoch nicht geprägt.²⁷⁸ Beschrieben wurde des Weiteren insbesondere die einschneidende Entnazifizierung im Bildungswesen der SBZ/DDR.²⁷⁹ So wurde herausgearbeitet, dass unmittelbar nach Kriegs-

- 275 Peter Longerich, Goebbels. Biographie. München 2010; Bärbel Schrader, »Jederzeit widerruflich«. Die Reichskulturkammer und die Sondergenehmigungen in Theater und Film des NS-Staates. Berlin 2008; Daniel Mühlenfeld, Vom Kommissariat zum Ministerium. Zur Gründungsgeschichte des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, in: Rüdiger Hachtmann (Hg.), Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur. Göttingen 2006, S. 72–95; Alan E. Steinweis, Art, Ideology and Economics in Nazi Germany. The Reich Chambers of Music, Theater and the Visual Arts. Chapel Hill 1996.
- 276 Wojciech Kunicki, »... auf dem Weg in dieses Reich«. NS-Kulturpolitik und Literatur in Schlesien 1933 bis 1945. Leipzig 2006.
- 277 Helga A. Welsh, Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltung, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München 1990, S. 229–238.
- 278 Gert Geißler, Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962. Frankfurt a. M. 2002.
- 279 Joachim Petzold, Die Entnazifizierung der sächsischen Lehrerschaft 1945, in: Jürgen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien. Berlin 1993, S. 87–103.

ende die meisten ehemaligen NSDAP-Mitglieder aus den Schulbehörden entlassen wurden. Da trotz anfangs rigoroser Entnazifizierung für NS-belastete Lehrer aber durchaus Rückkehrmöglichkeiten bestanden, erhöhte sich der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder unter ihnen wieder deutlich.²⁸⁰ Zudem wurde, etwa in einer detaillierten regionalen Studie zur Lehrerausbildung in Dresden zwischen 1945 und 1959, der Prozess der Stalinisierung beschrieben.²⁸¹

In Bezug auf die NS-Zeit kann die nicht zuletzt durch NS-Jugendverbände und den Nationalsozialistischen Lehrerbund betriebene Bildungspolitik als gut erforscht gelten.²⁸² Mit dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) bestand zwischen 1934 und 1945 eine nationalsozialistische Vorläuferinstitution zum MfV, das nach 1950 auch dieselben Räumlichkeiten nutzte. Dass das REM – mit seinen Kontinuitätslinien vom preußischen Kultusministerium – in der NS-Zeit einem schleichenden Einflussverlust gegenüber bildungspolitischen Parteistellen ausgesetzt war, wurde in einer neueren Studie herausgearbeitet.²⁸³

2.6 Forschungsstand zur Volkskammer (VK)

Seit Ende 2012 liegt eine für das Präsidium des Deutschen Bundestags erstellte Vorstudie der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (KGPArl) vor. Hierin wird ein Forschungskonzept für eine Hauptuntersuchung vorgeschlagen, mit der die NS-Belastungen von Abgeordneten der Volkskammer sowie der Mitglieder des Bundestags und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung untersucht werden sollen.

280 Brigitte Hohlfeld, *Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945–1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat*. Weinheim 1992.

281 Sylvia Mebus, *Zur Entwicklung der Lehrerausbildung in der SBZ/DDR 1945–1959 am Beispiel Dresdens*. Pädagogik zwischen Selbst- und Fremdbestimmung. Frankfurt a. M. 1999.

282 Wolfgang Keim, *Erziehung unter der Nazi-Diktatur*. 2 Bde. 2. Aufl. Darmstadt 2005 [1997]; Michael Buddrus, *Totale Erziehung für den totalen Krieg. Hitlerjugend und nationalsozialistische Jugendpolitik*. München 2003; Hans-Jochen Gamm, *Führung und Verführung*. Pädagogik des Nationalsozialismus. München 1990.

283 Anne Christine Nagel, *Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945*. Frankfurt a. M. 2012.

Einschlägige Vorarbeiten hinsichtlich der Volkskammer fehlen weitestgehend. Biografische Handbücher²⁸⁴ liefern zwar erste grundlegende Daten, geben über mögliche NS-Belastungen aber keine Auskunft. Für die Parlamente der zunächst noch bestehenden Länder der SBZ/DDR stellt sich die Lage ähnlich dar.²⁸⁵ Entsprechend geben allgemeine Beiträge zum Umgang der SED mit der NS-Vergangenheit ihrer Mitglieder oder einschlägige biografische Handbücher, die gebündelt im folgenden Abschnitt zum Zentralkomitee der SED dargestellt werden, die beste Grundlage für weitergehende Forschungen ab.

2.7 Forschungsstand zum Zentralkomitee (ZK) der SED

Zu NS-Belastungen der Angehörigen des zentralen SED-Parteiapparats liegt bislang noch keine umfassende Untersuchung vor. Jedoch hat Rüdiger Bergien im Rahmen einer prosopographischen Studie über die politischen Mitarbeiter zwischen 1946 und 1965 bereits erste Erhebungen angestellt, die eine deutlich höhere NS-Belastung feststellten als bisherige Studien, die sich stark auf SED-interne Berichte verlassen hatten.²⁸⁶ Da Bergiens Arbeit jedoch keine repräsentative Stichprobe und auch keine Gesamterhebung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellt, lässt sie noch keinen weitergehenden Schluss auf den ZK-Apparat im Allgemeinen zu.

284 *Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik* (Hg.), *Handbuch der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik*. Berlin (Ost) 1957–1959; *Präsidium der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik* (Hg.), *Die Abgeordneten der Volkskammer*. Berlin (Ost) 1964–1990; Rita Pawlowski (Hg.), *»Unsere Frauen stehen ihren Mann«*. Frauen in der Volkskammer der DDR 1950 bis 1989. Ein biographisches Handbuch. Berlin 2008.

285 Christina Trittel, *Die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt 1946–1950. Vom Scheitern demokratischer Hoffnung*. Halle (Saale) 2007; Christel Dowidat, *Zur Entwicklung der politischen und sozialen Strukturen der Mitglieder von Landtagen, Volksrat und Volkskammern in der SBZ, DDR zwischen 1946 und 1950/54*. Diss. Universität Mannheim 1986.

286 Rüdiger Bergien, *Das Schweigen der Kader. Ehemalige Nationalsozialisten im zentralen SED-Parteiapparat. Eine Erkundung*, in: Birthe Kundrus/Sybille Steinbacher (Hg.), *Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts*. Göttingen 2013, S. 134–153.

Untersuchungen zum Umgang der SED mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern²⁸⁷ wurden ebenso erarbeitet wie Studien mit einem engeren Fokus, etwa auf der Ebene der Bezirks- und Kreissekretäre in Thüringen.²⁸⁸ Ergänzend wurde untersucht, wie aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrende Wehrmachtssoldaten durch die SED behandelt wurden.²⁸⁹

Umfangreicher wurde der Prozess der Entnazifizierung und Stalinisierung der SBZ/DDR und damit auch der SED erforscht,²⁹⁰ ebenso wie die Geschichte der SED im Allgemeinen mehrfach dargestellt wurde.²⁹¹ Gerade die Kaderpolitik fand in diesem Zusammenhang – etwa im Rahmen kollektivbiografischer Arbeiten oder biografischer Nachschlagewerke – nennenswerte Aufmerksamkeit.²⁹²

287 Jürgen Danyel, Die SED und die »kleinen Pgs«. Zur politischen Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der SBZ/DDR, in: Annette Leo/Peter-Reif-Spirek (Hg.), Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus. Berlin 1999, S. 177–196.

288 Heinrich Best/Axel Salheiser, Shadows of the Past. National Socialist Backgrounds of the GDR's Functional Elites, in: German Studies Review 29 (2006), 3, S. 589–602; Sandra Meenzen, »Gutes Klassenbewusstsein, Parteiverbundenheit und Prinzipienfestigkeit«. SED-Sekretäre mit NSDAP-Vergangenheit in Thüringen, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 35 (2010), 3, S. 47–78.

289 Christina Morina, Instructed Silence, Constructed Memory. The SED and the Return of German Prisoners of War as »War Criminals« from the Soviet Union to East Germany, 1950–1956, in: Contemporary European History 13 (2004), 3, S. 323–343.

290 Helga A. Welsh, »Antifaschistisch-demokratische Umwälzung« und politische Säuberung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Klaus Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.), Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1991, S. 84–107; Marcel Boldorf, Brüche oder Kontinuitäten? Von der Entnazifizierung zur Stalinisierung in der SBZ/DDR (1945–1952), in: Historische Zeitschrift 289 (2009), S. 287–323; Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953. Paderborn u. a. 2000.

291 Andreas Malycha, Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989. München 2014; Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hg.), Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme. Berlin 2011; Andreas Malycha/Peter Jochen Winters, Die SED. Geschichte einer deutschen Partei. München 2009.

292 Mario Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989. Paderborn u. a. 2007; Christoph Boyer, »Die Kader entscheiden alles ...« Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und der frühen DDR (1945–1952). 2. Aufl. Dresden 1997 [1996]; Mario Niemann (Hg.), SED-Kader. Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon der

3. PERSPEKTIVEN

Der vorstehende Überblick weist einen erheblichen Wissenszuwachs über die Rolle zentraler Behörden im NS-Herrschaftssystem und über den Umgang ihrer postdiktatorischen Nachfolgeeinrichtungen mit der NS-Vergangenheit aus. Trotz einzelner Spezialstudien sind bislang nur wenige allgemeine Institutionengeschichten von Behörden, Parlamenten und anderen staatlichen Einrichtungen und Gremien im Nationalsozialismus, in der Bundesrepublik und der DDR entstanden, die NS-Bezüge in der Nachkriegszeit thematisieren.

Von ihrer Struktur her sind die unterschiedlichen Forschungsprojekte des ungeachtet ausgesprochen heterogen. Dies betrifft sowohl die Organisationsform (nach Auftrags- oder Zuwendungsrecht bzw. als Ressortforschung), die finanzielle Ausstattung (mit einer Spannweite von 25.000 bis 3,9 Millionen Euro), die personelle Ausstattung (einzelne Historiker neben teils großen Forscherteams) wie auch die personelle Zusammensetzung (etablierte Historikerinnen und Historiker als Autorinnen und Autoren oder professorale Historikerkommissionen, die Arbeiten Dritter betreuen). Nicht minder unterscheiden sie sich in ihren Gegenständen, Fragestellungen und Untersuchungszeiträumen, aber auch in ihrer konzeptionellen Anlage, ihren methodischen Zugriffen und der grundlegenden Forschungs- und Quellenlage.

So befassen sich einige Projekte ausschließlich mit der Zeit vor 1945, andere setzen erst nach 1945 an und greifen bis in die 1970er oder in die frühen 1980er Jahre aus, weitere gehen zäsurübergreifend vor. Nur ganz selten wird auch die DDR miteinbezogen. Lediglich ein Projekt spannt den Bogen von der Zeit vor dem Nationalsozialismus bis zur deutschen Vereinigung, von 1917 bis 1990. Entsprechend der unterschiedlichen Forschungsstrukturen, Konzepte und Zugriffe wurden bzw. werden unterschiedliche Formen der Ergebnispräsentation gewählt. Sieht man von nicht zur Veröffentlichung vorgesehenen Vorstudien und einem im Internet als Manuskript publizierten Gutachten ab, sind dies neben institutionengeschichtlichen monografischen Gesamtdarstellungen vor allem Aufsätze, Sammelbände und Publikationsreihen mehrerer selbstständiger Studien zu Teilaspekten und Detailfragen.

Sekretäre der Landes- und Bezirksleitungen, der Ministerpräsidenten und der Vorsitzenden der Räte der Bezirke 1946 bis 1989. Paderborn u. a. 2010; Harry Waibel, Diener vieler Herren. Ehemalige NS-Funktionäre in der SBZ/DDR. Frankfurt a. M. u. a. 2011.

Nur ein Teil der Forschungsprojekte untersucht die Rolle von Behörden und ihrem Personal im NS-Staat. Die Mehrzahl der in dieser Studie erfassten Projekte geht hingegen der Frage nach, wie die nationalsozialistische Diktatur in der Bundesrepublik, insbesondere in personeller und sachlicher Hinsicht, fortwirkte und wie hiermit umgegangen wurde. Die Frage nach Übergängen und den vielschichtigen Kontinuitäten und Diskontinuitäten verbindet gleichwohl alle Projekte, auch wenn diese teils unterschiedliche Zäsuren – insbesondere die Jahre 1933 und 1945/49 – in den Mittelpunkt rücken.

Folgerungen für die zukünftige Forschung

Diese Vielgestaltigkeit der Forschungsprojekte ist zu einem hohen Grad durch die sehr unterschiedliche Größe der Behörden und ihren unterschiedlichen Stellenwert bedingt. Entsprechend wäre eine Standardisierung künftiger Forschungsvorhaben nicht sachdienlich. Sie wird von Vertretern der Wissenschaft auch einhellig abgelehnt. Dennoch können einige allgemeine Perspektiven aufgezeigt werden, die in Bezug auf die einschlägige Behördenforschung aus wissenschaftlicher Sicht sinnvoll und vielversprechend erscheinen. Dabei ist nicht nur zu diskutieren, welche Behörde untersucht werden, sondern wie dies geschehen sollte. Nicht das Streben nach institutioneller Totalität sollte im Vordergrund stehen, sondern die Qualität ertragversprechender Fragestellungen und neue exemplarische Perspektivierungen.

Dies ist zunächst hinsichtlich *zäsur- bzw. systemübergreifender, längerer Untersuchungszeiträume* und *vergleichender Ansätze* bei Forschungen zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Fall. Studien, die über die Zäsuren von 1933 und 1945/49 hinweg blicken, können besser behördenpezifische Wendepunkte ausmachen und das Ausmaß von Kontinuität und Diskontinuität eruieren, insbesondere hinsichtlich fortbestehender Konzepte und Praktiken, stabiler oder sich wandelnder Mentalitäten oder anderer subkutaner Prägungen. Eine solche Perspektive kann zugleich dem Trugschluss vorbeugen, sämtliche autoritär-obrigkeitsstaatlichen Elemente der Nachkriegszeit ausschließlich dem Nationalsozialismus zuzuschreiben und damit ältere Traditionslinien auszublenden.

In diesem Zusammenhang wäre das Augenmerk verstärkt auf die bislang *weitgehend unberücksichtigte DDR* zu richten. Hier wäre die Grundannahme zu prüfen, dass es einen kompromisslosen Bruch mit der NS-Vergangenheit gegeben habe. Zu untersuchen wäre beispiels-

weise, inwieweit der im Westen oft beschworene Rückgriff auf unersetzliche Fachleute auch in der SBZ/DDR eine prägende Rolle spielte. Ebenso wäre zu prüfen, inwieweit sich im Sozialismus Traditionen aus der Zeit vor 1945 oder vor 1933 in den Behörden fortsetzten. Dies würde zudem Hinweise zur Klärung der Fragen nach Verflechtungen in der Vergangenheitspolitik beider deutscher Staaten liefern. Nicht zuletzt ließe sich auch der Transformationsprozess nach 1990 hinsichtlich der allgemeinen Adaptions- und Integrationsfähigkeit von Beamten nach Systemwechseln befragen und in Beziehung zu denjenigen von 1933 und 1945/49 setzen.

Eine weitere bedenkenswerte Perspektive wäre, die Forschung künftig weniger institutionell am Raster von Behörden, Zuständigkeiten und Geschäftsbereichen auszurichten, sondern *stärker und umfassender thematisch voranzutreiben* und sich etwa übergreifend an Themen wie »Vertreibung«, »Recht« oder »Forschung« zu orientieren. Ohne auszuschließen, dass auch einzelne Ministerien oder Behörden sinnvollerweise den Kern so organisierter Untersuchungen bilden können, würde eine solche Ausweitung das Problem der Abgrenzung von Staat und Partei im Nationalsozialismus und in der DDR auflösen und stärker auf das diktaturtypische Geflecht aus staatlichen, nicht-staatlichen oder quasi-staatlichen Parteiinstitutionen und Akteuren hinlenken. Erleichtert würde auch die Untersuchung von Kontinuitäten zur Zeit vor 1933 und nach 1945, gerade wenn die ministerielle Zuständigkeit wechselte. Zudem könnten über den thematischen Zugang neben den Ministerien auch Verbände u. ä. integriert werden. Und schließlich würden sich die teils kaum zu klärenden Fragen nach Vorgänger- und Nachfolgeinstitutionen und Pendants zwischen Deutschem Reich, Bundesrepublik und DDR forschungspraktisch weitgehend auflösen.

Generell wären *horizontal-institutionenübergreifende Forschungsarbeiten* sinnvoll und vielversprechend. Solche Querschnittsstudien würden – je nach Anlage – in vielerlei Hinsicht neue Einblicke eröffnen: etwa als Kollektivbiografien von Ministern und Staatssekretären oder von Vertretern anderer Hierarchieebenen, als Geschichte der deutschen Eliten oder als vergleichende Analyse etwa der Personalpolitik in unterschiedlichen Behörden. Gerade in Hinsicht auf behördenübergreifende Netzwerke und Karrierewege bieten solche Ansätze großes Potential. Ein Nebeneffekt dieser weniger auf vollständige Erfassung und mehr auf exemplarische Untersuchung gerichteten Perspektive könnte sein, dass etwa Fehleinschätzungen bestimmter Verwaltungsvorgänge als für eine bestimmte Behörde spezifisch vorgebeugt würde. Denkbar wäre

auch, die Lebenswege von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedener Bundesbehörden nach 1945 zu analysieren, die sich oft auf diverse Ministerien verteilen und gerade bei NS-Belastungen vermutlich in Landesbehörden von Bundesländern führten, die größere Toleranz gegenüber NS-Belastungen walten ließen.

Sinnvoll erscheinen auch *vertikal angelegte Studien*, die nicht nur eine einzelne (und meist obere) Behörde in den Blick nehmen, sondern exemplarisch die nachgeordneten Stellen der verschiedenen Hierarchieebenen einbeziehen. Gerade unteren Behörden konnte durch ihren direkten Kontakt zur Bevölkerung, durch ihre Ermessensspielräume und ihre praktische Auslegung von Gesetzen mitunter eine größere und eigenständigere Bedeutung zukommen, als dies ihre Stellung in der Hierarchie vermuten ließe. Wie die Forschung bereits untermauert hat, waren in der frühen Bundesrepublik zudem gerade untere Behörden vielfach der Ort, an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgeordnet wurden, die in einer höher angesiedelten Behörde aufgrund ihrer NS-Belastung nicht verwendbar erschienen.

Weiterhin verspricht eine *exemplarische Ausweitung des Fokus* von Einrichtungen des Bundes auf diejenigen der Länder und Kommunen das Wissen um den staatlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit insgesamt zu erweitern. Zum einen, indem die Behörden und die Volksvertretungen der Länder und Kommunen verstärkt als eigenständige Forschungsgegenstände in den Blick rücken, zum anderen, indem der vielfältigen Bezüge und Verflechtungen Rechnung getragen und auch in Studien zu Bundeseinrichtungen die Landes- und Kommunalebene berücksichtigt wird. Ähnlich wie das politisch festgelegte Behördenraster nicht unhinterfragt den Rahmen von wissenschaftlichen Forschungsprojekten vorgeben sollte, sollte auch die Beschränkung entweder auf die Bundes-, Landes- oder Kommunalebene nicht von vornherein die Reichweite von Fragestellungen begrenzen.

Jenseits des Potentials, das sich in deutsch-deutscher Perspektive durch den (verstärkten) Einbezug der DDR eröffnen würde, scheinen auch *supranational vergleichende Ansätze* insbesondere mit denjenigen Ländern fruchtbringend zu sein, die vor 1945 faschistisch oder nationalsozialistisch beherrscht wurden – etwa Italien, Österreich und Vichy-Frankreich. Aber auch Vergleiche mit den Verwaltungen ehemals besetzter Länder bzw. der unter deutschem Einfluss stehenden Satellitenstaaten versprechen weitere Einblicke in den Umgang anderer Staaten mit Verwaltungsangehörigen, die als Kollaborateure des NS-Staates

fungierten. Bei Letzteren deuten die bisherigen Forschungsergebnisse auf eine deutlich rigidere Entlassungspraxis in Bezug auf die »Fachkräfte« hin, die mit dem NS-Regime kooperierten.

Unabhängig hiervon wiesen zahlreiche Vertreter von Behördenforschungsjekten an mehreren Stellen auf eine Reihe von Fragenkomplexen hin, auf die die zukünftige Forschung noch (präzise) Antworten zu finden hat.²⁹³ Vordringlich erscheint zunächst, den nur schwer fass- und definierbaren Begriff »NS-Belastung« genauer zu konturieren. So bedarf dringend der Klärung, welchen Wandel der Begriff in unterschiedlichen gesellschaftlichen und zeitlichen Kontexten genau erfährt, inwiefern er sich etwa auf die Täterschaft von NS-Verbrechen oder die bloße Mitgliedschaft in der NSDAP und ihrer Gliederungen bezog. Auch wären die konkreten Einflussmöglichkeiten und Handlungsspielräume von Beamten vergleichend zu diskutieren, ebenso, wie diese tatsächlich genutzt wurden.

Auf die Nachkriegszeit beziehen sich Fragen zu den Mechanismen, mit denen selbst schwer NS-belastete Personen sich in die beiden deutschen Gesellschaften integrierten bzw. integriert wurden und ob und, wenn ja, welche biografischen Transformationen und Lernprozesse sich dabei vollzogen. Die Kernfrage der meisten Forschungen lautet: Wie war es trotz der schweren NS-Hypothek möglich, dass sich im Westen Deutschlands in so rascher Zeit eine im Großen und Ganzen funktionierende, sich allmählich liberalisierende, stabile Demokratie entwickeln konnte? Spiegelbildlich wäre diese Frage auch für die DDR und für den dortigen Aufbau des Sozialismus und die Etablierung der SED-Herrschaft zu stellen.

Viele der hier aufgeworfenen Fragen verweisen auf eine vergleichende Ergebnisbildung aus einem engeren Austausch zwischen den Projekten und legen eine stärkere Netzwerkbildung etwa durch thematische Konferenzen nahe.

293 Vgl. etwa die Videoaufzeichnungen: Podiumsdiskussion »Quo vadis, zeitgeschichtliche Auftragsforschung?« vom 12. Januar 2012 (<http://www.zeitgeschichte-online.de/interview/podiumsdiskussion-quo-vadis-zeitgeschichtliche-auftragsforschung>); Expertenanhörung des Bundestags-Ausschusses für Kultur und Medien vom 29. Februar 2012 (<http://dbtg.tv/cvid/1581774>) oder die Abschlussdiskussion des 3. Rosenberg-Symposiums vom 8. Mai 2013 (<http://www.uwk-bmj.de/aufarbeiterkonferenz-der-uwk-und-der-kommissionen-weiterer-institutionen-8-mai-in-berlin.html>).

Kriterien zur Auswahl weiterer Forschungsobjekte

Da im Rahmen der hier zugrunde liegenden Fragestellung Konsens darüber besteht, dass nicht alle Behörden und staatlichen Einrichtungen erforscht werden können und sollen, stellt sich die Frage nach den Kriterien, die zukünftig die Beschäftigung mit der NS-Geschichte staatlicher Einrichtungen und des Nachkriegsumgangs mit ihr zu leiten vermögen. Für welche Behörden und/oder Politikbereiche ist nach heutigem Stand eine in die Tiefe gehende institutionelle Erforschung über das bereits Geleistete hinaus besonders lohnenswert? Um Prioritäten zu setzen, empfiehlt die vorliegende Expertise die Verständigung auf einen Minimalsatz von Auswahlkriterien, der folgende Aspekte enthält:

Zu bewerten ist an oberster Stelle die *politische und gesellschaftliche Relevanz* einer Behörde vor und nach 1945 bzw. der Stellenwert des durch sie abgedeckten Themen- und Politikfeldes für die Geschichte des Nationalsozialismus. Da beispielsweise ein Feld wie die Innere Sicherheit sowohl vor als auch nach 1945 eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung besaß, wird man etwa dem Bundesgrenzschutz eine höhere Relevanz zubilligen als der (auf derselben Hierarchieebene angesiedelten) Bundesanstalt für Gewässerkunde. Als ein weiteres Kriterium ist die *Größe einer Behörde bzw. ihres Geschäftsbereichs* anzusehen. Dem Bundesministerium der Verteidigung und der ihm unterstehenden Bundeswehr kann wohl bereits aufgrund der Zahl seiner Angehörigen eine andere Bedeutung zugesprochen werden als etwa dem 1969 aufgelösten Bundesschatzministerium.

Des Weiteren sollte die *Kontinuität und Diskontinuität* einer Institution über die Zäsur von 1945 hinaus als ein wesentliches Kriterium gelten, um Forschungsprioritäten zu formulieren. Als nachrangig kann unter dieser Bedingung die Erforschung von Behörden gelten, die auf keine direkten Vorläuferinstitutionen während des Nationalsozialismus zurückblicken können, etwa weil sich deren Zuständigkeitsbereich erst nach 1945 konstituierte – zu denken wäre etwa an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Zudem stellt auch der feststellbare *Grad der NS-Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter* ein wichtiges Einstufungskriterium dar, der etwa im Bereich der Inneren Sicherheit eine stärkere Teilhabe an Repression und NS-Gewaltverbrechen vermuten lässt als etwa im Bereich des staatlichen Archivwesens.

Schließlich sollten der *bisherige Forschungsstand* und der *zu erwartende Erkenntnisfortschritt* in Überlegungen zu weiteren Forschungsprojekten miteinbezogen werden. So sind von der nun erstmalig stattgefundenen bzw. stattfindenden historiografisch fundierten Untersuchung der bundesdeutschen Geheimdienste ungleich mehr neue Ergebnisse zu erwarten als etwa von einer weiteren Studie zum bereits gut beleuchteten militärischen Personal der frühen Bundeswehr. Auch der *Umfang und die Aussagekraft der vorhandenen Quellen* haben als zentrales Kriterium zu gelten. Nicht zuletzt sollte berücksichtigt werden, inwiefern eine Behörde über *exemplarischen Charakter* verfügt und damit ermöglicht, Ergebnisse auch auf andere staatliche Institutionen zu übertragen, wobei das Ertragskriterium sowohl auf das entsprechende Politik- und Themenfeld (beispielsweise »Finanzen«) als auch auf organisatorische und strukturelle Merkmale (etwa hinsichtlich des Mitarbeiterstamms oder der Stellung einer Behörde) bezogen sein kann.

Es wäre allerdings eine Illusion zu glauben, dass die genannten Auswahlkriterien zu einer eindeutigen Eingrenzung des Forschungsfeldes führen können. Beispielsweise kann die Bedeutung einer Behörde nicht als objektiv gegebenes Merkmal gesehen werden, sondern als eine stetigem Wandel unterworfenen Zuschreibung, die mitunter erst zu ermitteln ist. Auch sagt diese zugeschriebene Bedeutung und die Größe einer Institution nicht zwangsläufig etwas über das Erkenntnispotential aus – dieses hängt in erster Linie von der verfolgten Fragestellung und dem damit verbundenen Erkenntnisinteresse ab, und auch hier sind beide zeitgebunden. Bereits angedeutet wurde, dass lokale Studien etwa zu unteren Behörden wissenschaftlich durchaus relevanter sein können als auf die Organisationsstruktur fokussierte Institutionengeschichten ganzer Ministerien. Gerade nachgeordnete und kleine Behörden, die auf den ersten Blick kaum relevant erscheinen, können sich bei näherer Untersuchung und bei entsprechender Befragung als sehr bedeutsam erweisen.

Auch scheinbar klare Kriterien wie die Kontinuität oder Diskontinuität einer Institution sind häufig nur formal zu fassen, und nicht einmal der vermutete NS-Belastungsgrad von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stellt ein trennscharfes Kriterium bereit, waren derartige Belastungen doch auf allen Ebenen sowohl bei hochspezialisierten Funktionsebenen als auch bei Schreibkräften in Behörden aller Hierarchieebenen anzutreffen. Ambivalente Indikatoren sind auch der zu bestimmende Forschungsstand und die Quellenlage, zu deren zuverlässi-

ger Eruierung in der Regel eingehende Vorstudien nötig sind, wobei hier die triviale Feststellung zu wiederholen ist, dass die Aussagekraft von Quellen je nach Fragestellung und Forschungsmethodik erheblich variieren kann.

Desiderate

Für die Behörden und staatlichen Organe, die in der vorstehenden Bestandsaufnahme dargestellt und unter Einbezug der angeführten Kriterien für diese Darstellung ausgewählt wurden, lassen sich erste Aussagen zu Forschungsdesideraten treffen. Hierbei ist jedoch zu betonen, dass es sich im Rahmen der vorliegenden Studie nur um die Benennung von Tendenzen handeln kann, die vertiefender und präzisierender Recherchen bedürfen. Ebenso ist darauf hinzuweisen, dass lohnenswerte institutionenübergreifende Fragestellungen hier nicht benannt werden können; diese wären erst im Rahmen einer konkreten Forschungskonzeption zu entwickeln.

Das größte Desiderat bildet sicherlich das Bundeskanzleramt als die zentrale Schaltstelle der Bundesregierung. Gerade seine Personalpolitik lässt bislang – auch über die Causa Globke hinaus – zahlreiche Fragen offen. Trotz seiner großen Bedeutung nur in Teilen erforscht ist auch das Bundespresseamt. Eine weitere Forschungslücke stellt der Deutsche Bundestag dar. Hier wäre jenseits quantitativer Analysen personeller NS-Belastungen von Abgeordneten auch deren unmittelbares Umfeld einzubeziehen, etwa in Bezug auf ausgewählte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Leitungsfunktionen.

Wichtige Desiderate bilden weiterhin der zivile Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung und die Frühgeschichte des Bundesministeriums der Finanzen. Personelle Kontinuitäten und NS-Belastungen stellen hinsichtlich des Bundesministeriums für Verkehr und des Bundesministeriums für Wohnungswesen und Städtebau Forschungslücken dar; auch das laufende Forschungsprojekt zum Reichsarbeitsministerium wird diesen Aspekt für das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung nach bisheriger Konzeption nur in geringem Umfang untersuchen. Große Lücken bestehen zudem für die Bundesbank und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für die Kontinuitätslinien bislang nicht systematisch erforscht wurden. Bei Letzterem bleibt jedoch abzuwarten, welche Schwerpunkte die vor wenigen Wochen angekündigte Historikerkommission setzen wird.

Angesichts der NS-Belastung vieler Mediziner wäre insbesondere die Geschichte des Robert Koch-Instituts nach 1945 näher zu untersuchen.

Vergleichsweise große Forschungsdesiderate bestehen hinsichtlich der DDR. So fehlen umfassende Studien sowohl für die Abgeordneten der Volkskammer, die Mitglieder des Zentralkomitees der SED und die meisten der betrachteten Ministerien. Relevant wären hier etwa das kaum bearbeitete Ministerium der Finanzen, aber auch das Ministerium für Kultur, in etwas geringerem Maße die Ressorts Gesundheit und Volksbildung, und auch die Wirtschafts- und Industrieministerien sind noch weithin unerforscht, wobei Letztere schon aufgrund ihrer großen Zahl und wechselnden Organisationsform mehr als Block und weniger als Einzelinstitutionen zu betrachten wären.

Jenseits dieser, auf Grundlage der vorliegenden Bestandsaufnahme benannten Desiderate sind noch weitere einschlägige Institutionen und Organisationen anzuführen, die der Erforschung harren und lohnende Erkenntnisfortschritte erwarten lassen. Neben bestimmten Reichsbehörden, die keine unmittelbare Nachfolger in der Bundesrepublik und der DDR fanden – etwa das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda – gilt dies besonders für den Bereich des Rechtswesens. Zu untersuchen wären neben dem Bundesverfassungsgericht auch die Bundesgerichte, insbesondere der Bundesgerichtshof. Des Weiteren wären reichs- bzw. bundeseigene Unternehmen wie die Bundespost oder die Bundesbahn und ihre DDR-Gegenstücke Deutsche Post und Reichsbahn zu nennen, die sich in der NS-Zeit ebenfalls an Überwachungen, Verfolgungen und Deportationen beteiligten.

Aber auch staatliche und staatlich finanzierte (oder zumindest bezuschusste) Einrichtungen wie der bundesdeutsche öffentlich-rechtliche Rundfunk bzw. der staatliche Rundfunk der DDR sind noch nicht umfassend auf etwaige NS-Belastungen untersucht worden. Weiterhin wären Arbeiten zu öffentlich-rechtlichen Organisationen mit verpflichtender Mitgliedschaft wie den Industrie- und Handelskammern sinnvoll. Lohnenswert erscheinen nicht zuletzt Studien zur Frühgeschichte der bundesdeutschen Parteien und ihrer Mitglieder.

Es ist weder zu erwarten noch zu wünschen, dass aus diesem Bedarfskatalog erwachsende Projekte regelmäßig von den betreffenden Institutionen und Organisationen selbst zu finanzieren wären. Entscheidend ist vielmehr, dass sie einen freien Zugang zu den relevanten Akten gewähren und so Anreize für die Wissenschaft schaffen, selbst tätig zu werden.

4. SCHLUSSBETRACHTUNG

Aufarbeitungs- und Forschungsinteressen

Seitdem im Jahr 2005 das Auswärtige Amt eine Historikerkommission zur Untersuchung der eigenen NS-Vergangenheit und des Umgangs hiermit in der Nachkriegszeit berief, erlebt die Erforschung der nationalsozialistischen Herrschaft und ihrer Folgen für die Bundesrepublik und die DDR eine neue Konjunktur.²⁹⁴ Behörden und Parlamente setzen damit einen Trend fort, der bereits Ende der 1980er Jahre begann. Damals entstanden erste Einzelstudien, zudem begannen private Wirtschaftsunternehmen, ihre Vergangenheit von renommierten Historikern erforschen zu lassen. In den 1990er und 2000er Jahren folgten auch halbstaatliche Einrichtungen und Körperschaften in unterschiedlicher Trägerschaft, darunter Wissenschaftsorganisationen und -institutionen sowie unterschiedliche Vereine und Verbände.

Die mittlerweile in großer Zahl von Behörden in Auftrag gegebenen und finanziell unterstützten zeithistorischen Forschungsprojekte füllen einerseits nach wie vor bestehende Forschungs- bzw. Wissenslücken zur Rolle von Institutionen im NS-Staat und deren Nachfolgeinstitutionen nach 1945 in West und Ost. Andererseits vermitteln sie unter dem Begriff »Aufarbeitung« die Botschaft, dass nicht nur der deutsche Staat als Abstraktum, sondern auch einzelne Behörden im Konkreten Verantwortung für die eigene Vergangenheit und die Handlungen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen und aus dem heutigen Abstand von zwei und mehr Generationen auch zu übernehmen bereit sind – sowohl in Bezug auf die NS-Zeit als auch hinsichtlich der als ungenügend bewerteten Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit in der Nachkriegszeit.

Eine so verstandene Aufarbeitung ist also nicht alleine oder auch nur primär Teil der innerfachlichen Ausdifferenzierung und Weiterentwicklung; sie stellt mindestens ebenso stark eine geschichtspolitische Standortbestimmung dar, die das Selbstverständnis des deutschen Staats und der Gesellschaft berührt. Hierfür bedienen sich die Behörden und staatlichen Einrichtungen der Expertise der Wissenschaft, die das Aufarbeitungsinteresse jenseits politischer Erwägungen vor allem als Möglichkeit begrreift, Forschungslücken zu schließen und vorhandenes Wis-

sen zu vertiefen. Auch wenn sich die Ziele der Aufarbeitung und der Forschung teils überschneiden, sie mitunter voneinander abhängig und die Grenzen zwischen ihnen nicht immer klar zu ziehen sind – beide Seiten folgen unterschiedlichen Logiken. Das moralische Bekenntnis der Aufarbeitung ist nicht mit der methodisch kontrollierten Erkenntnis der Forschung in eins zu setzen, das Gebot des bestätigenden Erinnerns nicht mit der wissenschaftlichen Tugend der kritischen Infragestellung.²⁹⁵

Unterschiedliche Fluchtpunkte von Aufarbeitung und Forschung zeigen sich nicht zuletzt auch in der Tendenz, dass zunehmend neben nachgeordneten Behörden der Bundesebene auch Institutionen und Parlamente der Länder und Kommunen Forschungsprojekte auf den Weg bringen. Während bei diesen das Interesse besteht, ausschließlich ihre eigene, jeweils klar von anderen Einrichtungen abzugrenzende Geschichte immer kleinteiliger erforschen zu lassen, wird auf Seiten der Wissenschaft in steigendem Maße auf die Notwendigkeit hingewiesen, zu allgemeineren und übergreifenden Aussagen hinsichtlich der Nachkriegsentwicklung in beiden deutschen Staaten zu gelangen, da die in abnehmendem Maße über die konkret untersuchte Institution hinausreichenden Ergebnisse mehr und mehr an wissenschaftlicher Relevanz verlieren.

Die vorliegende Studie versteht sich auch als Hinweis darauf, wie sich beide Positionen und Interessenlagen einander annähern könnten, ohne ihre strukturellen Differenzen zu verwischen. Einerseits durch die Benennung von Forschungsperspektiven jenseits des vorgegebenen Behördenrasters, andererseits durch die Entwicklung von Kriterien zur Abwägung, welche Behörden als künftige Forschungsobjekte besonders lohnenswert erscheinen. Dabei ist jedoch zu betonen: Kein Auswahlkriterium vermag eine gültige Hierarchie »wichtiger« oder »unwichtiger« Behörden zu begründen, auch hier folgt die Relevanz eines Untersuchungsgegenstandes stets der Fragestellung und dem Erkenntnisinteresse, das die Untersuchung leitet. Die hier vorgeschlagenen Kriterien stellen lediglich eine erste Orientierungshilfe in dem weiten Feld staatlicher Institutionen dar, die für die Erforschung ihrer NS-Vergangenheit nach gegenwärtigem Kenntnisstand und gegenwärtiger Interessenlage besonders in Frage kommen.

295 Vgl. Martin Sabrow, Das Unbehagen an der Aufarbeitung. Zur Engführung von Wissenschaft, Moral und Politik in der Zeitgeschichte, in: Thomas Schaarschmidt (Hg.), Historisches Erinnern und Gedenken im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 2008, S. 11–20.

294 Vgl. Andreas Wirsching, Zur aktuellen Situation der »Aufarbeitung der NS-Zeit«, in: Südosteuropa Mitteilungen 54 (2014), 4, S. 16–27.

Fortgang der Forschung

Dass eine flächendeckende Erforschung sämtlicher Institutionen der Bundesrepublik und der DDR auf allen Hierarchieebenen weder umsetzbar noch zielführend ist, ist ein Gemeinplatz. Hinsichtlich ihres Erkenntniswerts als gleichermaßen fragwürdig muss eine rein quantitative Erfassung von NS-Belasteten – wie auch immer man diese Gruppe definieren mag – gelten, sofern sie nicht als empirische Datengrundlage für weitergehende Studien dient, sondern scheinbar selbstevidente Aussagen produzieren soll. Schematische, standardisierte Fragestellungen und Vorgehensweisen dieses Typs sind aus wissenschaftlicher Sicht als überwiegend unfruchtbar zu betrachten; der Aufwand steht hier in der Regel in keinem legitimen Verhältnis zum zu erwartenden Ergebnis.

Dagegen trugen die bereits vorliegenden Ergebnisse der Behördenforschung in erheblichem Maße dazu bei, das Wissen über die nationalsozialistische Herrschaft, besonders am Schnittpunkt von Verwaltung, Gesellschaft und Ideologie, und deren Folgen für die neugegründete Bundesrepublik und die DDR zu erweitern – und dies wird auch für die momentan noch in Bearbeitung befindlichen Studien gelten. Das ist zum einen darin begründet, dass die Forschung in vielen Fällen erstmals bislang unzugängliche Quellen auswerten kann und in die Lage versetzt wird, Pionierstudien insbesondere zu den Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden zu erarbeiten. Zum anderen ermöglichen die Forschungsprojekte im Rahmen eines Gesamtkonzepts aufeinander abgestimmte Einzelstudien über eine bestimmte Institution, die so von Synergieeffekten erheblich profitieren konnten und können. Nicht zuletzt lenkten die Projekte neue Aufmerksamkeit auf das von der Historiografie in Teilen vernachlässigte Feld der Institutionen- und Organisationsgeschichte.

Trotz dieser positiven Entwicklung, die durch die Behördenforschung möglich wurde, ist zu problematisieren, wie und mit welchen Gegenständen die Forschung grundsätzlich fortschreiten sollte. Die augenblickliche und primär durch die geldgebenden Institutionen und deren jeweilige Interessen bestimmte Tendenz, additiv vorzugehen, sich also Behörde um Behörde durch alle Hierarchien und Abteilungen durchzuarbeiten, kann kein erstrebenswertes Vorgehen sein. Nicht jede Behörde ist allein deswegen zu erforschen, weil dies bislang noch nicht geschehen ist und nun finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

So wenig einer bestimmten Institution das Interesse an ihrer eigenen, speziellen NS-Vergangenheit und die Berechtigung ihrer Er-

forschung abgesprochen werden darf, so sehr ist doch auch darauf hinzuweisen, dass aus geschichtswissenschaftlicher Sicht andere Prioritäten zu setzen wären. Dies beginnt bereits bei der historischen Perspektive, die weniger von den heute bestehenden Institutionen als vielmehr von den in einem bestimmten Zeitraum existierenden und gegebenenfalls später aufgelösten Behörden ausgeht, die keine Nachfolgeeinrichtung fanden – allen voran die Institutionen der DDR, ebenso aber diejenigen der Bundesrepublik und des NS-Staats. Angesichts der in weiten Teilen unerforschten Geschichte der DDR-Institutionen scheint es den Verfassern dieser Studie lohnend, hier einen Schwerpunkt zu setzen und das Potential des deutsch-deutschen Vergleichs im Interesse einer integrierten Geschichte des geteilten Deutschland zwischen 1945 und 1990 zu nutzen.

Vielversprechend erscheinen des Weiteren insbesondere Untersuchungen exemplarischer Institutionen, Querschnittsarbeiten und Untersuchungen von ganzen Politik- und Problemfeldern, die nicht an Institutionen- und Ressortgrenzen auszurichten wären, sondern vielmehr übergreifende Gegenstände und Fragestellungen in den Blick nähmen. In der Folge wäre auch der verstärkte Einbezug der Landes- und Kommunalebene in Arbeiten zu Bundesinstitutionen zu befürworten. Aber auch eigenständige exemplarische Studien unterhalb der Bundesebene bergen noch erhebliches, bisher unerschlossenes Potential, wie die seit jüngerer Zeit in Angriff genommenen Forschungsprojekte zu Landesparlamenten²⁹⁶ und -behörden,²⁹⁷ zu Kommunal-

296 Seit 2009 fanden bzw. finden in Niedersachsen, Hessen, Bremen und Schleswig-Holstein unterschiedlich gelagerte, von den Parlamenten unterstützte Projekte statt, vgl. hierzu: S. 68f.

297 Seit Anfang 2014 wird durch eine vom Land Baden-Württemberg berufene Historikerkommission, der Frank Engehausen, Christiane Kuller, Sylvia Paletschek, Edgar Wolfrum, Wolfram Pyta und Joachim Scholtyseck angehören, die »Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus« im Rahmen eines dreijährigen Projekts erforscht. Auch für bayerische Ministerien und Behörden wurde aufgrund eines 2013 erfolgten Landtagsbeschlusses ein großangelegtes Forschungsvorhaben zu personellen und institutionellen NS-Bezügen durch das IfZ entwickelt, zu dem sich bereits eine Historikerkommission aus Sabine Freitag, Bernhard Löffler, Georg Seiderer und Margit Szöllösi-Janze konstituierte. Über dessen Beginn wurde politisch bislang noch nicht entschieden.

verwaltungen²⁹⁸ bis hin zu biografischen Studien von Oberbürgermeistern zeigen.²⁹⁹

Auftragsforschung und Rahmenbedingungen

Neben dem komplexen Verhältnis der zwei Systeme Aufarbeitung und Forschung, innerhalb dessen sich die aktuelle Konjunktur der Behördenforschung vollzieht, bildet insbesondere die Form der direkten Finanzierung durch die zu erforschenden Institutionen ein diskussionsbedürftiges Thema, das mit dem oft negativ konnotierten Wort »Auftragsforschung« verbunden ist. Auch wenn der gelegentlich erhobene Vorwurf der unwissenschaftlichen Hofgeschichtsschreibung und distanzlosen Hagiografie zumeist auf populäre Genres im Bereich der Unternehmensgeschichte beschränkt ist, zieht jene spezielle Form der Forschungsfinanzierung grundsätzliche fachliche Konsequenzen nach sich.

So wird in der Fachwelt seit einigen Jahren verstärkt über die Chancen und Risiken der Auftragsforschung und über deren Auswirkungen auf die Geschichtswissenschaft diskutiert. Neben einhellig positiv bewerteten Aspekten – etwa, dass solche Forschungsprojekte überhaupt erst den Zugang zu bislang versperrten Quellenbeständen ermöglichten und Forschungslücken schlossen – haben sich mit Recht auch kritische Stimmen Gehör verschafft. Neben grundsätzlichen Bedenken angesichts der Nähe von Politik und Wissenschaft bei solchen Projekten und ihrer Einbindung in die Imagepflege der Institutionen wird auch genannt, dass Forschungsprojekte oft nicht etwa durch kom-

petitive Verfahren, sondern auf dem Wege der Berufung vergeben werden. Auch wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass die große Zahl strukturell ähnlich gelagerter Auftragsprojekte den Gang der Forschung wissenschaftsexternen Interessenlagen aussetzt, die konventionelle Perspektiven stärkt und methodische Innovationen bremst: Auftragsforschung ist strukturell konservativ; sie entwickelt sich in einem öffentlich akzeptierten Denkraum, statt ihn wissenschaftlich neu zu befragen.³⁰⁰

Um solchen und ähnlichen Einwänden in angemessener Weise zu begegnen, wären die sich teils deutlich voneinander unterscheidenden Organisationsformen der Behördenforschung und die durch sie vorgegebenen Rahmenbedingungen stärker in den Blick zu nehmen. Das betrifft beispielsweise die Verfahren, nach denen Historikerinnen und Historiker für die Bearbeitung eines Projekts ausgewählt werden. Diese reichen von öffentlichen Ausschreibungen bis hin zur »freihändigen« Auftragsvergabe an Forschungsinstitute oder an Historikerkommissionen, die von den Behörden selbst zusammengestellt wurden. Abzuwägen wäre hier etwa die durch Ausschreibungen prinzipiell ermöglichte und nötige Transparenz gegen den zu vermeidenden Nebeneffekt, dass aus haushaltsrechtlichen Gründen das kostengünstigste und nicht das substantiell beste Angebot den Zuschlag erhalten könnte.

Weiterhin ist dafür Sorge zu tragen, dass die inhaltliche Ausgestaltung eines Forschungsprojekts und die Entwicklung der konkreten Fragestellung stets und ausschließlich in den Händen der beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler liegen. Ein eng gefasster

298 So beschloss beispielsweise der Münchner Stadtrat die Förderung des Forschungsprojekts »Die Münchner Stadtverwaltung im NS«. Beauftragt mit der Durchführung des seit 2009 laufenden mehrstufigen Projekts ist der Lehrstuhl für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München von Hans Günter Hockerts bzw. seit 2010 von Margit Szöllösi-Janze. In ähnlicher Weise beschloss der Rat der Stadt Münster das auf drei Jahre angelegte Forschungsprojekt »Die Stadtverwaltung Münster in der NS-Zeit«, das seit Mitte 2014 unter der Leitung von Thomas Großbölting bearbeitet wird und das deren Geschichte von der Weimarer Republik bis in 1970er Jahre zum Gegenstand hat.

299 Vgl. etwa: Sabine Schneider/Eckart Conze/Jens Flemming/Dietfrid Krause-Vilmar, *Vergangenheiten. Die Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen, Branner und der Nationalsozialismus*. Marburg 2015; zum ehemaligen Oberbürgermeister von Rüsselsheim: Sabine Kühn, *Walter Köbel (1918–1965) und der Nationalsozialismus. Eine biographische Annäherung*. Rüsselsheim 2013.

300 Vgl. Frank Bajohr/Johannes Hürter, *Auftragsforschung »NS-Belastung«. Bemerkungen zu einer Konjunktur*, in: Frank Bajohr/Anselm Doering-Manteuffel/Claudia Kemper/Detlef Siegfried (Hg.), *Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik*. Festschrift für Axel Schildt. [Voraus. 2016]; Neil Gregor, *History to Order? Commissioned Research, Contained Pluralism and the Limits of Criticism*, in: *Zeitgeschichte-online*, Dezember 2012, <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/history-order>; Christian Mentel, *Das 3. Rosenberg-Symposium. Stand und Perspektiven der Forschung zur NS-Vergangenheit von Ministerien und Behörden*, in: *Zeitgeschichte-online*, Dezember 2013, <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/das-3-rosenburg-symposium>; Christian Mentel, »Quo vadis, zeitgeschichtliche Auftragsforschung?« Bericht über die Podiumsdiskussion des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam am 12. Januar 2012, in: *Zeitgeschichte-online*, März 2012, <http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/berichte-quo-vadis-zeitgeschichtliche-auftragsforschung>. Vgl. auch die Diskussion zwischen Christoph Cornelißen und Moshe Zimmermann in: *Jahrbuch für Politik und Geschichte* 3 (2012), S. 201–217.

Forschungsauftrag oder gar eine Vereinheitlichung von Fragestellungen und Ansätzen innerhalb eines staatlichen Gesamtkonzepts wären mit der Freiheit der Wissenschaft und einem ergebnisoffenen Forschungsprozess nicht in Übereinstimmung zu bringen.

Als Standard sollte des Weiteren gelten, dass die zu publizierenden Ergebnisse der Behördenforschungsprojekte nicht als »amtliche« Geschichtswerke apostrophiert werden, mit denen der Prozess der Aufarbeitung bzw. Erforschung der NS-Vergangenheit einer Institution abgeschlossen sei. Andere Historiker stellen andere Fragen an den Gegenstand und verfolgen andere Forschungsinteressen, die nicht weniger berechtigt und relevant sind. Schon aus diesem Grund ist ein exklusiver Quellenzugang für die Forscherinnen und Forscher behördlich unterstützter Projekte ein grundsätzlich nicht hinnehmbarer Verstoß gegen die fachlichen Standards. Wo inhaltliche Aussagen und die zugrundeliegenden Quellen nicht überprüfbar sind, ist eine Grundbedingung wissenschaftlichen Arbeitens verletzt.

Um einem zentralen Kritikpunkt an der Auftragsforschung zu begegnen, muss die Forderung erhoben werden, Archivalien, die noch hausintern verwahrt werden und nicht verzeichnet sind, den fachlichen Maßstäben entsprechend zu erschließen, in öffentliche Archive zu überführen und damit deren allgemeine Zugänglichkeit herzustellen und dauerhaft zu sichern. Solche Schritte zu mehr Transparenz, ebenso wie die in vielen Fällen überfällige Freigabe von zugangsbeschränkten Verlussachen für sämtliche Forscherinnen und Forscher, allen voran für noch nicht arrivierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, würden im Übrigen unabhängige Forschung anregen, ohne dass dies von Seiten der Behörden durch Auftragsvergabe finanziert werden müsste.

Nicht zuletzt wäre die Form der Finanzierung zu thematisieren. Grundsätzlich gilt, dass eine indirekte Finanzierung von Forschungsprojekten über innerfachliche Vergabeformen einer direkten durch behördliche Beauftragung überlegen ist. Zum einen verursachen allzu enge, über Vorgaben wie beispielsweise diejenigen der DFG hinausgehende haushälterische Berichtspflichten einen unverhältnismäßig hohen administrativen Aufwand. Zum anderen besitzt eine direkte Finanzierung einen stärker forschungslenkenden Effekt und stellt angesichts der Konkurrenz um Drittmittel und der allgemeinen Bedingungen im akademischen Betrieb eine nicht zu unterschätzende Einflussnahme dar, der die Geschichtswissenschaft reserviert gegenüberstehen muss.

Die Zeitgeschichte lebt von der auch öffentlich verfolgten Auseinandersetzung mit einer Geschichte, die – mit den Worten Barbara Tuchmans – »noch qualmt«. ³⁰¹ Zugleich aber muss sie sich davor hüten, zunehmend zu einem »Aufarbeitungs-Dienstleister« zu werden, der Aufträge übernimmt, die aus wissenschaftlicher Perspektive unergiebig sind. Wenn diese unterschiedlichen Logiken von fachlicher Forschung und behördlicher Aufarbeitung respektiert bleiben, wird die Zeitgeschichte von dem gegenwärtigen Interesse am Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nach 1945 in der Bundesrepublik und der DDR auch weiterhin erheblich profitieren.

301 Barbara Tuchman, Wann ereignet sich Geschichte? [1964], in: Barbara Tuchman, In Geschichte denken. Essays. 3. Aufl. Frankfurt a. M. 1992 [1982, engl. 1981], S. 31–39.

ANHANG

Anfragen

Die Verfasser baten Ende Juni 2015 die im Folgenden angeführten Obersten Bundesbehörden und Verfassungsorgane, ergänzend Mitte August 2015 die ebenfalls genannten Bundesgerichte und den Generalbundesanwalt um Auskunft zu bereits abgeschlossenen, aktuellen oder geplanten Aufarbeitungsmaßnahmen in Bezug auf die NS-Vergangenheit in ihrem jeweiligen Geschäftsbereich:

Auswärtiges Amt (AA)

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)

Bundesarbeitsgericht (BAG)

Bundesbank (BBk)

Bundesfinanzhof (BFH)

Bundesgerichtshof (BGH)

Bundeskanzleramt (BKAm)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ)

Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

Bundesministerium des Innern (BMI)

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ)

Bundespräsidialamt (BPrA)

Bundesrat (BR)

Bundesrechnungshof (BRH)

Bundessozialgericht (BSG)

Bundesverfassungsgericht (BVerfG)

Bundesverwaltungsgericht (BVerwG)

Deutscher Bundestag (BT)

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (GBA)

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA)

Hintergrundgespräche

Die Verfasser führten zwischen Ende Juli und Anfang Oktober 2015 arbeitsteilig leitfadengestützte Hintergrundgespräche mit folgenden Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern zu deren Forschungsprojekten hinsichtlich der jeweils angegebenen Institutionen:

Prof. Dr. Frank Bösch/Prof. Dr. Andreas Wirsching (BMI und Mdi)

Prof. Dr. Eckart Conze (AA)

Prof. Dr. Andreas Dornheim (BML)

Frank Drauschke M. A./Beate Schreiber M. A. (BRH)

Prof. Dr. Michael Epkenhans (BMVg und MfNV)

Prof. Dr. Constantin Gschler/Prof. Dr. Michael Wala (BfV)

Prof. Dr. Manfred Görtemaker (BMJ)

Dr. Alfred Gottwaldt † (BMV)

Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke (BND)

Dr. Annette Hinz-Wessels/PD Dr. Thomas Beddies (RKI)

Dr. Helge Heidemeyer (MFS)

Prof. Dr. Dierk Hoffmann (BMWwi)

Prof. Dr. Dieter Hoffmann (PTB)

Prof. Dr. Alexander Nützenadel/Dr. Martin Münzel (BMA)

Prof. Dr. Thomas Raitzel (BMwF)

Prof. Dr. Andreas Schulz (BT und VK)

Prof. Dr. Hans-Peter Ullmann (BMF)

Prof. Dr. Patrick Wagner (BKA)

Dr. Peter Ulrich Weiß (BArch)

Ergänzend fand Ende September 2015 ein ausführliches Gespräch mit Generalbundesanwältin a. D. Prof. Monika Harms zu dem von ihr angeregten Projekt zu den Bundesgerichten und der Bundesanwaltschaft statt. Ebenso wurde Anfang Oktober 2015 ein Gespräch mit PD Dr. Günther Luxbacher hinsichtlich der von ihm erstellten Vorstudie für die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung geführt.

Übersicht über alle aktuellen und abgeschlossenen
Projekte zu Obersten Bundesbehörden,
Bundesoberbehörden sowie ihrer Gegenstücke in der
DDR in Bezug auf die NS-Vergangenheit

Projekt/Thema	Auftraggeberin, Auftraggeber/ Zuwenderin, Zuwender	Historikerkommission/ Projektleiterinnen, Projektleiter/ Autorinnen, Autoren	Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, Wissen- schaftliche Mitarbeiter/ Autorinnen, Autoren	Laufzeit
Geschichte des Auswärtigen Dienstes in der Zeit des Nationalsozialismus, der Umgang mit dieser Vergangenheit nach der Wiedegründung des Auswärtigen Amtes 1951 und die Frage personeller Kontinuität bzw. Diskontinuität nach 1945	Auswärtiges Amt	Prof. Dr. Eckart Conze, Prof. Dr. Norbert Frei, Prof. Dr. Peter Hayes, Prof. Dr. Klaus Hildebrand, Prof. Dr. Moshe Zimmermann	Dr. Jochen Böhler, Dr. Irith Dublon-Knebel, Prof. Dr. Astrid M. Eckert, Prof. Dr. Norman Goda, Prof. Dr. William Gray, Lars Lüdicke M. A., Prof. Dr. Thomas Maulucci, Prof. Dr. Kathrin Paehle, Dr. Jan Erik Schulte, Daniel Stahl M. A., Dr. Annette Weinke, Andrea Wiegeshoff M. A.	2006–2010
Organisationsgeschichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz 1950–1975 unter besonderer Berücksichtigung der NS-Bezüge früherer Mitarbeiter in der Gründungsphase	Bundesamt für Verfassungsschutz	Prof. Dr. Constantin Goschler, Prof. Dr. Michael Wala	–	2011–2014
NS-Geschichte des Reichsarchivs und des Umgangs mit ihr im Bundesarchiv und im Zentralen Staatsarchiv der DDR	Bundesarchiv	Prof. Dr. Martin Sabrow	Dr. Peter Ulrich Weiß	2015
Geschichte des Bundeskriminalamtes zwischen 1949 und 1981	Bundeskriminalamt	Prof. Dr. Patrick Wagner	Dr. Imanuel Baumann, Dr. Herbert Reinke, Andrej Stephan M. A.	2008–2010
Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Prof. Dr. Rüdiger Hachtmann, Prof. Dr. Elizabeth Harvey, Prof. Dr. Sandrine Kott, Prof. Dr. Alexander Nützenadel, Prof. Dr. Kiran Klaus Patel, Prof. Dr. Michael Wildt	Sören Eden, Swantje Greve M. A., Alexander Klimo M. A., Henry Marx M. A., Dr. Martin Münzel, Dr. Ulrike Schulz	2014–

Projekt/Thema	Auftraggeberin, Auftraggeber/ Zuwenderin, Zuwender	Historikerkommission/ Projektleiterinnen, Projektleiter/ Autorinnen, Autoren	Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, Wissen- schaftliche Mitarbeiter/ Autorinnen, Autoren	Laufzeit
Rolle und Inhalt der Agrarpolitik und Agrarforschung von Vorgängerinstitutionen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (Weimarer Republik bis 1976)	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	Prof. Dr. Andreas Dornheim	–	2005–2006
Entwicklung von Kriterien zur Bewertung der Ehrwürdigkeit von ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BML/BMVEL und der Dienststellen seines Geschäftsbereichs im Hinblick auf die Zeit des NS	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	Prof. Dr. Andreas Dornheim	–	2005–2007
Geschichte des Reichsfinanzministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus	Bundesministerium der Finanzen	Prof. Dr. Jane Caplan, Prof. Dr. Ulrich Herbert, Prof. Dr. Hans Günter Hockerts, Prof. Dr. Werner Plumpe, Prof. Dr. Adam Tooze, Prof. Dr. Hans-Peter Ullmann, Prof. Dr. Patrick Wagner	PD Dr. Ralf Banken, Ramona Bräu M. A., Dr. Jürgen Kilian, Dr. Christiane Kuller, Dr. Stefanie Middendorf, Josephine Ulbricht M. A.	2010/ 2012–
Nachkriegsgeschichte des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Ministeriums des Innern der DDR (Mdl) hinsichtlich möglicher personeller und sachlicher Kontinuitäten zur Zeit des Nationalsozialismus	Bundesministerium des Innern	Prof. Dr. Frank Bösch, Prof. Dr. Andreas Wirsching	Dr. Frieder Günther, Dr. des. Franziska Kuschel, Dr. des. Lutz Maeke, Stefanie Palm M. A., Dr. Maren Richter, Dr. Dominik Rigoll, Irina Stange M. A., Dr. Nikolai Wehrs, Dr. Jan Philipp Wölbern	2014–2015
Umgang des Bundesministeriums der Justiz mit der NS-Vergangenheit in den 1950er und 1960er Jahren	Bundesministerium der Justiz	Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Prof. Dr. Christoph Safferling	Beauftragte: Prof. Dr. Eva Schumann, Prof. Dr. Jan Thiessen, Prof. Dr. Dr. Martin Will Mitarbeiter: Markus Apostolow M. A., Dr. habil. Burghard Ciesla, Florian Detjens B. A., Dr. Hilde Farthofer, Philipp Graebke, Dr. Kristina Hübener, Dr. Albrecht Kirschner, Daniel Seeger B. A., Katrin Wagener, Dr. Jenny Wüstenberg	2012–
Die antijüdische Politik des Reichsverkehrsministeriums zwischen 1933 und 1945	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Alfred Gottwaldt M. A., Diana Schulle M. A.	–	2006
Widerstand und Verfolgung bei der Reichsbahn 1933–1945	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Alfred Gottwaldt M. A.	–	2009

Projekt/Thema	Auftraggeberin, Auftraggeber/ Zwenderin, Zwender	Historikerkommission/ Projektleiterinnen, Projektleiter/ Autorinnen, Autoren	Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, Wissen- schaftliche Mitarbeiter/ Autorinnen, Autoren	Laufzeit
Geschichte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und seiner Vorgängerinstitutionen	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Prof. Dr. Werner Abelshäuser, Prof. Dr. Stefan Fisch, Prof. Dr. Dierk Hoffmann, Dr. Michael Hollmann, Prof. Dr. Carl-Ludwig Holtfrerich, Prof. Dr. Albrecht Ritschl	Dr. Ralf Ahrens, Prof. Dr. Johannes Bähr, PD Dr. Ralf Banken, Prof. Dr. Hartmut Berghoff, Prof. Dr. Marcel Boldorf, Prof. Dr. Rainer Fremdling, Prof. Dr. Gerd Hardach, Prof. Dr. Ludolf Herbst, Prof. Dr. Jan-Otmar Hesse, PD Dr. Heidrun Homburg, Prof. Dr. Harold James, Dr. Rainer Karlsch, PD Dr. Ingo Köhler, Prof. Dr. Bernhard Löffler, Dr. Ingo Loose, Dr. Andreas Malycha, Prof. Dr. Jochen Streb, Prof. Dr. Adam Tooze, Dr. Harald Wixforth	2011–
Vorgeschichte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung bzw. seiner Vorgängerinstitutionen	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Prof. Dr. Thomas Raitchel	–	2014
Geschichte des Bundesnachrichtendienstes und seiner Vorläuferorganisationen 1945–1968	Bundesnachrichtendienst	Prof. Dr. Jost Dülffer, Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke, Prof. Dr. Wolfgang Krieger, Prof. Dr. Rolf-Dieter Müller	Dr. Jutta Braun, Ronny Heidenreich M. A., Dr. Andreas Hilger, Dr. Agilolf Keßelring, Dr. Tilman Lüdke, Prof. Dr. Holger M. Meding, Armin Müller M. A., Sabrina Nowack, PD Dr. Christoph Rass, Dr. Gerhard Sälter, Thomas Wolf	2011–
Geschichte des Reichsrechnungshofs 1933 bis ca. 1950	Bundesrechnungshof	Frank Drauschke M. A., Beate Schreiber M. A.	Dr. des. Hans Bresgott, Dr. Sebastian Bode, Daniel König M. A.	2015–
Geschichte der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR) im »Dritten Reich«	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	Prof. Dr. Dieter Hoffmann	–	2013–
Geschichte des Robert Koch-Instituts im Nationalsozialismus	Robert Koch-Institut	Prof. Dr. Volker Hess	Dr. Annette Hinz-Wessels, Dr. Marion Hulverscheidt, Dr. Anja Laukötter	2006–2008

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

Alle in dieser Studie angegebenen Internetlinks bilden den Stand vom 19. Oktober 2015 ab.

3. Rosenberg-Symposium, 8. Mai 2013, Videoaufzeichnung, <http://www.uwk-bmj.de/aufarbeiterkonferenz-der-uwk-und-der-kommissionen-weiterer-institutionen-8-mai-in-berlin.html>.
- 50 Jahre Militärgeschichtliches Forschungsamt. Hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Berlin 2007.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Adenauer und die Hohen Kommissare. Hg. v. Hans-Peter Schwarz. 2 Bde. München 1989–1990.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Hg. v. Institut für Zeitgeschichte. München 1990ff.
- Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes. 75 Bde. Baden-Baden und Göttingen 1950–1995.
- Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956. Hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. 4 Bde. München 1982–1997.
- Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945. Hg. v. Auswärtigen Amt. 5 Bde. Paderborn u. a. 2000–2014.
- Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. 10 Bde. Stuttgart 1979–2008.
- Deutschland im zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv u. Ltg. v. Wolfgang Schumann u. Gerhart Hass. 6 Bde. Berlin (Ost) 1974–1985.
- Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode.
- Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Hg. v. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung u. dem Bundesarchiv. 11 Bde. Baden-Baden 2001–2008.
- Die Militär- und Sicherheitspolitik der SED 1945 bis 1988. Dokumente und Materialien. Hg. u. eingel. v. einem Kollektiv des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR. Berlin (Ost) 1989.
- Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt in Thüringen, PTB Mitteilungen 123 (2013), 1.

- PTR/PTB: 125 Jahre metrologische Forschung, PTB Mitteilungen 122 (2012), 2.
- Abelshauer, Werner, Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), 4, S. 530–538.
- Ackermann, Joachim, Die Kunst und Kulturpolitik der SED 1961–1989. Diss. Freie Universität Berlin 2000.
- Albrecht, Horst, Im Dienst der Inneren Sicherheit. Die Geschichte des Bundeskriminalamts. Wiesbaden 1988.
- Althaus, Marco, Das Bundeskanzleramt als Instrument wissenschaftlicher Führung im parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland. Diplomarbeit Freie Universität Berlin 1993.
- Aly, Götz, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. 2., durchges. u. erw. Taschenbuchaufl. Frankfurt a. M. 2011 [2005].
- Amos, Heike, Justizverwaltung in der SBZ/DDR. Personalpolitik 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre. Köln 1996.
- Angrick, Andrej, Im Fadenkreuz des Todfeindes? Das Ministerium für Staatsicherheit und die Gestapo, in: Klaus-Michael Mallmann/Andrej Angrick (Hg.), Die Gestapo nach 1945. Karrieren, Konflikte, Konstruktionen. Darmstadt 2009, S. 270–290.
- Augustine, Dolores, *Wunderwaffen* of a Different Kind. Nazi Scientists in East German Industrial Research, in: German Studies Review 29 (2006), 3, S. 579–588.
- Baader, Gerhard, Menschenversuche im Nationalsozialismus. Die Beteiligung des Robert Koch-Instituts, in: Bundesgesundheitsblatt 32 (1989), S. 7–12.
- Baganz, Carina, Vom Wachmann zum Inoffiziellen Mitarbeiter. Täter der frühen sächsischen Konzentrationslager und ihr Wirken für die Staatssicherheit, in: Günther Heydemann/Jan Erik Schulte/Francesca Weil (Hg.), Sachsen und der Nationalsozialismus. Göttingen 2014, S. 351–364.
- Bajohr, Frank/Johannes Hürter, Auftragsforschung »NS-Belastung«. Bemerkungen zu einer Konjunktur, in: Frank Bajohr/Anselm Doering-Manteuffel/Claudia Kemper/Detlef Siegfried (Hg.), Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik. Festschrift für Axel Schildt. [Vorauss. 2016].

- Banken, Ralf, Es war überhaupt kein Finanzproblem! Die Kriegsfinanzierung des Dritten Reichs 1939–1945, in: Andreas Hedwig (Hg.), Finanzpolitik und Schuldenkrisen 16.–20. Jahrhundert. Marburg 2014, S. 197–220.
- Banken, Ralf/Ramona Bräu, »Herrenloses Gut«, Raub und Verwertung mobilen polnischen Eigentums im Zweiten Weltkrieg, in: Michael Kempe/Robert Suter (Hg.), Res nullius. Zur Genealogie und Aktualität einer Rechtsformel. Berlin 2015, S. 153–174.
- Bästlein, Klaus, »Nazi-Blutrichter als Stützen des Adenauer-Regimes«. Die DDR-Kampagnen gegen NS-Richter und -Staatsanwälte, die Reaktionen der bundesdeutschen Justiz und ihre gescheiterte »Selbstreinigung« 1957–1968, in: Helge Grabitz (Hg.), Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Berlin 1994, S. 408–443.
- Baumann, Imanuel/Andrej Stephan/Patrick Wagner, (Um-)Wege in den Rechtsstaat. Das Bundeskriminalamt und die NS-Vergangenheit seiner Gründungsgeneration, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 9 (2012), 1, S. 33–53, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2012/id=4405>.
- Baumann, Imanuel/Herbert Reinke/Andrej Stephan/Patrick Wagner, Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründungsgeneration in der frühen Bundesrepublik. Köln 2011.
- Baur, Tobias, Das ungeliebte Erbe. Ein Vergleich der zivilen und militärischen Rezeption des 20. Juli 1944 im Westdeutschland der Nachkriegszeit. Frankfurt a. M. 2007.
- Beer, Mathias, Politik und Zeitgeschichte in den Anfängen der Bundesrepublik. Das Großforschungsprojekt »Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), 3, S. 345–389.
- Beer, Mathias, Symbolische Politik? Entstehung, Aufbau und Funktion des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, in: Jochen Oltmer (Hg.), Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Göttingen 2003, S. 295–322.
- Behrendt, Günther, Das Bundeskanzleramt. Frankfurt a. M. 1967.
- Bergh, Hendrik van, Köln 4713. Geschichte und Geschichten des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz. Würzburg 1981.
- Bergien, Rüdiger, Das Schweigen der Kader. Ehemalige Nationalsozialisten im zentralen SED-Parteiparat. Eine Erkundung, in: Birthe Kundrus/Sybille Steinbacher (Hg.), Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Göttingen 2013, S. 134–153.
- Best, Heinrich/Axel Salheiser, Shadows of the Past. National Socialist Backgrounds of the GDR's Functional Elites, in: German Studies Review 29 (2006), 3, S. 589–602.
- Bevers, Jürgen, Der Mann hinter Adenauer. Hans Globkes Aufstieg vom NS-Juristen zur Grauen Eminenz der Bonner Republik. Berlin 2009.
- Blasius, Rainer A., Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg. Staatssekretär Ernst Frhr. von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938/39. Köln/Wien 1981.
- Boberach, Heinz, Die Beteiligung des Bundesarchivs an der Verfolgung und Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in den sechziger Jahren, in: Klaus Oldenhege/Hermann Schreyer/Wolfram Werner (Hg.), Archiv und Geschichte. Festschrift für Friedrich P. Kahlenberg. Düsseldorf 2000, S. 264–274.
- Boelcke, Willi A., Die deutsche Wirtschaft 1930–1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums. Düsseldorf 1983.
- Bögershausen, Jens, Rechnungshöfe und Regimewechsel. Von der klassischen Rechnungsprüfung zur modernen Finanzkontrolle. Diss. Universität Bamberg 2009.
- Boldorf, Marcel, Brüche oder Kontinuitäten? Von der Entnazifizierung zur Stalinisierung in der SBZ/DDR (1945–1952), in: Historische Zeitschrift 289 (2009), S. 287–323.
- Boldorf, Marcel, Governance in der Planwirtschaft. Industrielle Führungskräfte in der Stahl- und Textilbranche der SBZ/DDR (1945–1958). München 2015.
- Booms, Hans, Georg Winters Weg zum Gründungsdirektor des Bundesarchivs, in: Klaus Oldenhege/Hermann Schreyer/Wolfram Werner (Hg.), Archiv und Geschichte. Festschrift für Friedrich P. Kahlenberg. Düsseldorf 2000, S. 240–263.
- Bortfeld, Jürgen/Wilfried Hauser/Helmut Rechenberg (Hg.), 100 Jahre Physikalisch-Technische Reichsanstalt/Bundesanstalt 1887–1987. Braunschweig 1987.
- Bösch, Frank, Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1949–1969. Stuttgart 2001.

- Boss, Sonja, Unverdienter Ruhestand. Die personalpolitische Bereinigung belasteter NS-Juristen in der westdeutschen Justiz. Berlin 2009.
- Boyer, Christoph, »Die Kader entscheiden alles ...« Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und der frühen DDR (1945–1952). 2. Aufl. Dresden 1997 [1996].
- Bradley, Dermot/Heinz-Peter Würzenthal/Hansgeorg Model, Die Generale und Admirale der Bundeswehr 1955–1997. Die militärischen Werdegänge. 4 Bde. Osnabrück 1998–2005.
- Bradley, Dermot/Karl Friedrich Hildebrand/Markus Brockmann, Die Generale des Heeres 1921–1945. Die militärischen Werdegänge der Generale, sowie der Ärzte, Veterinäre, Intendanten, Richter und Ministerialbeamten im Generalsrang. 7 Bde. Bissendorf 1993–2004.
- Brechtken, Magnus, Mehr als Historikergeplänkel. Die Debatte um »Das Amt und die Vergangenheit«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 63 (2015), 1, S. 59–91.
- Breitman, Richard/Norman Goda/Timothy Naftali/Robert Wolfe, U. S. Intelligence and the Nazis. Cambridge 2005.
- Browning, Christopher R., Die »Endlösung« und das Auswärtige Amt. Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940–1943. Darmstadt 2010 [engl. 1978].
- Browning, Christopher R., Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen. Neuausg. Reinbeck bei Hamburg 1999 [1993, engl. 1992].
- Bruch, Rüdiger vom/Ulrich Herbert/Patrick Wagner (Hg.), Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft. 9 Bde. Stuttgart 2007–2012.
- Brüggemeier, Franz-Josef/Mark Cioc/Thomas Zelle (Hg.), How Green Were the Nazis? Nature, Environment and Nation in the Third Reich. Ohio 2005.
- Buchheim, Christoph (Hg.), German Industry in the Nazi Period. Wiesbaden 2008.
- Buchheim, Christoph, Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, in: Deutsche Bundesbank (Hg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948. München 1998, S. 91–138.
- Buchheim, Christoph, Die Unabhängigkeit der Bundesbank. Folge eines amerikanischen Oktrois?, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), 1, S. 1–30.
- Buchheim, Christoph, Die Wirtschaftsentwicklung im Nationalsozialismus. Mehr Desaster als Wunder. Eine Erwiderung auf Werner Abelhauser, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001) 4, S. 635–664.
- Buchheim, Christoph/Marcel Boldorf (Hg.), Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945. München 2012.
- Buddrus, Michael, Totale Erziehung für den totalen Krieg. Hitlerjugend und nationalsozialistische Jugendpolitik. München 2003.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.), Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit. Köln u. a. 2000.
- Bundeskriminalamt (Hg.), Das Bundeskriminalamt stellt sich seiner Geschichte. Dokumentation einer Kolloquienreihe. Köln 2008.
- Bundeskriminalamt (Hg.), Der Nationalsozialismus und die Geschichte des BKA. Spurensuche in eigener Sache. Ergebnisse, Diskussionen, Reaktionen. Dokumentation des Kolloquiums zum Forschungsbericht zur BKA-Historie vom 6. April 2011. Köln 2011.
- Bundesministerium der Finanzen (Hg.), 40 Jahre Verantwortung für die Finanzen des Bundes. Das Bundesministerium der Finanzen. Geschichte, Aufgaben, Leistungen. München 1989.
- Bundesministerium der Justiz (Hg.), Die Rosenberg. 2. Symposium. Die Verantwortung von Juristen im Aufarbeitungsprozess. Vorträge gehalten am 5. Februar 2013 im Schwurgerichtssaal des Landgerichts Nürnberg-Fürth. Berlin 2013.
- Bundesministerium der Justiz (Hg.), Die Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und sein Umgang mit der NS-Vergangenheit. Berlin 2012.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (Hg.), Die Rosenberg. 4. Symposium. Die justizielle NS-Aufarbeitung. Täter, Opfer, Justiz. Vorträge gehalten am 21. Oktober 2014 im Foyer der Bibliothek des Bundesgerichtshofs, Karlsruhe. Berlin 2015.
- Bundesministerium des Innern, Taschenbuch für Verwaltungsbeamte (»Die Bundesrepublik«) Bd. 62–70. Berlin (West)/Köln 1952–1971.
- Bundesministerium des Innern, Verfassungsorgane, http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Staatliche-Ordnung/Verfassungsorgane/verfassungsorgane_node.html.
- Bureau des Reichstags (Hg.), Reichstags-Handbuch. Berlin 1920ff.
- Burgsmüller, Klaus, Die Errichtung selbständiger Bundesoberbehörden gemäß Art. 87 Abs. 3 Satz 1 GG, ihre Stellung innerhalb der Bundesverwaltung und ihr Verhältnis zu den Behörden und Ländern. Köln 1967.

- Buschfort, Wolfgang, Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorf Informationstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947–1961). Paderborn u. a. 2004.
- Busse, Volker, Bundeskanzleramt und Bundesregierung. Aufgaben. Organisation. Arbeitsweise. 4., neu bearb. u. akt. Aufl. Heidelberg 2005 [1994].
- Butzer, Hermann, »Seinen Auftrag leitet er unmittelbar vom Führer ab«. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches in der Zeit von 1933 bis 1945, in: Dieter Engels (Hg.), 300 Jahre externe Finanzkontrolle in Deutschland – gestern, heute und morgen. Festschrift zur 300. Wiederkehr der Errichtung der Preußischen General-Rechenkammer. Berlin 2014, S. 51–91.
- Cahan, David, Meister der Messung. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt im Deutschen Kaiserreich. Unveränd. Nachdr. Bremerhaven 2011 [1992, engl. 1989].
- Christians, Annemone, Amtsgewalt und Volksgesundheit. Das öffentliche Gesundheitswesen im nationalsozialistischen München. Göttingen 2013.
- Ciernoch-Kujas, Cora, Ministerialrat Franz Massfeller 1902–1966. Berlin 2003.
- Conze, Eckart, Das Auswärtige Amt. Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart. München 2013.
- Conze, Eckart, Neuigkeiten für das Auswärtige Amt? Völkermord als Problem der Diplomatie, in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hg.), Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen. Köln/Weimar/Wien 2013, S. 259–275.
- Conze, Eckart/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und der Bundesrepublik. Um ein Vorw. erw. Taschenbuchaufl. München 2012 [2010].
- Cornelißen, Christoph, Historie im politischen Auftrag? Zur ambivalenten Rolle nationaler und internationaler Historikerkommissionen, in: Jahrbuch für Politik und Geschichte 3 (2012), S. 201–206.
- Cornelißen, Christoph, Über Grenzen der Wirksamkeit und Fallstricke der Politik. Eine Erwiderung auf Moshe Zimmermann, in: Jahrbuch für Politik und Geschichte 3 (2012), S. 213–214.
- Corni, Gustavo/Horst Gies, Brot – Butter – Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers. Berlin 1997.
- Corum, James S. (Hg.), Rearming Germany. Leiden/Boston 2011.
- Cottebrune, Anne, Der planbare Mensch. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die menschliche Vererbungswissenschaft 1920–1979. Stuttgart 2008.
- Critchfield, James H., Auftrag Pullach. Die Organisation Gehlen 1948–1956. München 1998.
- Curilla, Wolfgang, Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrußland 1941–1944. Paderborn u. a. 2006.
- Dams, Carsten/Klaus Dönecke/Thomas Köhler (Hg.), »Dienst am Volk«? Düsseldorf Polizisten zwischen Demokratie und Diktatur. Frankfurt a. M. 2007.
- Dams, Carsten/Michael Stolle, Die Gestapo. Herrschaft und Terror im Dritten Reich. München 2008.
- Danker, Uwe, Der Landtag und die Vergangenheit. Das Thema »Vergangenheitsbewältigung« im Schleswig-Holsteinischen Landtag 1947–1992, in: Demokratische Geschichte 17 (2006), S. 187–208.
- Danyl, Jürgen, Die SED und die »kleinen Pg's«. Zur politischen Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der SBZ/DDR, in: Annette Leo/Peter-Reif-Spirek (Hg.), Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus. Berlin 1999, S. 177–196.
- Dehnel, Regine (Hg.), NS-Raubgut in Museen, Bibliotheken und Archiven. Frankfurt a. M. 2012.
- Der Bundesminister des Innern (Hg.), Das Bundesministerium des Innern. Geschichte, Organisation, Aufgaben. Bonn 1997.
- Deutsche Bundesbank (Hg.), Die Deutsche Bundesbank. Aufgabenfelder, Rechtlicher Rahmen, Geschichte. Frankfurt a. M. 2006.
- Deutsche Bundesbank (Hg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975. Frankfurt a. M. 1976.
- Deutscher Bundestag (Hg.), Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages. Darmstadt und Rheinbreitbach 1953ff.
- Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, 117. Sitzung, 30. Juni 2011. Plenarprotokoll 17/117.
- Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, 204. Sitzung, 8. November 2012. Plenarprotokoll 17/204.
- Deutscher Bundestag, Ausschuss für Kultur und Medien, 59. Sitzung, 29. Februar 2012. Protokoll 17/59.
- Deutscher Bundestag, Ausschuss für Kultur und Medien, 59. Sitzung, 29. Februar 2012, Videoaufzeichnung, <http://dbtg.tv/cvid/1581774>.

- Deutscher Bundestag, Ausschuss für Kultur und Medien, Drucksachen
 17(22)83b
 17(22)83c
 17(22)83d
 17(22)83e
 17(22)83f
 17(22)83g
- Deutscher Bundestag, Drucksachen
 17/4126
 17/6297
 17/6318
 17/8134
 17/11001
 18/3909
 18/4238
- Dickhaus, Monika, Die Bundesbank im westeuropäischen Wiederaufbau. Die internationale Währungspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1948 bis 1958. München 1996.
- Diedrich, Torsten/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke (Hg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin 1998.
- Diehl, Günter, Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949–1969. Frankfurt a. M. 1994.
- Dietl, Wilhelm, Die BKA-Story. Überarb. u. erg. Taschenbuchausg. München 2004 [2000].
- Dietrich, Gerd, Politik und Kultur in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945–1949. Bern 1993.
- Dirks, Christian, »Die Verbrechen der anderen«. Auschwitz und der Auschwitz-Prozess der DDR. Das Verfahren gegen den KZ-Arzt Dr. Horst Fischer. Paderborn u. a. 2006.
- Dommach, Hermann, Der Reichsrechnungshof während der Amtszeit seines Präsidenten Saemisch (1922–1938), in: Heinz Günter Zavelberg (Hg.), Die Kontrolle der Staatsfinanzen. Geschichte und Gegenwart 1714–1989. Festschrift zur 275. Wiederkehr der Errichtung der Preußischen General-Rechen-Kammer. Berlin (West) 1989, S. 65–113.
- Dommach, Hermann, Der Reichssparkommissar Moritz Saemisch in der Weimarer Republik. Frankfurt a. M. u. a. 2012.
- Dommach, Hermann, Von Potsdam nach Frankfurt. Der Reichsrechnungshof und die Neuordnung der Finanzkontrolle im demokratischen Nachkriegsdeutschland. Berlin (West) 1988.
- Dornheim, Andreas, Der lange Weg in die Moderne. Agrarische Politik und ländliche Gesellschaft in Deutschland 1918–1960. Habil. Universität Erfurt 2001.
- Dornheim, Andreas, Rasse, Raum und Autarkie. Sachverständigen-gutachten zur Rolle des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in der NS-Zeit. Berlin 2011, http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/RolleReichsministeriumNSZeit.pdf?__blob=publicationFile.
- Döscher, Hans-Jürgen, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der »Endlösung«. Berlin (West) 1987.
- Döscher, Hans-Jürgen, Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität. Berlin 1995.
- Dowidat, Christel, Zur Entwicklung der politischen und sozialen Strukturen der Mitglieder von Landtagen, Volksrat und Volkskammern in der SBZ, DDR zwischen 1946 und 1950/54. Diss. Universität Mannheim 1986.
- Drecoll, Axel, Der Fiskus als Verfolger. Die steuerliche Diskriminierung der Juden in Bayern 1933–1941/42. München 2009.
- Dreetz, Dieter (Hg.), MGI 1958 bis 1990/92. Militärgeschichtliches Institut der DDR. Einführungen, Chronik, Erinnerungen. Berlin 2007.
- Dubiel, Helmut, Niemand ist frei von der Geschichte. Die national-sozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages. München 1999.
- Dülffer, Jost, Der Bundesnachrichtendienst in der SPIEGEL-Affäre 1962, in: Martin Doerry/Hauke Janssen (Hg.), Die SPIEGEL-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen. München 2013, S. 112–129.
- Dülffer, Jost, Im Einsatz für den BND, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. September 2011.
- Dülffer, Jost, Pullach intern. Innenpolitischer Umbruch, Geschichtspolitik des BND und »Der Spiegel«, 1969–1972. Marburg 2015.
- Dülffer, Jost/Klaus-Dietmar Henke/Wolfgang Krieger/Rolf-Dieter Müller (Hg.), Die Geschichte der Organisation Gehlen und des BND 1945–1968. Umriss und Einblicke. Dokumentation der Tagung am 2. Dezember 2013. Marburg 2014.
- Echternkamp, Jörg, Auftrag: Forschung. Die Bundeswehr, das Verteidigungsministerium und die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Systemkonflikt, in: Zeitgeschichte-online, Juni 2015, <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/auftrag-forschung>.

- Eckert, Astrid M., »Im Fegefeuer der Entbräunung«. Deutsche Archivare auf dem Weg in den Nachkrieg, in: Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus. 75. Deutscher Archivtag 2005 in Stuttgart. Essen 2007, S. 426–448.
- Eckert, Astrid M., Archivare im Nationalsozialismus. Zum Forschungsstand, in: Wissenschaftliche Bibliothekare im Nationalsozialismus. Handlungsspielräume, Kontinuitäten, Deutungsmuster. Wiesbaden 2011, S. 51–89.
- Eckert, Astrid M., Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 2004.
- Ehlert, Hans/Armin Wagner (Hg.), Genosse General! Die Militärelite der DDR in biographischen Skizzen. Berlin 2003.
- Eisert, Wolfgang, Zeittafel zur Militärgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1949 bis 1988. Berlin (Ost) 1989.
- Ernst, Anna-Sabine, »Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus.« Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961. Münster u. a. 1997.
- Essner, Cornelia, Die »Nürnberger Gesetze« oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945. Paderborn u. a. 2002.
- Feldmeyer, Karl/Georg Meyer, Johann Adolf Graf von Kielmansegg 1906–2006. Deutscher Patriot, Europäer, Atlantiker. Hamburg 2007.
- Finger, Jürgen/Sven Keller/Andreas Wirsching, Dr. Oetker und der Nationalsozialismus. Geschichte eines Familienunternehmens 1933–1945. München 2013.
- Fingerle, Stephan, Waffen in Arbeiterhand? Die Rekrutierung des Offizierkorps der Nationalen Volksarmee und ihrer Vorläufer. Berlin 2001.
- Fink, Sebastian, Das Stahl- und Walzwerk Riesa in beiden deutschen Diktaturen 1933 bis 1963. Ein Vergleich. Leipzig 2012.
- Finke, Klaus, Politik und Film in der DDR. Oldenburg 2007.
- Fischer, Christian/Walter Pauly (Hg.), Höchstrichterliche Rechtsprechung in der frühen Bundesrepublik. Tübingen 2015.
- Förster, Jürgen, Die Wehrmacht im NS-Staat. Eine strukturgeschichtliche Analyse. München 2007.
- Foth, Carlos, Die Nürnberger Gesetze 1935 und der Globke-Prozeß in der DDR, in: Bulletin für Weltkriegs- und Faschismusforschung 27 (2006), S. 44–70.
- Frei, Norbert (Hg.), Geschichte vor Gericht. Historiker, Richter und die Suche nach Gerechtigkeit. München 2000.
- Frei, Norbert (Hg.), Hitlers Eliten nach 1945. 6. Aufl. München 2014 [2001].
- Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. Durchges. u. erw. Neuausg. München 2012 [1996].
- Frei, Norbert/Johannes Schmitz, Journalismus im Dritten Reich. 5. Aufl. München 2014 [1989].
- Frese, Matthias, Betriebspolitik im »Dritten Reich«. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933–1939. Paderborn u. a. 1991.
- Freudiger, Kerstin, Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen. Tübingen 2002.
- Friedenberger, Martin, »Selbstverständlich nach nationalsozialistischer Weltanschauung auszulegen«. Steuerrechtler des Dritten Reiches als Namensgeber bundesdeutscher Steuerrechtskommentare, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 62 (2014), 2, S. 136–158.
- Friedenberger, Martin, Die Reichsfinanzverwaltung unter dem Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumente. Bremen 2002.
- Friedenberger, Martin, Fiskalische Ausplünderung. Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung und die jüdische Bevölkerung 1933–1945. Berlin 2008.
- Friedmann, Jan/Klaus Wiegrefe, »Verbrecherische Organisation«, Der Spiegel 43/2010 vom 25. Oktober 2010, S. 40–50.
- Friedrich, Jörg, Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik. Erw. Neuausg. Berlin 2007 [1984].
- Froh, Klaus/Rüdiger Wenzke, Die Generale und Admirale der NVA. Ein biographisches Handbuch. 5., akt. Aufl. Berlin 2007 [2000].
- Fröhlich, Siegfried/Reinhold Haverkamp/Hans-Jürgen von der Heide/Siegfried von Köckritz/Eckart Schiffer (Hg.), Das Bonner Innenministerium. Innenansichten einer politischen Institution. Bonn 1997.
- Fürmetz, Gerhard (Hg.), Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969. Hamburg 2001.
- Gall, Lothar/Gerald D. Feldman/Harold James/Carl-Ludwig Holtfrerich/Hans E. Büschgen, Die Deutsche Bank 1870–1995. München 1995.

- Gall, Lothar/Manfred Pohl (Hg.), *Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München 1999.
- Gamm, Hans-Jochen, *Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus*. München 1990.
- Gehlen, Reinhard, *Der Dienst. Erinnerungen 1942–1971*. Mainz 1971.
- Geißler, Gert, *Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962*. Frankfurt a. M. 2002.
- Generaldirektion des Österreichischen Staatsarchivs (Hg.), *Österreichs Archive unter dem Hakenkreuz*. Wien u. a. 2010.
- Gerhard, Gesine, *Breeding Pigs and People for the Third Reich*, in: Franz-Josef Brüggemeier/Mark Cioc/Thomas Zelle (Hg.), *How Green Were the Nazis? Nature, Environment and Nation in the Third Reich*. Athens 2005, S. 129–146.
- Gerhard, Gesine, *Food and Genocide. Nazi Agrarian Politics in the Occupied Territories of the Soviet Union*, in: *Contemporary European History* 18 (2009), 1, S. 45–65.
- Gies, Horst, *Die Rolle des Reichsnährstandes im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hg.), *Der »Führerstaat«*. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Stuttgart 1981, S. 270–303.
- Giese, Daniel, *Die SED und ihre Armee. Die NVA zwischen Politisierung und Professionalismus 1956–1965*. München 2002.
- Gieseke, Jens, *Antifaschistischer Staat und postfaschistische Gesellschaft. Die DDR, das MfS und die NS-Täter*, in: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 35 (2010), 3, S. 79–94.
- Gieseke, Jens, *Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90*. Berlin 2000.
- Gieseke, Jens, *Erst braun, dann rot? Zur Frage der Beschäftigung ehemaliger Nationalsozialisten als hauptamtliche Mitarbeiter des MfS*, in: Siegfried Suckut/Walter Süß (Hg.), *Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS*. Berlin 1997, S. 129–149.
- Gieseke, Jens, *Von der Deutschen Verwaltung des Innern zum Ministerium für Staatssicherheit 1948 bis 1950. Die politische Polizei in den Weichenstellungen der DDR-Gründung*, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hg.), *Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR*. München 2000, S. 133–148.
- Gieseke, Jens/Hermann Wentker (Hg.), *Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme*. Berlin 2011.
- Gilles, Franz O., *Hauptsache sparsam und ordnungsgemäß. Finanz- und Verwaltungskontrolle in den während des Zweiten Weltkriegs von Deutschland besetzten Gebieten*. Opladen 1994.
- Gilles, Franz-O., *Die verkannte Macht. Determinanten der Nachkriegsgeschichte der Institution Rechnungshof*. Berlin (West) 1986.
- Glaeßner, Gert-Joachim, *Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR*. Darmstadt 1989.
- Glienke, Stephan A., *Die Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« (1959–1962). Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen*. Baden-Baden 2008.
- Glienke, Stephan A., *Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages*. Durchges. Nachdr. Hannover 2012.
- Görtemaker, Manfred/Christoph Safferling (Hg.), *Die Rosenburg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit. Eine Bestandsaufnahme*. 2. Aufl. Göttingen 2013.
- Goschler, Constantin, *Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945*. Göttingen 2005.
- Goschler, Constantin/Michael Wala, *»Keine neue Gestapo«*. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit. Reinbek bei Hamburg 2015.
- Goschler, Constantin/Michael Wala, *Der Schattenkrieg*, *Süddeutsche Zeitung* vom 9./10. März 2013.
- Gottwaldt, Alfred, *Die »Logistik des Holocaust« als mörderische Aufgabe der Deutschen Reichsbahn im europäischen Raum*, in: Ralf Roth/Karl Schlögel (Hg.), *Neue Wege in ein neues Europa. Geschichte und Verkehr im 20. Jahrhundert*. Frankfurt a. M. 2009, S. 261–280.
- Gottwaldt, Alfred, *Die Reichsbahn und die Juden 1933–1939. Antisemitismus bei der Eisenbahn in der Vorkriegszeit*. Wiesbaden 2011.
- Gottwaldt, Alfred, *Dorpmüllers Reichsbahn. Die Ära des Reichsverkehrsministers Julius Dorpmüller 1920–1945*. Dortmund 2009.
- Gottwaldt, Alfred, *Eisenbahner gegen Hitler. Widerstand und Verfolgung bei der Reichsbahn 1933–1945*. Wiesbaden 2009.
- Gottwaldt, Alfred, Ernst Spiro, *Ein deutscher Reichsbahndirektor*. Berlin 2014.

- Gottwaldt, Alfred, Julius Dorpmüller, die Reichsbahn und die Autobahn. Verkehrspolitik und Leben des Verkehrsministers bis 1945. Berlin 1995.
- Gottwaldt, Alfred/Diana Schulle, »Juden ist die Benutzung von Speisewagen untersagt.« Die antijüdische Politik des Reichsverkehrsministeriums zwischen 1933 und 1945. Forschungsgutachten, erarbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Teetz 2007.
- Gottwaldt, Alfred/Diana Schulle, Die »Judendeportationen« aus dem Deutschen Reich. 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie. Wiesbaden 2005.
- Gregor, Neil, History to Order? Commissioned Research, Contained Pluralism and the Limits of Criticism, in: Zeitgeschichte-online, Dezember 2012, <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/history-order>.
- Gruchmann, Lothar, Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, 3., verb. Aufl. München 2001 [1988].
- Gruß, Peter/Reinhard Rürup (Hg.), Denkmale. Max Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011. Dresden 2010.
- Hachmeister, Lutz/Friedemann Siering (Hg.), Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945, München 2002.
- Hachtmann, Rüdiger, Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933–1945. Göttingen 2012.
- Hafner, Thomas, Sozialer Wohnungsbau in Westdeutschland 1945–1970. Mit einer Betrachtung des Zeitraums 1848–1945 und ausgewählten Beispielen aus Baden-Württemberg. Stuttgart 1994.
- Hammer, Elke-Ursel, »Archivwesen« im Bundesnachrichtendienst und der Bestand B 206 im Bundesarchiv. Vom Quellen-/Methodenschutz und dem historischen Interesse, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 12 (2004), S. 42–44.
- Hammerich, Helmut R./Rudolf J. Schlaffer (Hg.), Militärische Aufbaugenerationen der Bundeswehr 1955 bis 1970. Ausgewählte Biographien. München 2011.
- Hammerich, Helmut R./Dieter H. Kollmer/Martin Rink/Rudolf J. Schlaffer, Das Heer 1950 bis 1970. Konzeption, Organisation und Aufstellung. München 2006.
- Hammerschmidt, Peter, »Deckname Adler«. Klaus Barbie und die westlichen Geheimdienste. Frankfurt a. M. 2014.
- Hanrath, Sabine, Zwischen »Euthanasie« und Psychiatriereform. Anstaltspsychiatrie in Westfalen und Brandenburg: ein deutsch-deutscher Vergleich (1945–1964). Paderborn u. a. 2002.
- Hansen, Niels, Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion. Düsseldorf 2002.
- Harlander, Tilman, Städtebau, Wohnungswesen und Siedlungspolitik in der NS-Zeit, in: Forum Stadt 41 (2014), 1, S. 63–78.
- Harlander, Tilman, Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus. Basel u. a. 1995.
- Hartmann, Christian, Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42. München 2009.
- Häßner, Kurt/Gudrun Häßner, 125 Jahre PTR. Wissenswertes zur Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR), zur Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) und zum Deutschen Amt für Maß und Gewicht (DAMG). Weida 2012.
- Hayes, Peter, Die Degussa im Dritten Reich. Von der Zusammenarbeit zu Mittäterschaft. München 2004.
- Hechelhammer, Bodo, Das Geschichtsprojekt des BND. Möglichkeiten und Grenzen der wissenschaftlichen Erforschung eines geheimen Nachrichtendienstes, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 7 (2014), 3, S. 289–300.
- Heidenreich, Ronny, Die Organisation Gehlen und der Volksaufstand am 17. Juni 1953. Marburg 2013.
- Heim, Susanne, Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945. Göttingen 2003.
- Hein, Bastian, Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925–1945. München 2012.
- Henke, Klaus-Dietmar (Hg.), Die Dresdner Bank im Dritten Reich. 4 Bde. München 2006.
- Henkels, Walter, Die leisen Diener ihrer Herren. Regierungssprecher von Adenauer bis Kohl. Düsseldorf 1985.
- Henneberg, Georg, Der Wiederaufbau des Robert Koch-Instituts 1945 bis 1969. Ein Bericht, in: Bundesgesundheitsblatt 35 (1992), S. 343–347.
- Herbert, Ulrich (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Göttingen 2002.

- Herbert, Ulrich, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903–1989. 5. Aufl. Bonn 2011 [1996].
- Herbert, Ulrich, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Neuausg. Bonn 1999 [1985].
- Herf, Jeffrey, Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Berlin 1998 [engl. 1997].
- Herrmann, Matthias, Das Reichsarchiv – Archiv des Reiches? Anmerkungen zu Wirken und Wirkung des Reichsarchivs (1919–1945), in: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.), Dahlemer Archivgespräche. Bd. 6. Berlin 2000, S. 101–139.
- Herrmann, Matthias, Das Reichsarchiv 1919–1945. Eine archivische Institution im Spannungsfeld der deutschen Politik. 2 Bde. Berlin 1994.
- Heschel, Susanna, Die zwei Karrieren des Theologen Walter Grundmann. Der Neutestamentler als Nazi-Propagandist und Stasi-Informant, in: Manfred Gailus (Hg.), Täter und Komplizen in Theologie und Kirchen 1933–1945. Göttingen 2015, S. 171–196.
- Heusler, Andreas/Mark Spoerer/Helmuth Trischler (Hg.), Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im »Dritten Reich«. München 2010.
- Heydenreuter, Reinhard, Finanzkontrolle in Bayern unterm Hakenkreuz 1933–1945. Der Bayerische Oberste Rechnungshof und die Außenstelle München des Rechnungshofs des Deutschen Reiches. München 2012.
- Hilberg, Raul, Sonderzüge nach Auschwitz. Geringf. veränd. Fassung Frankfurt a. M. 1987 [1981, engl. 1976].
- Hilger, Andreas/Armin Müller, »Das ist kein Gerücht, sondern echt.« Der BND und der »Prager Frühling« 1968. Marburg 2014.
- Hinz-Wessels, Annette, Das Robert Koch-Institut im Nationalsozialismus. 2., akt. Aufl. Berlin 2012 [2008].
- Hinz-Wessels, Annette, Konjunkturen der deutschen Gelbfieberforschung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Akteure und Interessen, in: Medizinhistorisches Journal 43 (2008), 3/4, S. 294–326.
- Hinz-Wessels, Annette/Marion Hulverscheidt, Die Tropenmedizinische Abteilung des Robert Koch-Instituts im »Dritten Reich«. Forschungsfelder, Personen und Beiträge zur nationalsozialistischen Eroberungspolitik, in: Medizinhistorisches Journal 44 (2009), 1, S. 6–41.
- Hockerts, Hans Günter (Hg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich. München 1998.
- Hoffmann, Dieter, Nationalsozialistische Gleichschaltung und Tendenzen militärtechnischer Forschungsorientierung an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt im Dritten Reich, in: Helmuth Albrecht (Hg.), Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. 25 Jahre Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik am Historischen Institut der Universität Stuttgart. Stuttgart 1993, S. 121–131.
- Hoffmann, Dieter/Mark Walker (Hg.), Physiker zwischen Autonomie und Anpassung. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Dritten Reich. Weinheim 2007.
- Hoffmann, Dieter/Rüdiger Stutz, Grenzgänger der Wissenschaft. Abraham Esau als Industriephysiker, Universitätsrektor und Forschungsmanager, in: Uwe Hoßfeld/Jürgen John/Oliver Lemuth/Rüdiger Stutz (Hg.), »Kämpferische Wissenschaft«. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus. Köln/Weimar/Wien 2003, S. 136–179.
- Hoffmann, Heinz, Die Bundesministerien. Bezeichnungen, amtliche Abkürzungen, Zuständigkeiten, Aufbauorganisation, Leitungspersonen. Koblenz 2003.
- Hoffmann, Johannes J., »Vorsicht und keine Indiskretionen!« Zur Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung 1949–1955. Aachen 1995.
- Hoffmann, Ute, »Das ist wohl ein Stück verdrängt worden ...«. Zum Umgang mit den »Euthanasie«-Verbrechen in der DDR, in: Annette Leo (Hg.), Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus. Berlin 2001, S. 51–66.
- Hoffmann, Wolfgang, Raumplaner zwischen NS-Staat und Bundesrepublik. Zur Kontinuität und Diskontinuität von Raumplanung 1933 bis 1960, in: Heinrich Mäding/Wendelin Strubelt (Hg.), Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig, Hannover 2009, S. 39–65.
- Hohlfeld, Brigitte, Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945–1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat. Weinheim 1992.

- Horstmann, Theo, Kontinuität und Wandel im deutschen Notensystem. Die Bank deutscher Länder als Ergebnis alliierter Besatzungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Theo Pirker (Hg.), *Autonomie und Kontrolle. Beiträge zur Soziologie des Finanz- und Steuerstaates*. Berlin (West) 1989, S. 135–153.
- Hoßfeld, Uwe/Jürgen John/Oliver Lehmuth/Rüdiger Stutz (Hg.), »Kämpferische Wissenschaft«. *Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus*. Köln/Weimar/Wien 2003.
- Houwink ten Cate, Johannes/Gerhard Otto (Hg.), *Das organisierte Chaos. »Ämterdarwinismus« und »Gesinnungsethik«. Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft*. Berlin 1999.
- Hubenstorf, Michael, »Aber es kommt mir doch so vor, als ob Sie dabei nichts verloren hätten«. Zum Exodus von Wissenschaftlern aus Berlin im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens, in: Wolfram Fischer/Klaus Hierholzer/Michael Hubenstorf (Hg.), *Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Fragestellungen, Ergebnisse, Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933*. Berlin/New York 1994, S. 355–460.
- Hubert, Peter, *Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933–1945*. Düsseldorf 1992.
- Huebener, Rudolf/Heinz Lübbig, *Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt. Ihre Bedeutung beim Aufbau der modernen Physik*. Wiesbaden 2011 [engl. 2008].
- Hulverscheidt, Marion/Anja Laukötter (Hg.), *Infektion und Institution. Zur Wissenschaftsgeschichte des Robert Koch-Instituts im Nationalsozialismus*. Göttingen 2009.
- Humann, Detlev, »Arbeitsschlacht«. *Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933–1939*. Göttingen 2011.
- Hürter, Johannes/Michael Mayer (Hg.), *Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur*. Berlin/München/Boston 2014.
- IFLA International Office for UBC, *List of Uniform Headings for Higher Legislative and Ministerial Bodies in European Countries*. London 1979.
- Ilme-Tuchel, Beate, *Die SED und die Schriftsteller 1946–1956, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 43 (2000), B 13, S. 3–10*.
- Illichmann, Jutta, *Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990*. Frankfurt a. M. 1997.
- Ingrao, Christian, *Hitlers Elite. Die Wegbereiter des nationalsozialistischen Massenmords*. Berlin 2012 [franz. 2010].
- Jacob, Brigitte/Wolfgang Schäche/Norbert Szymanski, *Bauten für die Wissenschaft. 125 Jahre Physikalisch-Technische Reichsanstalt/Bundesanstalt in Berlin-Charlottenburg 1887–2012*. Berlin 2012.
- Jäger, Manfred, *Kultur und Politik in der DDR. 1945–1990*. Köln 1994.
- Jakubowska, Anna, *Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen (1957–2004). Selbst- und Fremddarstellung eines Vertriebenenverbandes*. Marburg 2012.
- James, Harold, *Die Deutsche Bank und die »Arisierung«*. München 2001.
- James, Harold, *Die Reichsbank 1933–1945*. Berlin 2000.
- Jasch, Hans-Christian, *Staatssekretär Wilhelm Stuckart und die Judenpolitik. Der Mythos von der sauberen Verwaltung*. München 2012.
- Jütte, Robert in Verbindung mit Wolfgang U. Eckart, Hans-Walter Schmuhl und Winfried Süß, *Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung*. 2. Aufl. Göttingen 2011.
- Kaiser, Jochen-Christoph (Hg.), *Zwangsarbeit in Kirche und Diakonie 1939–45*. Stuttgart 2005.
- Kappelt, Olaf, *Braunbuch DDR. Nazis in der DDR*, 2., überarb. Aufl. Berlin 2009 [1981].
- Kegler, Karl R., *Deutsche Raumplanung. Das Modell der »Zentralen Orte« zwischen NS-Staat und Bundesrepublik*. Paderborn u. a. 2015.
- Keim, Wolfgang, *Erziehung unter der Nazi-Diktatur*. 2 Bde. 2. Aufl. Darmstadt 2005 [1997].
- Kempf, Udo/Hans-Georg Merz (Hg.), *Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen*. Wiesbaden 2001.
- Kern, Ulrich, *Forschung und Präzisionsmessung. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt zwischen 1918 und 1948*. Unveränd. Nachdr. Bremerhaven 2011 [1994].
- Keßelring, Agilolf, *Die Organisation Gehlen und die Verteidigung Westdeutschlands. Alte Elitedivisionen und neue Militärstrukturen, 1949–1953*. Marburg 2014.
- Kind, Dieter, *Herausforderung Metrologie. Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt und die Entwicklung seit 1945*. 2. Aufl. Bremerhaven 2011 [2002].

- Kirschner, Albrecht, NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter, in: Norbert Kartmann (Hg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag, Wiesbaden und Marburg 2014, S. 137–206.
- Klausch, Hans-Peter, Braune Spuren im Saar-Landtag. Die NS-Vergangenheit saarländischer Abgeordneter. Saarbrücken 2013.
- Klausch, Hans-Peter, Braune Wurzeln. Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP. Zur NS-Vergangenheit von niedersächsischen Landtagsabgeordneten in der Nachkriegszeit. Hannover 2008.
- Klausch, Hans-Peter, Braunes Erbe. NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.–11. Wahlperiode (1946–1987). Oldenburg/Wiesbaden 2011.
- Klee, Ernst, Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945. Frankfurt a. M. 2001.
- Klepsch, Michael C., Das vergessene braune Erbe. 2. Aufl. Düsseldorf 2011 [2009].
- Knoll, Thomas, Das Bonner Bundeskanzleramt. Organisation und Funktionen von 1949–1999. Wiesbaden 2004.
- Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, »Das Personal des Neuanfangs«. Zur NS-Vergangenheit von Abgeordneten und Mitarbeitern der Verwaltung des Deutschen Bundestages und Abgeordneten der Volkskammer der DDR. Ms. 2012.
- Köpf, Peter, Schreiben nach jeder Richtung. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse. Berlin 1995.
- Kopper, Christopher, Die Bahn im Wirtschaftswunder. Deutsche Bundesbahn und Verkehrspolitik in der Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt a. M. 2007.
- Krieger, Wolfgang, »Official history« in Deutschland. Der Bundesnachrichtendienst und seine Geschichte, in: Alfred Ableitinger/Martin Moll (Hg.), License to Detect. Festschrift für Siegfried Beer zum 65. Geburtstag. Graz 2013, S. 561–577.
- Krieger, Wolfgang, German-American Intelligence Relations, 1945–1956. New Evidence on the Origins of the BND, in: *Diplomacy & Statecraft* 22 (2011), 1, S. 28–43.
- Krings, Stefan, Hitlers Pressechef. Otto Dietrich (1897–1952). Eine Biografie. Göttingen 2012.
- Krüger, Dieter, Das Amt Blank. Die schwierige Gründung des Bundesministeriums für Verteidigung. Freiburg i. Br. 1993.
- Kuczynski, Thomas, Dem Regime dienen – nicht Geld verdienen. Zur Beteiligung der Deutschen Reichsbahn an Deportationen und Zwangsarbeit während der NS-Diktatur. Einige Überlegungen aus ökonomischer Sicht, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 57 (2009), 6, S. 510–528.
- Kuhleemann, Jens, Braune Kader. Ehemalige Nationalsozialisten in der Deutschen Wirtschaftskommission und der DDR-Regierung (1948–1957). Berlin 2012, <https://jenskuhleemann.files.wordpress.com/2012/08/braune-kader-internetausgabe-2012-juli1.pdf>.
- Kuhleemann, Jens, Differenzierte Biographien, differenzierte Integration. Ehemalige Nationalsozialisten in der deutschen Wirtschaftskommission und den DDR-Regierungsdienststellen (1948–1957), in: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 35 (2010), 3, S. 95–116.
- Kühn, Sabine, Walter Köbel (1918–1965) und der Nationalsozialismus. Eine biographische Annäherung. Rüsselsheim 2013.
- Kukowski, Martin/Rudolf Boch, Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz bei der Auto Union AG Chemnitz im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 2014.
- Kuller, Christiane, Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland. München 2013.
- Kunczik, Michael, Geschichte der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland. Regierungs-PR von gestern bis heute, in: Miriam Melanie Köhler/Christian H. Schuster (Hg.), *Handbuch Regierungs-PR. Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierung und deren Beratern*. Wiesbaden 2006, S. 35–48.
- Kunicki, Wojciech, »... auf dem Weg in dieses Reich«. NS-Kulturpolitik und Literatur in Schlesien 1933 bis 1945. Leipzig 2006.
- Küpperbusch, Kerstin, Von der Mietskaserne zur Gartenvorstadt. Siedlungs- und sozialer Wohnungsbau während der Weimarer Republik in Halle. Halle/Saale 2010.
- KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), *Polizei, Verfolgung und Gesellschaft im Nationalsozialismus*. Bremen 2013.
- Lange, Erhard H. M., Wegbereiter der Bundesrepublik. Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates. 19 historische Biografien. 2., überarb. und erw. Aufl. Brühl 1999.

- Lapp, Peter Joachim, Der Ministerrat der DDR. Aufgaben, Arbeitsweise und Struktur der anderen deutschen Regierung. Opladen 1982.
- Lapp, Peter Joachim, Die zweite Chance. Wehrmachtsoffiziere im Dienste Ulbrichts. Korr. Neuaufl. Aachen 2010 [2000].
- Lapp, Peter Joachim, General bei Hitler und Ulbricht. Vincenz Müller. Eine deutsche Karriere. Berlin 2003.
- Lappenküper, Ulrich, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990. München 2008.
- Leendertz, Ariane, Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert. Göttingen 2008.
- Leendertz, Ariane, Raumforschung, Raumplanung und NS-Vergangenheit. Forschungsstand, Deutungen, Kontinuitäten, in: Heinrich Mading/Wendelin Strubelt (Hg.), Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig. Hannover 2009, S. 21–38.
- Lehnstaedt, Stephan, Das Reichsministerium des Innern unter Heinrich Himmler 1943–1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54 (2006), 4, S. 639–672.
- Lehnstaedt, Stephan, Der »Totale Krieg« im Reichsministerium des Innern unter Heinrich Himmler, in: Die Verwaltung 39 (2006), S. 393–420.
- Lehr, Stefan, Ein fast vergessener »Osteinsatz«. Deutsche Archivare im Generalgouvernement und im Reichskommissariat Ukraine. Düsseldorf 2007.
- Leide, Henry, »Wir schätzen nicht den Menschen nach seiner Vergangenheit ein«. Die Anwerbungspraxis des MfS im Westen, in: Horch und Guck 4/2011, Nr. 74, S. 20–25.
- Leide, Henry, Ganz anders und doch nicht so anders. Zur Dominanz politischer und geheimpolizeilicher Opportunitätsüberlegungen bei der Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in der DDR, in: Deutschland Archiv 43 (2010), 6, S. 1068–1076.
- Leide, Henry, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. 3., durchges. Aufl. Göttingen 2007 [2005].
- Leisner, Walter, Öffentlichkeitsarbeit der Regierung im Rechtsstaat. Dargestellt am Beispiel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Berlin (West) 1966.
- Lemke, Bernd/Dieter Krüger/Heinz Rebhan/Wolfgang Schmidt, Die Luftwaffe 1950 bis 1970. Konzeption, Aufbau, Integration. München 2006.
- Lemke, Michael, Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), 2, S. 153–174.
- Lemke, Michael, Prinzipien und Grundlagen der Außenbeziehungen der DDR in der Konstituierungsphase des DDR-Außenministeriums 1949–1951, in: Michael Lemke (Hg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953). Köln/Weimar/Wien 1999, S. 233–273.
- Leutner, Bernd, Wohnungspolitik nach dem 2. Weltkrieg. Herausgegeben im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Bonn 1990.
- Lilla, Joachim, Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Düsseldorf 2004.
- Lillteicher, Jürgen, Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2007.
- Linck, Stephan, »To exploit this product of German genius ... is surely good business«. Zur Personalpolitik der britischen Besatzungsmacht gegenüber der deutschen Kriminalpolizei nach 1945, in: Gerhard Fürmetz/Herbert Reinke/Klaus Weinhauer (Hg.), Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969. Hamburg 2001, S. 105–128.
- Lindenberger, Thomas, Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968. Weimar 2003.
- Linne, Karsten/Florian Dierl (Hg.), Arbeitskräfte als Kriegsbeute. Der Fall Ost- und Südosteuropa. Berlin 2011.
- Linnhoff, Karsten, Kein Schweigen zur Nazi-Vergangenheit, Der Tagesspiegel (Online-Ausgabe) vom 10. August 2015, <http://www.tagesspiegel.de/medien/fruehere-mitarbeiter-des-landwirtschaftsministeriums-betroffen-kein-schweigen-zur-nazi-vergangenheit/12170592.html>.
- Löffler, Bernhard, Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Ehrhard. Stuttgart 2003.
- Lommatzsch, Erik, Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers. Frankfurt a. M. 2009.

- Longerich, Peter, Goebbels. Biographie. München 2010.
- Longerich, Peter, Heinrich Himmler. Biographie. München 2008.
- Longerich, Peter, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormanns. München 1992.
- Loth, Winfried/Bernd-A. Rusinek (Hg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt a. M./New York 1998.
- Lüdicke, Lars, Constantin von Neurath. Eine politische Biographie. Paderborn u. a. 2014.
- Lüdicke, Lars, Griff nach der Weltherrschaft. Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933–1945. Berlin 2009.
- Mai, Uwe, »Rasse und Raum«. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat, Paderborn u. a. 2002.
- Maier, Dieter G., Anfänge und Brüche der Arbeitsverwaltung bis 1952. Zugleich ein kaum bekanntes Kapitel der deutsch-jüdischen Geschichte. Brühl 2004.
- Maisch, Andreas, Agrarministerium arbeitet Nazi-Vergangenheit auf, Die Welt (Online-Ausgabe) vom 30. September 2015, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article147048068/Agrarministerium-arbeitet-Nazi-Vergangenheit-auf.htm>.
- Maisch, Andreas, Die Nazi-Altlasten des Agrarministeriums, Die Welt vom 12. September 2015.
- Mallmann, Klaus-Michael/Andrej Angrick (Hg.), Die Gestapo nach 1945. Konflikte, Karrieren, Konstruktionen. Darmstadt 2009.
- Malycha, Andreas, Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989. München 2014.
- Malycha, Andreas, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953. Paderborn u. a. 2000.
- Malycha, Andreas/Peter Jochen Winters, Die SED. Geschichte einer deutschen Partei. München 2009.
- Manig, Bert-Oliver, Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2004.
- Manukjan, Nora, »Euthanasie«. Das lange verdrängte Verbrechen. Zum Umgang mit den nationalsozialistischen Krankenmorden in der SBZ und DDR, in: Stiftung Sächsische Gedenkstätten (Hg.), Nationalsozialistische Euthanasieverbrechen. Beiträge zur Aufarbeitung ihrer Geschichte in Sachsen. Dresden 2004, S. 173–196.
- Marsh, David, Die Bundesbank. Geschäfte mit der Macht. München 1992.
- Marxen, Klaus, Das Volk und sein Gerichtshof. Eine Studie zum nationalsozialistischen Volksgerichtshof. Frankfurt a. M. 1994.
- Maulucci, Jr., Thomas W., Herbert Blankenhorn in the Third Reich, in: Central European History 42 (2009), 2, S. 253–278.
- Mayer, Michael, Akteure, Verbrechen und Kontinuitäten. Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Eine Binnendifferenzierung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59 (2011), 4, S. 509–532.
- Mayer, Michael, Staaten als Täter. Ministerialbürokratie und »Judenpolitik« in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich. München 2010.
- Mebus, Sylvia, Zur Entwicklung der Lehrerbildung in der SBZ/DDR 1945–1959 am Beispiel Dresdens. Pädagogik zwischen Selbst- und Fremdbestimmung. Frankfurt a. M. 1999.
- Meenzen, Sandra, »Gutes Klassenbewusstsein, Parteiverbundenheit und Prinzipienfestigkeit«. SED-Sekretäre mit NSDAP-Vergangenheit in Thüringen, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 35 (2010), 3, S. 47–78.
- Mehl, Stefan, Das Reichsfinanzministerium und die Verfolgung der deutschen Juden 1933–1945. Berlin (West) 1990.
- Meinl, Susanne, Nationalsozialisten gegen Hitler. Die nationalrevolutionäre Opposition um Friedrich Wilhelm Heinz. Berlin 2000.
- Meinl, Susanne/Bodo Hechelhammer, Geheimobjekt Pullach. Von der NS-Mustersiedlung zur Zentrale des BND. Berlin 2014.
- Meinl, Susanne/Dieter Krüger, Friedrich Wilhelm Heinz. Vom Freikorpskämpfer zum Leiter des Nachrichtendienstes im Bundeskanzleramt, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994), 1, S. 39–69.
- Meinl, Susanne/Joachim Schröder, »Einstellung zum demokratischen Staat: Bedenkenfrei«. Zur Frühgeschichte des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (1949–1965). München 2013.
- Menne-Haritz, Angelika, Das Parteiarchiv der SED und die politische Nutzung der Akten des NS-Staates in der DDR, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 55 (2011), S. 149–171.
- Mentel, Christian, »Quo vadis, zeitgeschichtliche Auftragsforschung?« Bericht über die Podiumsdiskussion des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam am 12. Januar 2012, in: Zeitgeschichte-online, März 2012, <http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/bericht-quo-vadis-zeitgeschichtliche-auftragsforschung>.

- Mentel, Christian, Das 3. Rosenberg-Symposium. Stand und Perspektiven der Forschung zur NS-Vergangenheit von Ministerien und Behörden, in: Zeitgeschichte-online, Dezember 2013, <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/das-3-rosenberg-symposium>.
- Mergen, Armand, Die BKA-Story. München/Berlin (West) 1987.
- Mertens, Lothar, »Nur politisch Würdige«. Die DFG-Forschungsförderung im Dritten Reich 1933–1937. Berlin 2004.
- Meyer, Georg, Adolf Heusinger. Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1964. Hamburg 2001.
- Middendorf, Stefanie, Staatsfinanzen und Regierungstaktiken. Das Reichsministerium der Finanzen (1919–1945) in der Geschichte der Staatlichkeit im 20. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 41 (2015), 1, S. 140–168.
- Middendorf, Stefanie/Kim C. Priemel, Jenseits des Primats. Kontinuitäten der nationalsozialistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik, in: Birthe Kundrus/Sybille Steinbacher (Hg.), Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Göttingen 2013, S. 94–120.
- Mierzejewski, Alfred C., The Most Valuable Asset of the Reich. A History of the German National Railway. 2 Bde. Chapel Hill u. a. 1999–2000.
- Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz (Hg.), Justiz im Dritten Reich. NS-Sondergerichtsverfahren in Rheinland-Pfalz. Eine Dokumentation. 3 Bde. Frankfurt a. M. u. a. 1994.
- Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz (Hg.), Justiz im Dritten Reich. Justizverwaltung, Rechtsprechung und Strafvollzug auf dem Gebiet des heutigen Landes Rheinland-Pfalz. 2 Bde. Frankfurt a. M. u. a. 1995.
- Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Von Ribbentrop zu Adenauer. Eine Dokumentation über das Bonner Auswärtige Amt. Berlin (Ost) 1961.
- Miquel, Marc von, Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren. Göttingen 2004.
- Mix, Andreas/Martin Münzel/Alexander Nützenadel/Kim C. Priemel/Paul Rehfeld, Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus. Ms. 2013.
- Möller, Horst, Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell. München 2015.
- Molt, Matthias, Von der Wehrmacht zur Bundeswehr. Personelle Kontinuität und Diskontinuität beim Aufbau der Deutschen Streitkräfte 1955–1966. Diss. Universität Heidelberg 2007.
- Morina, Christina, Instructed Silence, Constructed Memory. The SED and the Return of German Prisoners of War as »War Criminals« from the Soviet Union to East Germany, 1950–1956, in: Contemporary European History 13 (2004), 3, S. 323–343.
- Moser, Gabriele, »Im Interesse der Volksgesundheit ...« Sozialhygiene und öffentliches Gesundheitswesen in der Weimarer Republik und der frühen SBZ/DDR. Frankfurt a. M. 2002.
- Mühlenfeld, Daniel, Vom Kommissariat zum Ministerium. Zur Gründungsgeschichte des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, in: Rüdiger Hachtmann (Hg.), Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur. Göttingen 2006, S. 72–95.
- Müller, Ingo, Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz. 2., erw. Aufl. d. Neuausg. Berlin 2014 [1987].
- Müller, Peter F./Michael Mueller/Erich Schmidt-Eenboom, Gegen Freund und Feind. Der BND. Geheime Politik und schmutzige Geschäfte. Reinbek bei Hamburg 2002.
- Müller, Rolf-Dieter/Hans-Erich Volkmann (Hg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität. Sonderausg. München 2012 [1999].
- Münkel, Daniela (Hg.), Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn. Göttingen 2000.
- Münkel, Daniela, Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag. Frankfurt a. M./New York 1996.
- Musial, Torsten, Staatsarchive im Dritten Reich. Zur Geschichte des staatlichen Archivwesens in Deutschland 1933–1945. Potsdam 1996.
- Muth, Ingrid, Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen. Berlin 2000.
- Nagel, Anne C., Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1939. Frankfurt a. M. 2012.
- Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland/Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR (Hg.), Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft. Nachdr. d. 3., überarb. Aufl. Berlin 2002 [1965].
- Naumann, Klaus, Generale in der Demokratie. Generationsgeschichtliche Studien zur Bundeswehrelite. Hamburg 2007.

- Neliba, Günter, Staatssekretäre des NS-Regimes. Ausgewählte Aufsätze. Berlin 2005.
- Neliba, Günter, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Paderborn u. a. 1992.
- Nerding, Winfried, Architektur und Verbrechen. Die Rolle von Architekten im Nationalsozialismus. Göttingen 2014.
- Neumann, Manfred, Von der Reichskanzlei zum Bundeskanzleramt. Vor 120 Jahren: Bismarck gründet die Reichskanzlei, in: *Archiv des öffentlichen Rechts* 124 (1999), 1, S. 108–130.
- Niemann, Mario (Hg.), SED-Kader. Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon der Sekretäre der Landes- und Bezirksleitungen, der Ministerpräsidenten und der Vorsitzenden der Räte der Bezirke 1946 bis 1989. Paderborn u. a. 2010.
- Niemann, Mario, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989. Paderborn u. a. 2007.
- Niemetz, Daniel, Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachteinflüsse im Militär der SBZ/DDR. Berlin 2006.
- Noethen, Stefan, Alte Kameraden und neue Kollegen. Polizei in Nordrhein-Westfalen 1945–1953. Essen 2003.
- Ortner, Helmut, Der Hinrichter. Roland Freisler, Mörder im Dienste Hitlers. Überarb. Neuausg. Frankfurt a. M. 2014 [1995].
- Osterloh, Jörg/Clemens Vollnhals (Hg.), NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR. Göttingen/Oakville 2011.
- Patel, Kiran Klaus, »Soldaten der Arbeit«. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933–1945. Göttingen 2003.
- Paul, Gerhard/Klaus-Michael Mallmann (Hg.), Die Gestapo. Mythos und Realität. Darmstadt 1995.
- Pauli, Frank, Das kriegsgediente Offizierkorps der Bundeswehr und die Innere Führung 1955 bis 1970. Paderborn u. a. 2010.
- Pawlowski, Rita (Hg.), »Unsere Frauen stehen ihren Mann«. Frauen in der Volkskammer der DDR 1950 bis 1989. Ein biographisches Handbuch. Berlin 2008.
- Peltzer, Lilli, Die Demontage deutscher naturwissenschaftlicher Intelligenz nach dem 2. Weltkrieg. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt 1945–1948. Berlin 1995.
- Perels, Joachim, Das juristische Erbe des »Dritten Reiches«. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung. Frankfurt a. M. 1999.
- Peschel-Gutzeit, Lore Maria (Hg.), Das Nürnberger Juristen-Urteil von 1947. Historischer Zusammenhang und aktuelle Bezüge. Baden-Baden 1996.
- Petzold, Joachim, Die Entnazifizierung der sächsischen Lehrerschaft 1945, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*. Berlin 1993, S. 87–103.
- Pirker, Theo (Hg.), Die bizonalen Sparkommissare. Öffentliche Finanzkontrolle im Spannungsfeld zwischen Eigen- und Fremdinteresse während der Vor- und Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1992.
- Pirker, Theo (Hg.), Rechnungshöfe als Gegenstand zeitgeschichtlicher Forschung. Entwicklung und Bedeutung der Rechnungshöfe im 20. Jahrhundert. Berlin (West) 1987.
- Pohl, Dieter, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944. München 2008.
- Pohl, Manfred, Die Geschichte der Nationalbank für Deutschland, in: *Bankhistorisches Archiv* 7 (1981), 1, S. 16–49.
- Pöhlmann, Markus, Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik. Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914–1956. Paderborn u. a. 2002.
- Pöppmann, Dirk, Im Schatten Weizsäckers? Auswärtiges Amt und SS im Wilhelmstraßenprozess, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hg.), NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung. Hamburg 2013, S. 320–352.
- Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (Hg.), Die unbewältigte Gegenwart. Eine Dokumentation über Rolle und Einfluß ehemals führender Nationalsozialisten in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a. M. 1962.
- Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (Hg.), Weißbuch. In Sachen Demokratie. Unveränd. Neuauf. Renchen 2004 [1960].
- Präsidium der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik (Hg.), Die Abgeordneten der Volkskammer. Berlin (Ost) 1964–1990.
- Prieß, Lutz, Die NS-Kampagnen von SED und MfS gegen die West-Berliner Polizei, in: Jochen Staadt/Klaus Schroeder (Hg.), *Feindwärts der Mauer. Das Ministerium für Staatssicherheit und die West-Berliner Polizei*. Frankfurt a. M. u. a. 2014, S. 163–184.

- Prollius, Michael von, *Das Wirtschaftssystem der Nationalsozialisten 1933–1939. Steuerung durch emergente Organisation und politische Prozesse*. Paderborn u. a. 2003.
- Rebentisch, Dieter, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945*. Stuttgart 1989.
- Recker, Marie-Luise, *Die Außenpolitik des Dritten Reiches*. 2., um einen Nachtr. erw. Aufl. München 2010 [1990].
- Reese, Mary E., *General Reinhard Gehlen. The CIA Connection*. Fairfax 1990.
- Regierung 1955–1978*. Wiesbaden 2009.
- Rigoll, Dominik, *Grenzen des Sagbaren. NS-Belastung und NS-Verfolgungserfahrung bei Bundestagsabgeordneten*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (2014), 1, S. 128–140.
- Rigoll, Dominik, *Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr*. Göttingen 2013.
- Ritschl, Albrecht, *Hat das Dritte Reich wirklich eine ordentliche Beschäftigungspolitik betrieben?*, in: *Jahrbuch für Wirtschafts-geschichte*. Teil 1/2003, S. 125–142.
- Ritzi, Matthias/Erich Schmidt-Eenboom, *Im Schatten des Dritten Reiches. Der BND und sein Agent Richard Christmann*. Berlin 2011.
- Roncador, Tilman von, *Der Wohnungsbau auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland 1945 bis 1989*. Diss. Universität München 2006.
- Rössler, Ruth-Kristin, *Aspekte der Personalentwicklung und der Personalpolitik in der Justiz der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR*, in: Peter Hübner (Hg.), *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*. Köln/Weimar/Wien 1999, S. 131–145.
- Rottleuthner, Hubert, *Karrieren und Kontinuitäten deutscher Justizuristen vor und nach 1945*. Berlin 2010.
- Rürup, Reinhard/Wolfgang Schieder (Hg.), *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus*. 17 Bde. Göttingen 2000–2007.
- Rüter, Christiaan F./Dick W. de Mildt (Hg.), *DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung (ost-)deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1998*. 14 Bde. Amsterdam/München 2002–2009.
- Rüter, Christiaan F./Dick W. de Mildt (Hg.), *Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung (west-)deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–2012*. 49 Bde. Amsterdam/München 1968–2012.
- Rüther, Günther, *»Greif zur Feder, Kumpel«*. Schriftsteller, Literatur und Politik in der DDR 1949–1990. Düsseldorf 1991.
- Rüthers, Bernd, *Entartetes Recht. Rechtslehren und Kronjuristen im Dritten Reich*. 2., verb. Aufl. München 1989 [1988].
- Sabrow, Martin, *Das Unbehagen an der Aufarbeitung. Zur Engführung von Wissenschaft, Moral und Politik in der Zeitgeschichte*, in: Thomas Schaarschmidt (Hg.), *Historisches Erinnern und Gedenken im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert*. Frankfurt a. M. 2008, S. 11–20.
- Sabrow, Martin/Christian Mentel (Hg.), *Das Auswärtige Amt und seine umstrittene Vergangenheit. Eine deutsche Debatte*. Frankfurt a. M. 2014.
- Sachße, Christoph/Florian Tennstedt, *Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus*. Stuttgart 1992.
- Salheiser, Axel, *Parteitreu, plangemäß, professionell? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe von DDR-Industriekadern*. Wiesbaden 2009.
- Sander-Nagashima, Johannes Berthold, *Die Bundesmarine 1955 bis 1972. Konzeption und Aufbau*. München 2006.
- Sänger, Fritz (Hg.), *Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestags*. 1. Wahlperiode. Stuttgart 1949.
- Sattler, Friederike, *Wirtschaftsordnung im Übergang. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–52*. Münster 2002.
- Schagen, Udo/Sabine Schleiermacher, *Gesundheitswesen und Sicherung bei Krankheit*, in: Michael Schwartz (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*. Bd. 8: *Deutsche Demokratische Republik 1949–1961. Im Zeichen des sozialistischen Aufbaus*. Baden-Baden 2004, S. 388–433.
- Schanetzky, Tim, *»Kanonen statt Butter«*. *Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich*. München 2015.
- Scheck, Manfred, *Zwangsarbeit und Massensterben. Politische Gefangene, Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge in Vaihingen an der Enz 1933 bis 1945*. Berlin 2014.

- Schenk, Dieter, Die braunen Wurzeln des BKA. Durchges. Ausg. Frankfurt a. M. 2003 [2001].
- Scherner, Jonas/Jochen Streb, Das Ende eines Mythos? Albert Speer und das so genannte Rüstungswunder, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 93 (2006), 2, S. 172–196.
- Schmaltz, Florian, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie. Göttingen 2005.
- Schmidt-Eemboom, Erich, BND. Der deutsche Geheimdienst im Nahen Osten. Geheime Hintergründe und Fakten. München 2007.
- Schmuhl, Hans-Walter, Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung in Deutschland 1871–2002. Zwischen Fürsorge, Hoheit und Markt. Nürnberg 2003.
- Schneider, Dieter Marc, Die deutsche Verwaltung des Innern (DVdI), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. 2. Aufl. München 1993 [1990], S. 207–217.
- Schneider, Sabine/Eckart Conze/Jens Flemming/Dietfried Krause-Vilmar, Vergangenheiten. Die Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen, Branner und der Nationalsozialismus. Marburg 2015.
- Scholtyssek, Joachim, Der Aufstieg der Quandts. Eine deutsche Unternehmerdynastie. 2. Aufl. München 2011.
- Scholtyssek, Joachim, Die Außenpolitik der DDR. München 2003.
- Scholtyssek, Joachim, Nur eine nachgeordnete Behörde ohne Kompetenzen? Das Reichswirtschaftsministerium 1933 bis 1945 und die Frage personeller Kontinuitäten in der Bundesrepublik, in: Manuel Becker/Christoph Studt (Hg.), Die Ämter und ihre Vergangenheit im »Dritten Reich«. »Horte des Widerstands« oder »verbrecherische Organisationen«? Augsburg 2013, S. 101–127.
- Schöne, Siegfried, Von der Reichskanzlei zum Bundeskanzleramt. Eine Untersuchung zum Problem der Führung und Koordination in der jüngeren deutschen Geschichte. Berlin (West) 1968.
- Schrader, Bärbel, »Jederzeit widerruflich«. Die Reichskulturkammer und die Sondergenehmigungen in Theater und Film des NS-Staates. Berlin 2008.
- Schramm, Percy Ernst (Hg.), Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht 1940–1945. 8 Bde. Frankfurt a. M. 1961–1969.
- Schreyer, Hermann, Das staatliche Archivwesen der DDR. Ein Überblick. Düsseldorf 2008.
- Schröder, Joachim, Die Münchner Polizei und der Nationalsozialismus. Essen 2013.
- Schulte, Jan Erik/Michael Wala (Hg.), Widerstand und Auswärtiges Amt. Diplomaten gegen Hitler. München 2013.
- Schulte, Wolfgang (Hg.), Die Polizei im NS-Staat. Beiträge eines internationalen Symposiums an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster. Frankfurt a. M. 2009.
- Schulz, Günther, Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungspolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1957. Düsseldorf 1994.
- Schulze, Birgit, Heinrich Himmler, das Reichsministerium des Innern und das Verhältnis von Staat und Partei 1943–1945, in: Klaus Möltgen (Hg.), Kriegswirtschaft und öffentliche Verwaltung im Ruhrgebiet 1939–1945. Gelsenkirchen 1990, S. 9–33.
- Schumacher, Martin (Hg.), M.d.B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf 2000.
- Schumacher, Martin (Hg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. 3., erw. u. überarb. Aufl. Düsseldorf 1994 [1991].
- Schütt, Siegfried, Theodor Oberländer. Eine dokumentarische Untersuchung. München 1995.
- Schwartz, Michael, Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das »Dritte Reich«. München 2013.
- Schwartz, Michael, Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961. München 2004.
- Searle, Alaric, Wehrmacht Generals, West German Society, and the Debate on Rearmament 1949–1959. Westport 2003.
- Siebeneichner, Tilmann, Proletarischer Mythos und realer Sozialismus. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR. Köln u. a. 2014.

- Siebenmorgen, Peter, Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß. München 2015.
- Sobotta, Johannes, Das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung. Bonn 1969.
- Soell, Hartmut, Helmut Schmidt. 2 Bde. München 2003–2008.
- Sommer, Karl-Ludwig, Die NS-Vergangenheit früherer Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft. Projektstudie und wissenschaftliches Colloquium. Bremen 2014.
- Spoerer, Mark, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1938–1945. Stuttgart/München 2001.
- Springer Gabler Verlag (Hg.), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: oberste Bundesbehörden, <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/1758/oberste-bundesbehoerden-v7.html>.
- Steiner, André (Hg.), Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich. Köln/Weimar/Wien 2006.
- Steiner, André, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül. Berlin 1999.
- Steiner, André, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Akt. und bearb. Neuausg. Stuttgart 2007 [2004].
- Steinke, Ronen, Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht. 2. Aufl. München/Zürich 2013.
- Steinweis, Alan E., Art, Ideology and Economics in Nazi Germany. The Reich Chambers of Music, Theater and the Visual Arts. Chapel Hill 1996.
- Stickler, Matthias, Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004.
- Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Bundeskanzleramt (Hg.), Die Bundeskanzler und ihre Ämter. Heidelberg 2006.
- Stolleis, Michael, Recht im Unrecht. Studien zur Rechtsgeschichte des Nationalsozialismus. Nachdr. Frankfurt a. M. 2006 [1994].
- Stucke, Andreas, Institutionalisierung der Forschungspolitik. Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums. Frankfurt a. M. 1993.
- Stutz, Rüdiger, »Surviving the Swastika«? The Advancement of Zeiss Managers in Nazi Germany and the Postwar East German State, in: German Studies Review 29 (2006), 3, S. 603–610.
- Süß, Winfried, »Wer aber denkt für das Ganze?« Aufstieg und Fall der ressortübergreifenden Planung im Bundeskanzleramt, in: Matthias Freese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik. Paderborn u. a. 2003, S. 349–377.
- Süß, Winfried, Der »Volkskörper« im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945. München 2009.
- Süß, Winfried, Der beinahe unaufhaltsame Aufstieg des Karl Brandt. Zur Stellung des »Reichskommissars für das Sanitäts- und Gesundheitswesen« im gesundheitspolitischen Machtgefüge des »Dritten Reiches«. Berlin 2002.
- Thoß, Bruno (Hg.), Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer »verdeckten Aufrüstung« in der SBZ/DDR. München 1994.
- Tiedge, Hansjoachim, Der Überläufer. Eine Lebensbeichte. Berlin 1998.
- Timm, Angelika, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel. Bonn 1997.
- Tooze, Adam, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. München 2007 [engl. 2006].
- Trittel, Christina, Die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt 1946–1950. Vom Scheitern demokratischer Hoffnung. Halle (Saale) 2007.
- Tuchman, Barbara, Wann ereignet sich Geschichte? [1964], in: Barbara Tuchman, In Geschichte denken. Essays. 3. Aufl. Frankfurt a. M. 1992 [1982, engl. 1981], S. 31–39.
- Ueberschär, Gerd R., Stauffenberg und das Attentat des 20. Juli 1944. Darstellung, Biographien, Dokumente. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 2009 [2004].
- Ulbricht, Josephine, Die Enteignung der Münchner Sinti und Roma und die Rolle der Reichsfinanzverwaltung, in: Matthias Bahr/Peter Pohl (Hg.), Hugo Höllenreiner. Das Zeugnis eines überlebenden Sinto und seine Perspektiven für eine bildungssensible Erinnerungskultur. Stuttgart 2014, S. 165–178.
- Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen (Hg.), Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten. 5., erg. Aufl. Berlin (West) 1965 [1958].
- Unverhau, Dagmar, Das »NS-Archiv« des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung. 2., durchges. Aufl. Münster 2004 [1998].

- Vierhaus, Rudolf/Bernhard vom Brocke (Hg.), *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart 1990.
- Vierhaus, Rudolf/Ludolf Herbst (Hg.), *Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002*. 3 Bde. München 2002–2003.
- Volckart, Oliver, *Polykratische Wirtschaftspolitik. Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsministerium, Arbeitsministerium, DAF und Reichsnährstand 1933–1939*, in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 90 (2003), 2, S. 174–193.
- Volkammer der Deutschen Demokratischen Republik (Hg.), *Handbuch der Volkammer der Deutschen Demokratischen Republik*. Berlin (Ost) 1957–1959.
- Vossen, Johannes, *Gesundheitsämter im Nationalsozialismus. Offene Gesundheitsfürsorge und Rassenhygiene in Westfalen zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik 1900–1950*. Essen 2001.
- Wachs, Philipp-Christian, *Der Fall Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*. Frankfurt a. M. 2000.
- Wachsmann, Nikolaus, *Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat*. München 2006.
- Wagner, Armin, *Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971)*. Berlin 2002.
- Wagner, Patrick, *Hitlers Kriminalisten. Die deutsche Kriminalpolizei und der Nationalsozialismus zwischen 1920 und 1960*. München 2002.
- Wagner-Kyora, Georg, *Continuities in the Identity Construction of Industrial Chemists, 1940–1970*, in: *German Studies Review* 29 (2006), 3, S. 611–619.
- Waibel, Harry, *Diener vieler Herren. Ehemalige NS-Funktionäre in der SBZ/DDR*. Frankfurt a. M. u. a. 2011.
- Walker, Horst O., *Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Eine Untersuchung zu Fragen der Organisation, Koordination und Kontrolle der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung*. Frankfurt a. M. 1982.
- Walker, Mark, *Nazi Science. Myth, Truth, and the German Atomic Bomb*. New York 1995.
- Walter, Liese, *Zur Entstehungsgeschichte des Bundesgesundheitsamts*, in: *Bundesgesundheitsblatt* 5 (1962), S. 49–55.
- Walther, Simone, *Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit beim personellen Neubeginn im zentralen Archivwesen der SBZ/DDR (1945–1952). Versuch einer Bestandsaufnahme*, in: *Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus*. 75. Deutscher Archivtag 2005 in Stuttgart. Essen 2007, S. 469–485.
- Wanitschke, Matthias (Hg.), *Archivierter Mord. Der SED-Staat und die NS-»Euthanasie«-Verbrechen in Stadtroda*. Erfurt 2005.
- Waske, Stefanie, *Mehr Liaison als Kontrolle. Die Kontrolle des BND durch Parlament und Regierung 1955–1978*. Wiesbaden 2009.
- Waske, Stefanie, *Nach Lektüre vernichten! Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg*. München 2013.
- Weber, Jürgen/Michael Piazzolo (Hg.), *Justiz im Zwielicht. Ihre Rolle in Diktaturen und die Antwort des Rechtsstaates*. München 1998.
- Wegener, Jens, *Die Organisation Gehlen und die USA. Deutsch-amerikanische Geheimdienstbeziehungen 1945–1949*. Berlin 2008.
- Weil, Francesca, *Zielgruppe Ärzteschaft. Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR*. Göttingen 2008.
- Weinert, Rainer, *»Die Sauberkeit der Verwaltung im Kriege«. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches 1938–1946*. Opladen 1993.
- Weingart, Peter/Niels C. Taubert (Hg.), *Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*. Weilerswist 2006.
- Weinke, Annette, *Das »neue« Auswärtige Amt und der Widerstand*, in: *Manuel Becker/Christoph Studt (Hg.), Die Ämter und ihre Vergangenheit im »Dritten Reich«. Horte des Widerstandes« oder »verbrecherische Organisationen«?* Augsburg 2013, S. 73–86.
- Weinke, Annette, *Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigung 1949–1969 oder: eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg*. Paderborn u. a. 2002.
- Weinke, Annette, *Eine Gesellschaft ermittelt gegen sich selbst. Die Geschichte der Zentralen Stelle in Ludwigsburg 1958–2008*. 2., um ein Vorw. erw. Aufl. 2009 [2008].
- Weiser, Johanna, *Geschichte der preußischen Archivverwaltung und ihrer Leiter. Von den Anfängen unter Staatskanzler von Hardenberg bis zur Auflösung im Jahre 1945*. Köln 2000.
- Weiß, Matthias, *Journalisten. Worte als Taten*, in: *Norbert Frei (Hg.), Hitlers Eliten nach 1945*. 6. Aufl. München 2014 [2001], S. 218–268.

- Weiß, Peter Ulrich, Die NS-Belastung des Reichsarchivs und deren Bedeutung in der deutsch-deutschen Archivpolitik nach 1945. Ms. 2015.
- Weitkamp, Sebastian, Braune Diplomaten. Horst Wagner und Eberhard von Thadden als Funktionäre der »Endlösung«. Bonn 2008.
- Welsh, Helga A., »Antifaschistisch-demokratische Umwälzung« und politische Säuberung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Klaus Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.), Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1991, S. 84–107.
- Welsh, Helga A., Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltung, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München 1990, S. 229–238.
- Wengst, Udo, Deutscher Bundestag und NS-Vergangenheit, in: Norbert Kartmann (Hg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag. Wiesbaden und Marburg 2014, S. 19–25.
- Wentker, Hermann, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989. München 2007.
- Wentker, Hermann, Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen. München 2001.
- Wentker, Hermann, Justiz in der SBZ/DDR und im »Dritten Reich«. Ein Vergleich aus der Perspektive ihrer zentralen Institutionen, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hg.), Diktaturen in Deutschland. Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen. Bonn 2003, S. 188–218.
- Wentker, Hermann, Volksrichter in der SBZ/DDR (1945–1952), in: Heiner Timmermann (Hg.), Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert. Der Fall DDR. Berlin 1996, S. 95–112.
- Wenzke, Rüdiger, Das unliebsame Erbe der Wehrmacht und der Aufbau der DDR-Volksarmee, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität. Sonderausg. München 2012 [1999], S. 1113–1138.
- Wenzke, Rüdiger, Ulbrichts Soldaten. Die Nationale Volksarmee 1956 bis 1971. Berlin 2013.
- Wenzke, Rüdiger/Torsten Diedrich, Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952–1956. 2. Aufl. Berlin 2003 [2001].
- Werner, Oliver, Ein Betrieb in zwei Diktaturen. Von der Bleichert-Transportanlagen GmbH zum VEB VTA Leipzig 1932 bis 1963. Stuttgart 2004.
- Werther, Thomas, Fleckfieberforschung im Deutschen Reich 1914–1945. Untersuchungen zur Beziehung zwischen Wissenschaft, Industrie und Politik unter besonderer Berücksichtigung der IG Farben. Diss. Universität Marburg 2004.
- Wiegeshoff, Andrea, »Wir müssen alle etwas umlernen«. Zur Internationalisierung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland (1945/51–1969). Göttingen 2013.
- Wieland, Lothar, Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn 1968.
- Wiesing, Urban/Klaus-Rainer Brintzinger/Horst Junginger/Susanne Michel (Hg.), Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus. Stuttgart 2010.
- Wildenmann, Rudolf, Macht und Konsens als Problem der Innen- und Außenpolitik. Bonn/Frankfurt a. M. 1963.
- Wildt, Michael, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. 3., durchges. u. akt. Aufl. Hamburg 2015 [2002].
- Wille, Manfred, Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1948. Magdeburg 1993.
- Wirsching, Andreas, Zur aktuellen Situation der »Aufarbeitung der NS-Zeit«, in: Südosteuropa Mitteilungen 54 (2014), 4, S. 16–27.
- Wojak, Irmtrud, Fritz Bauer 1903–1968. Eine Biographie. München 2009.
- Zeit, Katharina, Max von Laue (1879–1960). Seine Bedeutung für den Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 2006.
- Zimmermann, John, Ulrich de Maizière. General der Bonner Republik 1912 bis 2006. München 2012.
- Zimmermann, Moshe, Auf die Historiker kommt es an! Eine Replik, in: Jahrbuch für Politik und Geschichte 3 (2012), S. 215–217.
- Zimmermann, Moshe, Aufklärung und Anstoß. Über den Nutzen von Historikerkommissionen, in: Jahrbuch für Politik und Geschichte 3 (2012), S. 206–212.

- Zolling, Hermann/Heinz Höhne, Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes. Hamburg 1971.
- Zschaler, Frank, Das Finanzsystem in der frühen SBZ/DDR. Effizienzprobleme aus institutionenökonomischer Sicht, in: Johannes Bähr (Hg.), Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945–1990. Berlin 1996, S. 281–301.
- Zschaler, Frank, Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik in Berlin 1945–1961. Eine vergleichende Untersuchung von Ost- und West-Berlin. Berlin u. a. 1995.

Aufstellung der obersten Behörden der Bundesrepublik und der DDR und ihrer nachgeordneten Institutionen (1949–1969)

Zusammengestellt von Maximilian Fügen M. A.

Eine vollständige, die Jahre 1949 bis 1969 umfassende Aufstellung der Obersten Bundesbehörden sowie ihrer nachgeordneten Institutionen, insbesondere der Bundesoberbehörden, und der jeweiligen DDR-Gegenstücke liegt nicht vor. Eine solche zu erstellen ist ein komplexes Unterfangen und im Folgenden nur in Ansätzen zu leisten.

Lassen sich für die Obersten Bundesbehörden bzw. Bundesministerien noch mehr oder weniger eindeutig die Ministerien der DDR und weitere zentrale Organe des Staatsapparates als Gegenstücke bezeichnen, so fällt dies bei der unmittelbar darunterliegenden Hierarchieebene der Bundesoberbehörden schon deutlich schwerer. Am ehesten sind die zentralen Organe des Ministerrates aufgabentechnisch mit den Bundesoberbehörden vergleichbar. Hinzu kommen die staatlichen Kommissionen und Koordinierungs- und Kontrollstellen des Ministerrates sowie die einzelnen Staatssekretariate.³⁰² Da der ministerielle Apparat der DDR in personellen und inhaltlichen Fragen in hohem Maße von den Vorgaben der »weitgehend parallel zum Staatsapparat«³⁰³ bestehenden Abteilungen des Zentralkomitees der SED abhängig war,³⁰⁴ waren auch diese zu berücksichtigen.

Bei der Aufstellung der DDR-Behörden wurden insbesondere im Bereich der Industrieministerien nicht alle Veränderungen der ministeriellen Struktur der Jahre 1949 bis 1969 aufgeführt. Ein Nachzeichnen der permanenten Neugründungen, Schließungen, Aufgliederungen und Fusionen einzelner Ministerien wäre unübersichtlich und der Sache nicht dienlich gewesen.³⁰⁵

302 Eine grafische Zusammenstellung dieser Institutionengruppen ist zu finden in: Gert-Joachim Glaeßner, Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR. Darmstadt 1989, S. 156f. Ausführliche Informationen zu den Institutionsgruppen in: Peter Joachim Lapp, Der Ministerrat der DDR. Aufgaben, Arbeitsweise und Struktur der anderen deutschen Regierung. Opladen 1982, S. 81–268.

303 Glaeßner, Republik, S. 143.

304 Glaeßner, Republik, S. 17, 160.

305 Eine detaillierte Aufstellung der einzelnen Ministerien ist zu finden in: Lapp, Ministerrat, S. 81–268. Hierin werden die Industrieministerien auf den Seiten 146–158 behandelt.

Für die Aufstellung einer ›Grundliste‹ musste ein Fixzeitpunkt gewählt werden, der für die DDR aufgrund der Literaturlage aus pragmatischen Gründen auf das Jahr 1979 festgelegt wurde.³⁰⁶ Auf dieser Basis wurden anschließend Veränderungen und Modifizierungen zwischen 1949 und 1969 eingearbeitet.³⁰⁷

Die Auflistung der Obersten Bundesbehörden und der nachgeordneten Institutionen (insbesondere der Bundesoberbehörden) bedarf ebenfalls der Erläuterung. Die Liste für die Bundesrepublik wurde in erster Linie anhand zweier Quellen und einer Darstellung erarbeitet.³⁰⁸ Unterschiede zwischen diesen Angaben erschwerten die Zusammenstellung. Institutionen, die nicht in mindestens zwei der verwendeten Auflistungen zu finden waren, wurden nicht berücksichtigt. Ein weiteres Problem ergab sich bei der zeitlichen Feststellung von Fusionen und nominellen Veränderungen, da beispielsweise die einschlägige Handbuch-Reihe »Die Bundesrepublik« nicht jährlich erschienen ist und auch die als Quellen verwendeten Bundeshaushaltspläne den Zeitpunkt der Veränderung nur auf zwei Jahre (dem der Aufstellung des Planes und dem der geplanten Umsetzung) beschränken. Teilweise konnten diese Ungenauigkeiten durch weiterführende Recherchen behoben werden, die jedoch nicht für jede Institution flächendeckend durchgeführt werden konnten.

Aufstellung der ständigen Obersten Bundesorgane, Obersten Behörden der Bundesrepublik und ihrer nachgeordneten Institutionen von 1949 bis 1969

1. Ständige Oberste Bundesorgane und Oberste Bundesbehörden

1.1 Ständige Oberste Bundesorgane³⁰⁹

Bundespräsident

1949

Deutscher Bundestag

1949

Bundesrat

1949

Bundesregierung

1949

Bundesverfassungsgericht

1951

1.2 Oberste Bundesbehörden neben den Bundesministerien³¹⁰

Bundespräsidialamt

1949 gegründet

Bundeskanzleramt

1949 gegründet

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

1949 gegründet

Bundesrechnungshof

1950 gegründet

Deutsche Bundesbank

1957 gegründet

309 Bundesministerium des Innern, Verfassungsorgane, http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Staatliche-Ordnung/Verfassungsorgane/verfassungsorgane_node.html.

310 Springer Gabler Verlag (Hg.), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: oberste Bundesbehörden, <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/1758/oberste-bundesbehoerden-v7.html>

306 Für das Jahr 1979 liegt eine vollständige Liste der zentralen staatlichen Behörden der DDR vor, vgl. Glaesner, Republik, S. 156f.

307 Basierend auf Lapp, Ministerrat, S. 81–268.

308 Hierbei handelt es sich um: Rudolf Wildenmann, Macht und Konsens als Problem der Innen- und Außenpolitik. Bonn/Frankfurt a. M. 1963, S. 295–298; Bundesministerium des Innern, Taschenbuch für Verwaltungsbeamte (»Die Bundesrepublik«) Bd. 62–70. Berlin (West)/Köln 1952–1971; Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge, Bundeshaushaltspläne bzw. Bundeshaushaltsgesetze der Jahre 1950 bis 1969, <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/br>.

1.3 Bundesministerien³¹¹**Auswärtiges Amt**

1950 als »Bundeskanzleramt – Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten« gegründet
1951 »Auswärtiges Amt«

Bundesministerium des Innern

1949 gegründet

Bundesministerium der Justiz

1949 gegründet

Bundesministerium der Finanzen

1949 gegründet

Bundesministerium für Wirtschaft

1949 gegründet

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1949 gegründet

Bundesministerium für Arbeit

1949 gegründet
1957 »Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung«

Bundesministerium für Verkehr

1949 gegründet
1969 »Bundesministerium für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen«

Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen

1949 gegründet
1969 »Bundesministerium für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen«

Bundesministerium für Angelegenheiten des Marshallplans

1949 gegründet
1950 »Bundesministerium für den Marshallplan«
1953 »Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit«
1957 aufgelöst und umgewandelt in das »Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes«
1961 Neugründung des »Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit«

Bundesministerium für Wohnungsbau

1949 gegründet
1961 »Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung«
1965 »Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau«
1969 »Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen«

Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen

1949 gegründet
1950 »Bundesministerium für Vertriebene«
1954 »Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte«
1969 aufgelöst

Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen

1949 gegründet
1969 »Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen«

Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates

1949 gegründet
1957 »Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder«
1969 aufgelöst

Bundesministerium für Verteidigung

1950 als »Bundeskanzleramt – Beauftragter des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen« (Dienststelle Blank) gegründet
1955 »Bundesministerium für Verteidigung«
1961 »Bundesministerium der Verteidigung«

311 Heinz Hoffmann, Die Bundesministerien. Bezeichnungen, amtliche Abkürzungen, Zuständigkeiten, Aufbauorganisation, Leitungspersonen. Koblenz 2003, S. 46–62. (Hierbei wurden Namensänderungen, die nicht länger als ein halbes Jahr gültig waren, nicht berücksichtigt. Ebenso wenig berücksichtigt wurden die Minister für besondere Aufgaben.)

Bundesministerium für Gesundheitswesen

1961 gegründet

1969 »Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit«

Bundesministerium für Familienfragen

1953 gegründet

1957 »Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen«

1963 »Bundesministerium für Familie und Jugend«

1969 »Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit«

Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes

1957 hervorgegangen aus dem aufgelösten »Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit«

1961 »Bundesschatzministerium«

1969 aufgelöst

Bundesministerium für Atomfragen

1955 gegründet

1957 »Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft«

1961 »Bundesministerium für Atomkernenergie«

1962 »Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung«

1969 »Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft«

Bundesministerium für Angelegenheiten des**Bundesverteidigungsrates**

1965 gegründet

1966 aufgelöst

2. Bundesoberbehörden und andere den Ministerien unmittelbar unterstellte Institutionen³¹²**2.1 Auswärtiges Amt****Vertretungen des Bundes im Ausland****2.2 Bundesministerium des Innern****Statistisches Bundesamt**

1950 aus dem »Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes« hervorgegangen

Bundesamt für Verfassungsschutz

1950 gegründet

Bundeskriminalamt

1951 gegründet

Bundesgesundheitsamt

1952 gegründet

1962 an das neugegründete »Bundesministerium für Gesundheitswesen« überstellt

Bundesstelle für das Auswanderungswesen

1950 gegründet

1952 »Bundesamt für Auswanderung sowie Bundesstelle für Staatsangehörigkeitsangelegenheiten«

1955 in der »Bundesstelle für Verwaltungsangelegenheiten des Bundesministers des Innern sowie Bundesamt für Auswanderung« aufgegangen

Bundesarchiv

1952 gegründet

312 Bundesministerium des Innern, Taschenbuch für Verwaltungsbeamte; Wildenmann, Macht und Konsens, S. 295–298; Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge: Bundeshaushaltspläne bzw. Bundehaushaltsgesetze der Jahre 1950 bis 1969, <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/br>; Klaus Burgsmüller, Die Errichtung selbständiger Bundesoberbehörden gemäß Art. 87 Abs. 3 Satz 1 GG, ihre Stellung innerhalb der Bundesverwaltung und ihr Verhältnis zu den Behörden und Ländern. Köln 1967, S. 105–129.

Institut für Raumforschung

1949 gegründet

1959 in die »Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung« eingegliedert

Institut für Angewandte Geodäsie

1950 gegründet

1952 dem »Bundesministerium des Innern« unterstellt

1956/1957 »Institut für Angewandte Geodäsie, Kartographie und Photogrammetrie«

Amt für Landeskunde

≤ 1950 gegründet

1953 »Bundesanstalt für Landeskunde«

1959 in die »Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung« eingegliedert

Bundesanstalt für zivilen Luftschutz

1953 gegründet

1958 in das »Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz« überführt

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

1953 gegründet

1958 dem »Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz« angegliedert

Bundesamt für Landbeschaffung

1952 (lediglich geplant)

Zentralamt für Vermögensverwaltung (Brit. Zone)

1945 gegründet

1955 »Verwaltungsamt für innere Restitutionen« beim »Bundesministerium der Finanzen«

Bundesausgleichsstelle bei dem Bundesministerium des Innern

1951 gegründet

1953 »Bundesausgleichsstelle bei dem Bundesministerium des Innern und Bundesstelle für Entschädigung der Bediensteten jüdischer Gemeinden«

1955 in der »Bundesstelle für Verwaltungsangelegenheiten des Bundesministers des Innern sowie Bundesamt für Auswanderung« aufgegangen

Bundespaßkontrolldienst

1951 gegründet und in den »Bundesgrenzschutz« eingegliedert

Deutsches Amt für Ein- und Ausreisegenehmigung

1949 gegründet

1952 aufgelöst

Bundesdienststelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge

1953 gegründet

1965 »Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge«

Bundeszentrale für Heimatdienst

1952 gegründet

1963 »Bundeszentrale für politische Bildung«

Büro für Aufenthaltsgenehmigungen beim Bundesministerium des Innern

≤ 1951 gegründet

1954 zuletzt im Haushaltsplan des Bundes aufgeführt

Bundesgrenzschutz

1951 gegründet

Deutsches Archäologisches Institut

1953 in die Zuständigkeit des »Bundesministeriums des Innern« übergegangen

Deutsches Historisches Institut

1953 gegründet

1967 dem »Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung« unterstellt

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften

1954 gegründet

1967 dem »Bundesministerium für Familie und Jugend« unterstellt

Bundesstelle für Verwaltungsangelegenheiten des Bundesministers des Innern sowie Bundesamt für Auswanderung

1955 aus der »Bundesstelle für das Auswanderungswesen« und der »Bundesausgleichsstelle bei dem Bundesministerium des Innern« hervorgegangen

1959 »Bundesverwaltungsamt«

Amt für Kartographie und Kartendruck

≤ 1950 gegründet

1950 zuletzt im Haushaltsplan des Bundes aufgeführt

Dienststellen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

≤ 1950 gegründet

1952 zuletzt im Haushaltsplan des Bundes aufgeführt

Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz

1957 durch Eingliederung der »Bundesanstalt für zivilen

Luftschutz« und Angliederung der »Bundeanstalt Technisches

Hilfswerk« entstanden

Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern

1958 erstmals im Haushaltsplan des Bundes aufgeführt

Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung

1959 aus der »Bundesanstalt für Landeskunde« und dem

»Institut für Raumforschung« gebildet

1967 »Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und

Raumordnung«

Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus

1961 gegründet

1966 »Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und

internationale Studien«

Akademie für zivile Verteidigung

1966 gegründet

Bundesausgleichsamt

1969 vom »Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge

und Kriegsgeschädigte« übernommen

Stiftung Preußischer Kulturbesitz

1957 gegründet

Bundesanstalt Deutsche Bibliothek

1969 gegründet

Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

1969 gegründet

Heimkehrerstiftung

1969 gegründet

Bundesverwaltungsgericht mit Oberbundesanwalt

1953 gegründet

Bundesdienststrafhof mit Bundesdienststrafanwalt

≤ 1950 gegründet

1952 »Bundesdisziplinarhof mit Bundesdisziplinaranwalt«

1967 Übergang der Zuständigkeit auf das

»Bundesverwaltungsgericht«

Bundesdienststrafkammern

≤ 1950 gegründet

1952 »Bundesdisziplinkammern«

1967 zuletzt im Haushaltsplan des Bundes aufgeführt

Bundesdisziplinargericht

1967 nach Auflösung des »Bundesdienststrafhofs« gegründet

2.3 Bundesministerium der Justiz

**Deutsches Obergericht für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet
und Generalanwaltschaft beim Deutschen Obergericht**

1948 gegründet

1951 aufgelöst

Bundesgerichtshof

1950 gegründet

Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

1950 gegründet

Deutsches Patentamt

1949 gegründet

Oberstes Rückerstattungsgericht

1955 gegründet

Bundespatentgericht

1961 gegründet

2.4 Bundesministerium der Finanzen

Bundesfinanzhof

1950 gegründet

Bundesbaudirektion

1950 gegründet

1957 dem »Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes« zugeteilt

Bundesfinanzverwaltung

1949 gegründet

Bundesvermögens- und Bundesbauverwaltung

≤ 1950 gegründet

1954 aufgelöst

Hauptamt für Soforthilfe

1949 gegründet

1952 »Bundesausgleichsamt«

1960 dem »Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte« zugeteilt

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen

≤ 1950 gegründet

1952 »Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen« beim »Bundesministerium für Wirtschaft«

Amt für Wertpapierbereinigung

≤ 1950 gegründet

1955 »Amt für Wertpapierbereinigung zugleich Bundesamt für äußere Restitution«

1958/1959 laut Bundeshaushaltgesetz »Amt für Wertpapierbereinigung«

1964 aufgelöst, wobei die Aufgaben an das »Bundesausgleichsamt« übertragen wurden

Bundeshauptkasse

≤ 1950 gegründet

Zusatzversorgungsanstalt des Reichs und der Länder

1929 gegründet

1951 »Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder«

1956 zuletzt im Haushaltsplan des Bundes aufgeführt

Beschaffungsstelle für Bundesbehörden

≤ 1950 gegründet

1951/1952 aufgelöst

Bundesmonopolverwaltung für Branntwein (Monopolamt)

1951 gegründet

Verwaltungsamt für innere Restitution

1955 aus dem »Zentralamt für Vermögensverwaltung (Brit. Zone)« beim »Bundesministerium des Inneren« hervorgegangen

2.5 Bundesministerium für Wirtschaft

Physikalisch-Technische Anstalt

1948 erneuert

1950 »Physikalisch-Technische Bundesanstalt«

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen

1952 gegründet

Bundesstelle für Überleitungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft

≤ 1950 gegründet

1951 »Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft«

1956 zuletzt im Haushaltsplan des Bundes aufgeführt und als »in Abwicklung« befindlich bezeichnet

Bundesauskunftsstelle für den Außenhandel

1951 gegründet

1953 »Bundesstelle für Außenhandelsinformation«

Bundesstelle für Besatzungsbedarf

1950 aus der »Zentralstelle für Besatzungsbedarf« hervorgegangen

1952 in der »Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft« aufgegangen

Bundesanstalt für mechanische und chemische Materialprüfung

1954 gegründet

1956 »Bundesanstalt für Materialprüfung«

Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft

1954 gegründet

Bundeskartellamt

1958 gegründet

Bundesanstalt für Bodenforschung

1958 aus dem »Amt für Bodenforschung« hervorgegangen

Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen

1962 gegründet

Institut für chemisch-technische Untersuchungen

1961 gegründet

Bundesbeauftragter für Steinkohlenbergbau und Steinkohlenbergbaugebiete

1968 gegründet

2.6 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft

1950 gegründet

Bundesanstalt für Lebensmittelforschung

1950 gegründet

1953 »Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung«

Zentralanstalt für Fischerei

1949 gegründet

1950 »Bundesanstalt für Fischerei«

1953 »Bundesforschungsanstalt für Fischerei«

Bundesforschungsanstalt für Fleischwirtschaft

1950 gegründet

1960 »Bundesanstalt für Fleischforschung«

Zentralinstitut für Forst- und Holzforschung

1950 gegründet

1950 »Bundesanstalt für Forst- und Holzwirtschaft«

1953 »Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft«

Bundesanstalt für Getreideverarbeitung

1950 gegründet

1953 »Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung«

Bundesanstalt für Qualitätsforschung pflanzlicher Erzeugnisse

1951 gegründet

Bundesanstalt für Tabakforschung

1953 gegründet

Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere

1952 gegründet

Bundesforschungsanstalt für Hauswirtschaft

1952 gegründet

1960 »Bundesanstalt für Hauswirtschaft«

Bundesforschungsanstalt für Kleintierzucht

1950 gegründet

Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft

1950 gegründet

1966 »Bundesanstalt für Milchforschung«

Sortenamt für Nutzpflanzen

1948 gegründet

1950 »Bundessortenamt für Nutzpflanzen«

1953 »Bundessortenamt«

Bundesforschungsanstalt für Rebenzüchtung

1966 gegründet

Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft

1951 gegründet

1965 »Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft«

Bundesstelle für Naturschutz und Landschaftspflege

1949 gegründet

1950/1951 aufgelöst

1952 als »Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege« wiedergegründet

1962 in der »Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege« aufgegangen

Zentralstelle für Vegetationskartierung

1949 gegründet

1950 aufgelöst

1953 als »Bundesanstalt für Vegetationskartierung« wiedergegründet

1962 in der »Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege« aufgegangen

Bundesanstalt für Fettforschung

1964 gegründet

Forschungsanstalt für Landwirtschaft

≤ 1964 gegründet

2.7 Bundesministerium für Arbeit

Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung

1950 gegründet

Bundesinstitut für Arbeitsschutz

1951 gegründet

Bundesarbeitsgericht

1954 gegründet

Bundesversicherungsamt

1956 gegründet

Bundessozialgericht

1954 gegründet

2.8 Bundesministerium für Verkehr

Deutsche Bundesbahn

1949 gegründet

Binnenwasserstraßenverwaltung

≤ 1950 gegründet

1956 zuletzt im Haushaltsplan des Bundes aufgeführt

Seewasserstraßenverwaltung

≤ 1950 gegründet

1956 zuletzt im Haushaltsplan des Bundes aufgeführt

Bundesschleppbetrieb

≤ 1950 gegründet

1967 zuletzt im Haushaltsplan des Bundes aufgeführt und
als »in Abwicklung« befindlich bezeichnet**Forschungsanstalt für Gewässerkunde**

1948 gegründet

1949 »Bundesanstalt für Gewässerkunde«

Versuchsanstalt für Wasser-, Erd- und Grundbau

1948 gegründet

1951 »Bundesanstalt für Wasser-, Erd- und Grundbau«

1953 »Bundesanstalt für Wasserbau«

Seeschiffsvermessungsamt

1946 gegründet

1952 »Bundesamt für Schiffsvermessung«

Bundesanstalt für Straßenbau

1951 gegründet

1966 »Bundesanstalt für Straßenwesen«

Kraftfahrt-Bundesamt

1951 gegründet

Deutsches Hydrographisches Institut

1945 gegründet

1950 dem »Bundesministerium für Verkehr« unterstellt

Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten

1948 gegründet

Bundesoberseeamt

1950 gegründet

Deutscher Wetterdienst

1952 gegründet

Bundesanstalt für Flugsicherung

1953 gegründet

Luftfahrt-Bundesamt

1954 gegründet

Bundesanstalt für den Güterfernverkehr

1953 gegründet

Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltung

1956 erstmals im Haushaltsplan des Bundes aufgeführt

Staatswerft

1953 erstmals im Haushaltsplan des Bundes aufgeführt

2.9 Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

Bundesausgleichsamt

1961 vom »Bundesministerium der Finanzen« übernommen

1969 dem »Bundesministerium des Innern« zugeteilt

Dienststellen des Bundesnotaufnahmeverfahrens

1950 gegründet

2.10 Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen

Bundesdruckerei

1949 gegründet

1969 nach Auflösung des Ministeriums ausgegliedert

2.11 Bundesministerium für Angelegenheiten des Marshallplans bzw. Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes

Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) und bei der MSA

Seit 1952 im Bundeshaushaltsplan aufgeführt

1953 nicht mehr im Bundeshaushaltsplan aufgeführt

Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Economic Cooperation Administration (ECA)

Seit 1952 im Bundeshaushaltsplan aufgeführt

1953 nicht mehr im Bundeshaushaltsplan aufgeführt

ERP Kontor

Seit 1950 im Bundeshaushaltsplan aufgeführt

1953 nicht mehr im Bundeshaushaltsplan aufgeführt

Bundesvermögens- und Bauverwaltung

Seit 1958 im Bundeshaushaltsplan aufgeführt

Bundesbaudirektion

1957 vom »Bundesministerium der Finanzen« übernommen

1969 wieder an das »Bundesministerium für Finanzen« übertragen

2.12 Bundesministerium für Wohnungsbau

Amt Bundeszone

≤ 1950 gegründet

1952 nicht mehr im Bundeshaushaltsplan aufgeführt

2.13 Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung

Deutsches Historisches Institut

1967 vom »Bundesministerium des Innern« übernommen

2.14 Bundesministerium für Verteidigung

Amt für Wehrtechnik und Beschaffung

1957 gegründet

1958 »Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung«

Wehrbereichskommandos und Wehrbereichsverwaltung

1956 gegründet

Teilstreitkräfte (Heer, Marine, Luftwaffe)

1955/1956 gegründet

Militärseelsorge

1957 gegründet

Kommando der territorialen Verteidigung

1957 gegründet

1970 aufgelöst

Bundeswehrverwaltung

Ohne Gründungsjahr

Zentrale militärische Bundeswehrdienststellen

Ohne Gründungsjahr

Bundeswehrrersatzamt

Ohne Gründungsjahr

Bundeswehrverwaltungsamt

1960 gegründet

Rechtspflege

≤ 1956 gegründet

2.15 Bundesministerium für Gesundheitswesen

Bundesgesundheitsamt

1962 vom Bundesministerium des Innern übernommen

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

1967 gegründet

Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information

1969 gegründet

2.16 Bundesministerium für Familie und Jugend

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften

1967 vom Bundesministerium des Innern übernommen

Aufstellung der obersten Behörden der DDR
und ihrer nachgeordneten Institutionen von
1949 bis 1969³¹³1. Oberste Organe des Staatsapparates³¹⁴**Ministerrat (mit Präsidium und Büro des Ministerrates)**

1950 gegründet

Staatsrat der DDR

1960 gegründet

Volkskammer der DDR

1949 gegründet

Präsidium und Ausschüsse der Volkskammer der DDR

1949 gegründet

Nationaler Verteidigungsrat

1960 gegründet

Oberstes Gericht der DDR

1949 gegründet

Generalstaatsanwalt der DDR

1949 gegründet

313 Die aufgelisteten staatlichen Organe, Ministerien und Behörden entsprechen dem Stand von 1979 und sind, soweit nicht anderweitig vermerkt, entnommen aus: Glaeßner, Republik, S. 156f. Gründungsdaten, Vorgänger- und Nachfolgeorganisationen wurden dabei mit Hilfe von Lapp, Der Ministerrat der DDR, S. 81–268 ergänzt, wobei insbesondere im Bereich der Industrieministerien aus organisatorischen Gründen nicht sämtliche Fusionen und Aufspaltungen aufgeführt werden konnten. Im Abschnitt 4 (S. 180ff.) wurden mit Hilfe von Lapps Buch weitere Institutionen ergänzt, die in der Tabelle von Glaeßner keine Berücksichtigung gefunden haben. Ebenfalls zu Ergänzungs- und Kontrollzwecken wurde herangezogen: IFLA International Office for UBC, List of Uniform Headings for Higher Legislative and Ministerial Bodies in European Countries. London 1979, S. 12ff.

314 Glaeßner, Republik, S. 164.

2. Zentrale Organe des Staatsapparates, deren Leiter Mitglieder des Ministerrates waren

2.1 Ministerien für Sicherheit, Verteidigung und Auswärtige Angelegenheiten

Ministerium des Innern

1949 gegründet

Ministerium für Nationale Verteidigung

1956 gegründet

Ministerium für Staatssicherheit

1950 gegründet (zuvor war die Staatssicherheit Aufgabe des Ministeriums des Innern)

1953 Auflösung und Wiedereingliederung in das Ministerium des Innern als »Staatssekretariat für Staatssicherheit«

1955 Neugründung des »Ministeriums für Staatssicherheit«

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

1949 gegründet

2.2 Ministerien und andere Behörden mit Querschnittsaufgaben

Staatliche Plankommission

1950 gegründet

Vorgänger:

1949–1950 »Ministerium für Planung«

Ministerium der Finanzen

1949 gegründet

Ministerium der Justiz

1949 gegründet

Komitee der Arbeiter- und Bauerninspektion der DDR

1963 gegründet

Vorgänger:

1952–1963 »Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle«

Ministerium für Wissenschaft und Technik

1967 gegründet

Vorgänger:

1961–1967 »Staatssekretariat für Forschung und Technik«

Ministerium für Materialwirtschaft

1965 (nach Auflösung des »Wirtschaftsrates«) als »Ministerium für Materialwirtschaft« gegründet

Vorgänger:

1954 aufgelöst und in die »Staatliche Plankommission« eingliedert

1953–1954 »Staatliches Komitee für Materialversorgung«

1952–1953 »Staatliche Verwaltung für Materialversorgung«

1950–1952 »Staatssekretariat für Materialversorgung«

1949–1950 »Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung«

Amt für Wasserwirtschaft

Gegründet 1952

Staatliches Amt für Arbeit und Löhne

1966 gegründet

Vorgänger:

1958–1965 »Komitee für Arbeit und Löhne«

1954–1958 »Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung«

Bis 1954 »Ministerium für Arbeit«

Amt für Preise

1965 gegründet

Vorgänger:

1958–1967 »Regierungskommission für Preise«

Staatbank der DDR

1968 gegründet

Vorgänger:

»Deutsche Notenbank«

Staatliches Vertragsgericht

≤ 1963 gegründet

2.3 Industrieministerium bzw. -ministerien³¹⁵**Ministerium für Industrie**

1949 gegründet. Zuvor »Deutsche Wirtschaftskommission – Sekretariat Industrie«

1950 Auflösung des Ministeriums und mehrfache Aufgliederung in Einzelministerien

1961 Auflösung aller industriellen Ministerien. Diese Bereiche wurden Aufgabe des »Volkswirtschaftsrates« und der »Staatlichen Plankommission«

1965 Neugründung der einzelnen Industrieministerien

Stand der Industrieministerien nach der Neugründung

1965 bis 1969

Ministerium für Grundstoffindustrie

1965 gegründet

Ministerium für Erzbergbau und Metallurgie

1965 gegründet

Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau

1965 gegründet

Ministerium für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau

1965 gegründet

Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik

1965 gegründet

Ministerium für Chemische Industrie

1965 gegründet

Ministerium für Leichtindustrie

1965 gegründet

Ministerium für Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie

1965 gegründet

2.4 Andere wirtschaftsleitende Ministerien

Ministerium für Bauwesen

1949 unter dem Namen »Ministerium für Aufbau« gegründet

Ministerium für Land- und Forstwirtschaft

1949 gegründet

1960 »Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft«

1963 aufgelöst zu Gunsten der Bildung eines »Landwirtschaftsrates«, der ab 1968 »Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft« hieß

Staatssekretariat für Geologie

1967 gegründet

Ministerium für Außenwirtschaft

1967 gegründet

Vorgänger:

1950–1967 »Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel«

1949–1950 »Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung«

1949 als »Ministerium für Außenhandel und Materialversorgung« gegründet

Ministerium für Handel und Versorgung

1949 gegründet

Ministerium für Verkehr

1949 gegründet

1953 aufgelöst und aufgeteilt

1954 Neugründung des »Ministeriums für Verkehrswesen«

Ministerium für Post- und Fernmeldewesen

1949 gegründet

315 Die einzelnen Industrieministerien wurden permanent in unterschiedlichen Konstellationen weiter unterteilt und/oder fusioniert. Die folgende Übersicht zeigt das eingangs nur kurzzeitig bestehende Ministerium für Industrie und beschränkt sich im Anschluss auf den ministeriellen Zustand des Jahres 1979. Die genauen Ressortzuschnitte können nachgeschlagen werden bei: Lapp, Ministerrat, S. 146–158.

2.5 Ministerien für die Leitung gesellschaftlicher Bereiche außerhalb der materiellen Produktion

Ministerium für Volksbildung

1949 gegründet

Vorgänger:

»Deutsche Verwaltung für Volksbildung«

Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen

1967 gegründet

Vorgänger:

1958–1967 »Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen«

1951–1958 »Staatssekretariat für Hochschulwesen«

Ministerium für Gesundheitswesen

1949 als »Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen« gegründet

Ministerium für Kultur

1954 gegründet

3. Zentrale Organe des Ministerrates, deren Leiter nicht Mitglieder des Ministerrates waren

Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates

1949 gegründet (offizielles Gründungsdatum: 1.1.1953) und aus der »Hauptverwaltung für Information« hervorgegangen

1949 »Amt für Information«

1952 »Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR«

1963 »Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR«

Staatliches Amt für Standardisierung, Meßwesen und

Warenprüfung

1964 gegründet

Vorgänger:

1961–1964 »Deutsches Amt für Meßwesen«

1946–1961 »Deutsche Amt für Maß und Gewicht«

Amt für Erfindungs- und Patentwesen

1950 gegründet

Staatliche Zentrale für Strahlenschutz

1962 gegründet

Staatliches Amt für Technische Überwachung

1965 gegründet

Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen

1949 gegründet

1950 »Staatssekretariat für Berufsbildung«

(Das »Ministerium für Arbeit« [1950–1954] existierte teils als Vorgänger, teils parallel)

1954 Auflösung und Überführung in das »Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung«, welches 1958 ebenfalls aufgelöst wurde

1958 gingen die Aufgaben an die »Staatliche Plankommission« und das »Ministerium für Volksbildung« über

1966 Gründung des »Staatlichen Amtes für Berufsbildung«

Staatliches Komitee für Körperkultur und Sport

1952 gegründet

Staatliches Komitee für Rundfunk

1952 gegründet

1968 in ein »Komitee für Rundfunk« und ein »Komitee für Fernsehen« aufgeteilt

Staatliches Komitee für Fernsehen

1968 gegründet

Vorgänger:

1952–1968 »Staatliches Komitee für Rundfunk«

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik

1958 gegründet

Staatssekretariat für die Verwaltung der Staatsreserve

1952 gegründet

Um 1957 aufgelöst

Oberste Bergbehörde

1959 gegründet

Vorgänger:

»Technische Bauinspektion«

Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR

Ohne Gründungsdatum

4. Sonstige zentrale Behörden des Staatsapparates der DDR

4.1 Staatliche Kommissionen und Koordinierungs- und Kontrollstellen des Ministerrates

Staatliche Stellenplankommission

1953 gegründet

1955 Eingliederung in das »Ministerium der Finanzen«

Staatliche Kommission für Handel und Versorgung

1952 gegründet

1953 aufgelöst

Kommission für Industrie und Verkehr

1955 gegründet

1957 aufgelöst

Kommission für Fragen der Konsumgüterproduktion und der Versorgung der Bevölkerung

1955 gegründet

1957 aufgelöst

Kommission für Fragen der Landwirtschaft

1955 gegründet

1957 aufgelöst

Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten

1951 gegründet

1954 in das »Ministerium für Kultur« eingegliedert

Koordinierungs- und Kontrollstelle für Industrie und Verkehr

1952 gegründet

Koordinierungs- und Kontrollstelle für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

1952 gegründet

Koordinierungs- und Kontrollstelle für Binnenhandel

1952 gegründet

Koordinierungs- und Kontrollstelle für Unterricht, Wissenschaft und Kunst

1952 gegründet

Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der örtlichen Organe

1952 gegründet

4.2 Staatssekretariate³¹⁶

Staatssekretariat für innere Angelegenheiten

1953 gegründet und dem »Ministerium des Innern« zugeteilt

1955 aufgelöst

Staatssekretär für die Angelegenheiten der örtlichen Räte

1953 gegründet

1960 in das »Staatssekretariat des Ministerrates« eingegliedert

Staatssekretariat für örtliche Wirtschaft

1953 gegründet

1958 aufgelöst

Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse

1950 gegründet

1960 in das »Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft« überführt

Staatssekretariat für Nahrungs- und Genussmittelindustrie

1950 gegründet

1953 zum »Ministerium für Lebensmittelindustrie« erhoben

Staatssekretär für die Koordination der gesamten

Finanzwirtschaft

1950 gegründet

1955 in das »Ministerium der Finanzen« eingegliedert

Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen

1965 gegründet

1967 »Staatssekretariat für westdeutsche Fragen«

Staatssekretariat für Kohle und Energie

1951 durch die Aufgliederung des »Ministeriums für Schwerindustrie« entstanden

1953 aufgeteilt in das »Staatssekretariat für Kohle« und das »Staatssekretariat für Energie«, die beide noch im selben Jahr in das neugeschaffene »Ministerium für Schwerindustrie« eingegliedert wurden

316 Lapp, Ministerrat, S. 256–258. Im Folgenden werden nur solche Staatssekretariate berücksichtigt, die bislang noch nicht genannt wurden.

Staatssekretariat für Chemie, Steine und Erden

1951 durch die Aufgliederung des »Ministeriums für
Schwerindustrie« entstanden
1953 »Staatssekretariat für Chemie«
1953 Eingliederung in das neugeschaffene »Ministerium
für Schwerindustrie«

Staatssekretariat für Bauwirtschaft

1951 gegründet
1953 aufgelöst

Staatssekretariat für Schifffahrt

1953 durch die Aufgliederung des »Ministeriums für Verkehr«
entstanden
1954 Eingliederung in das »Ministerium für Verkehrswesen«

Staatssekretariat für Kraftverkehr und Straßenwesen

1953 durch die Aufgliederung des »Ministeriums für Verkehr«
entstanden
1954 Eingliederung in das »Ministerium für Verkehrswesen«

4.3 Sonstige zentrale Behörden und Institutionen

Amt für Jugendfragen

Kein Gründungsdatum angegeben
Vorgänger:
1949 »Amt für Jugendfragen und Leibesübungen«

Staatliches Komitee für Touristik und Wandern

Kein Gründungsdatum angegeben

Zollverwaltung der DDR

1952 als Behörde des »Ministeriums für Außenwirtschaft«
gegründet

Staatliche Versicherung der DDR

1969 gegründet
Vorgänger:
1952–1969 »Deutsche Versicherungs-Anstalt«

Volkswirtschaftsrat

1961 gegründet
1965 aufgelöst

5. Abteilungen des Zentralkomitees der SED ³¹⁷

Agitation

Allgemeine/Innere Verwaltung

Auslandsinformation

Bauwesen

Büro des Politbüros

Zeitschrift »Einheit«

Fernmeldewesen

Finanzverwaltung und Parteibetriebe

Forschung und technische Entwicklung

Frauen

Gesundheitspolitik

Gewerkschaften und Sozialpolitik

Grundstoffindustrie

Handel, Versorgung und Außenhandel

Internationale Politik und Wirtschaft

Internationale Verbindungen

Jugend

Kaderfragen

Kirchenfragen

Kultur

Landwirtschaft

Leicht-, Lebensmittel- und Bezirksgeleitete Industrie

Maschinenbau und Metallurgie

Zeitschrift »Neuer Weg«

Befreundete Parteien

Parteiorgane

Planung und Finanzen

Propaganda

Protokoll

RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe)

Sicherheitsfragen

Sozialistische Wehrerziehung und militärpolitische Agitation

Sozialistische Wirtschaftsführung

Sport

Staats- und Rechtsfragen

317 Glaeßner, Republik, S. 143f. Die Liste gibt den Stand von 1986 wieder.

Transport- und Nachrichtenwesen
 Verkehr (Kurierdienst)
 Volksbildung
 Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe
 Wissenschaften
 Zentrag (Verlage, Druckhäuser der Partei, Werbeagentur DEW AG)

Abkürzungsverzeichnis

AA Auswärtiges Amt
 AfNS Amt für Nationale Sicherheit
 BAG Bundesarbeitsgericht
 BAM Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung
 BArch Bundesarchiv
 BBk Bundesbank
 BdV Bund der Vertriebenen
 BF Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
 BF 1 Fachbereich 1 (Wissenschaftliche Forschungsprojekte) in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
 BFH Bundesfinanzhof
 BfV Bundesamt für Verfassungsschutz
 BGH Bundesgerichtshof
 BKA Bundeskriminalamt
 BKAm Bundeskanzleramt
 BKM Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
 BMA Bundesministerium für Arbeit/Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
 BMAS Bundesministerium für Arbeit und Soziales
 BMBF Bundesministerium für Bildung und Forschung
 BMEL Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
 BMELV Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
 BMF Bundesministerium der Finanzen
 BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
 BMG Bundesministerium für Gesundheit
 BMI Bundesministerium des Innern
 BMJ Bundesministerium der Justiz
 BMJV Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
 BML Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
 BMUB Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

BMV	Bundesministerium für Verkehr	IFZ	Institut für Zeitgeschichte München – Berlin
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	IM	Inoffizieller Mitarbeiter
BMVEL	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	KGPArl	Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung	KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	MAD	Militärischer Abschirmdienst
BMVt	Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen/ Bundesministerium für Vertriebene/Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	MdI	Ministerium des Innern
BMwF	Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung	MdJ	Ministerium der Justiz
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft/Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie/Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
BMWo	Bundesministerium für Wohnungsbau/Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung/ Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau	MfG	Ministerium für Gesundheitswesen
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	MfK	Ministerium für Kultur
BND	Bundesnachrichtendienst	MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung
BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	MfS	Ministerium für Staatssicherheit
BPrA	Bundespräsidialamt	MfV	Ministerium für Volksbildung
BR	Bundesrat	MGFA	Militärgeschichtliches Forschungsamt
BRH	Bundesrechnungshof	MGI	Militärgeschichtliches Institut der DDR
BSG	Bundessozialgericht	MPG	Max-Planck-Gesellschaft
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	NVA	Nationale Volksarmee
BT	Deutscher Bundestag	PTB	Physikalisch-Technische Bundesanstalt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht	PTR	Physikalisch-Technische Reichsanstalt
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht	RA	Reichsarchiv
DAF	Deutsche Arbeitsfront	REM	Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
DAMG	Deutsches Amt für Maß und Gewicht	RKI	Robert Koch-Institut
DBV	Deutscher Bauernverband	RMA	Reichsarbeitsministerium
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft	RMEL	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
DJV	Deutsche Zentralverwaltung für Justiz	RMF	Reichsministerium der Finanzen
DLG	Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft	RMI	Reichsministerium des Innern
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern	RMV	Reichsverkehrsministerium
DVV	Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung	RMW	Reichswirtschaftsministerium
DZA	Deutsches Zentralarchiv	RRH	Reichsrechnungshof
GBA	Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof	RSHA	Reichssicherheitshauptamt
		SOWI	Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr
		SPK	Staatliche Plankommission
		UHK	Unabhängige Historikerkommission
		VK	Volkskammer
		ZK	Zentralkomitee der SED
		ZMSBw	Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
		ZZF	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

ZU DEN HERAUSGEBERN:

Frank Bösch, Prof. Dr., geb. 1969. Lehrstuhlinhaber für Deutsche und Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam und seit 2011 Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam. Forschungsschwerpunkte: Deutsche und britische Geschichte seit dem späten 19. Jahrhundert, Politische Kultur- und Sozialgeschichte, Mediengeschichte der Moderne.

Martin Sabrow, Prof. Dr., geb. 1954. Lehrstuhlinhaber für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und seit 2004 Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam. Forschungsschwerpunkte: Politische Kulturgeschichte, DDR-Geschichte und Diktaturforschung, Historiographie- und Erinnerungsgeschichte.

Andreas Wirsching, Prof. Dr., geb. 1959. Lehrstuhlinhaber für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München und seit 2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Weimarer Republik, des Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus, der Bundesrepublik sowie Geschichte und Theorie der Moderne.

ZU DEN AUTOREN:

Christian Mentel, M. A., geb. 1979. Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Redakteur bei Zeitgeschichte-online am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Forschungsschwerpunkte: Diskurs- und Debattengeschichte, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, Geschichtsrevisionismus und Rechtsextremismus nach 1945.

Niels Weise, Dr., geb. 1977. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München – Berlin. Forschungsschwerpunkte: Institutionengeschichte der frühen Bundesrepublik, System der Konzentrationslager im Nationalsozialismus und Propaganda im Zeitalter der Weltkriege.

Die Studie bietet eine zusammenfassende Bestandsaufnahme der von Bundesministerien und oberen Bundesbehörden unterstützten Forschungsprojekte zur Geschichte der eigenen Institutionen, die neben der NS-Zeit auch den Umgang mit dieser Vergangenheit in der Nachkriegszeit thematisieren. Darüber hinaus macht sie Vorschläge, bei welchen bislang noch nicht berücksichtigten Einrichtungen eine Untersuchung besonders lohnenswert sein könnte, und skizziert mögliche Perspektiven der weiteren Behördenaufarbeitung.

ISBN 978-3-00-052243-7

